

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 11. März 1913.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Ein kleines Geschlecht über eine große Zeit.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, daß die Sozialdemokratie das moralische und geschichtliche Recht auf ihrer Seite hatte, als sie es rundweg ablehnte, sich an allen offiziellen Jubiläumsfeierlichkeiten zu beteiligen, so wäre dieser Beweis durch die Festakte erbracht, die am Montag in der Reichshauptstadt begangen wurden. Eine Feier der Freiheitskriege sollte stattfinden. Der Freiheitskriege, die von den Helden des Jahres 1813 nicht geführt wurden als Fürstenbefreiungskriege oder lediglich als nationale Auflehnung gegen einen fremden Eroberer, sondern als Kämpfe zur nationalen Erneuerung des Volkes und zur politischen und sozialen Befreiung der Volksmassen. Das Joch des Storken wollte das preussische Volk nicht abschütteln, um sich dafür wiederum unter das Joch der angestammten Despotie und eines anmaßlichen Junkertums beugen zu lassen; sondern die Freiheitsbegeisterung galt jenen Idealen, wie sie von den größten und feurigsten der damaligen Patrioten, nicht zuletzt einem Fichte, der gebildeten Jugend gepredigt wurden. Aber von dieser Freiheitskriege war bei den kirchlichen Feiern mit keinem Worte die Rede. Weder in der Nikolai-Kirche, wohin die biedereren Stadtväter gewallfahrtet waren, noch im Dom, wo der gesamte Militärstaat mit dem obersten Kriegsherrn an der Spitze versammelt war. (Ein hübscher Rasenstüber beiläufig für unser liberales Bürgertum, daß man die Herren Stadtväter in der Nikolai-Kirche hübsch unter sich ließ und — trotz aller hurrapatriotischen Tiraden und aller byzantinischen Knackbuckeleien der Cassel und Konforten — den Spitz der Militär- und Zivilbehörden im Dom ein Stellchen gab!) Daria ähnelte der bürgerliche Festakt durchaus dem höfisch-militärischen, daß von der Befreiung des Volkes mit keinem Worte die Rede war, sondern daß einzig die Befreiung von der Fremdherrschaft Erwähnung fand. In der Nikolai-Kirche pries der amtierende Generalinspektor die Opferwilligkeit der Stadt Berlin, daneben aber feierte er, wie so schön in der „Vossischen Zig.“ zu lesen ist, „mit leiser Begeisterung das Wirken der Königin Luise“. Auch gedachte er „des Sterbetages ihres großen Sohnes, des ersten Deutschen Kaisers, dessen Jugend geschmückt war mit den Erinnerungen der Freiheitskriege“. Damit war der Gedankenkreis dieser Festpredigt umschrieben — und das wagen die liberalen Stadtväter Berlins für eine würdige Gedenkfeier einer wahrhaft großen Zeit auszugeben!

Soll man sich da wundern, daß der Herr Oberhofprediger, der im Dom vor so viel Uniformen und Ordenszeichen zu sprechen hatte, die Frömmerei und Byzantinerei noch um einige Nuancen tiefer auftrug? Daß dieser Herr als Kennzeichen jener Zeit „den wiedergebundenen alten Gott“ ausgab, daß er die Rückkehr zu dem „alten lebendigen Gott“ als Heilmittel des Mammonismus unserer Zeit pries und sich sogar zu der unglaublich barocken Stilblüte verstieg, daß es unter den führenden Geistern der damaligen Zeit „keine Atheisten gegeben“ habe, wie denn auch „in Wirklichkeit kein Atheist je ein großer Mann gewesen“ sei? Ein Hofprediger ist schließlich ein Hofprediger. Er wird nach den Bedürfnissen des Hofes ausgewählt und kann und wird nichts anderes predigen, als was den Ohren seiner Gönner angenehm klingt. Es wäre deshalb lächerlich, mit einem Hofprediger über historische und philosophische Auffassungen streiten zu wollen. Das Unglaubliche nur ist, daß auch die Führer unseres linksliberalen Liberalismus der großen Zeit der Freiheitskriege, in denen der nationale Einheitsgedanke, der Gedanke der politischen und sozialen Befreiung zum ersten Male gewaltig seine Schwingen regte, nicht würdiger zu gedenken vermochten, als durch einen kirchlichen Festakt, dem von vornherein der Stempel kümmerlichster Nationalfeier und byzantinischer Phrasendrescherei aufgedrückt war.

Auch daß Wilhelm II. selbst in einem Tagesbefehl an das Meer natürlich nur der militaristischen und dynastischen Bedeutung der Freiheitskriege gedachte, versteht sich bei der romantisch-patriarchalischen Weltanschauung dieses Monarchen von selbst. Für ihn verkörperte sich Preußen natürlich nur in dem hohenzollernischen Militärstaat. Und auch da, wo Wilhelm II. von der „Wiedergeburt von Kaiser und Reich“ spricht, betrachtet er doch sich und seine Dynastie als den Inbegriff von Reich und Nation. Es wäre ja auch ein Wunder, wenn es anders sein sollte. Denn angesichts nicht nur der vergiftenden Einflüsse des Junkertums, sondern vor allen Dingen auch der würdelosen Liebedienerei unseres Liberalismus kann eine von Haus aus selbstbewußte und tatenfreundliche Natur sich nur schwer anders entwickeln, als das bei dem gegenwärtigen Träger der Krone Preußens der Fall war. Die Verantwortung für all diese unsäglichen Rückständigkeit, für die schmachvolle Verschleuderung des kulturellen und politischen Erbes der Freiheitskämpfe und der großen Freiheitskämpfer der Nation trägt eben einzig und allein unsere besitzende Klasse, unser Bürgertum, das sich des lieben Mammons wegen jeder

absolutistischen Laune anzupassen beeifert hat!

Solch kläglichem Festputz gegenüber, über den selbst der Himmel einen Tränenstrom vergossen hat, ist es doppelte Pflicht der Erbin der demokratischen und sozialen Ideale des dereinst mannhaft aufstrebenden Bürgertums, der Sozialdemokratie, auch hier nochmals des wirklichen Inhalts der Freiheitskriege zu gedenken. Wenn der Herr Hofprediger in einer geradezu parodistischen Wendung den bösen Atheisten jede wirkliche Größe und jedes patriotische Verdienst absprach, so braucht solchen Scherzen gegenüber nur der Name Fichte genannt zu werden. Wer wäre begeisterter für die Befreiung des preussischen Volkes und der deutschen Nation von der Fremdherrschaft eingetreten als Johann Gottlieb Fichte? Wer hätte glühenderen Enthusiasmus zu entfachen vermocht als Fichte in seinen Reden an die deutsche Nation? Und doch war Fichte erst im Jahre 1798 wegen seines „Atheismus“ auf kurzweiliges Drängen von Sachsen-Weimar des Landes verwiesen worden. Aber freilich, Fichte war nicht nur ein „Atheist“, er war auch ein Demokrat, ein Jakobiner, der von den nationalen Befreiungskämpfen die Verwirklichung der Gleichheit alles dessen erwartete, was Menschenanständig trägt. Dieser große Patriot war so wenig Chauvinist und Byzantiner, daß er im Jahre 1813 ganz ungeniert aussprach, daß es an sich ganz gleichgültig sei, ob ein französischer Marschall oder ein deutscher ausgeblauer Edelmann über einen Teil von Deutschland geböte, wenn man nicht im Auge behalte, was Deutschland zu werden habe! Und Fichtes Geist lebte mehr oder weniger klar in allen denen, die heldenmütig das Schwert für die Befreiung vom napoleonischen Joch zogen.

Wie diese Freiheitskämpfer die Freiheit aufgefacht, bewiesen ja genugsam die schmachvollen Versorgungen, in denen sich nach der Niederringung ihres gewaltigen Segners die Fürsten ergingen. Zwar war durch die Bundesakte für alle deutschen Stämme eine Verfassung verheißen worden; aber gar zu bald vergahen gerade die großen Staaten, darunter auch Preußen, die Entlösung dieses Versprechens! Und als die bürgerliche Jugend durch allerhand Demonstrationen ihren Freiheitsinn bekundete, da waren es die Exekutivorgane der verbündeten Regierungen, die ein großes Kesseltreiben gegen alle freiheitlichen Bestrebungen unternahmen, die Presse knebelten, die studentischen Organisationen auflösten, die sogenannten Demagogen — Männer wie Jahn — einsperreten und andere, wie Arndt, ihrer Stellung enthoben oder, wie Görres, über die Grenze trieben. Wie wenig freilich diese schändliche Verfolgungslust den Geist der Freiheit zu erhitzen vermochte, bewies der Brand, der alsbald nach der Pariser Juli-Revolution im Jahre 1830 allenthalben in Deutschland wieder aufloderte. Und wiederum wukten die Fürsten der heiligen Allianz nicht wirksamer diesen verhassten Geist zu bekämpfen, als durch neue Demagogenversorgungen, durch neue Wahregelungen von Universitätsprofessoren, durch neue Preßsanktionen.

Die Antwort dafür wurde ihnen dann im Jahre 1848 zuteil. Und selbst als durch die Schwachmütigkeit des preussischen Oberwässers erhielt und das Volk erst recht mit Störpionen züchtigte, loderte von neuem der freiheitliche Geist des Bürgertums auf in jenen Verfassungskämpfen der sechziger Jahre, deren wir in unserer Sonntagsnummer gedachten.

Erst nach der wirtschaftlichen und politischen Einigung Deutschlands, erst nach der Pazifizierung der Bourgeoisie durch die hingenden Vorteile unbeschränkter Profitmacherei erlosch der freiheitliche Geist des Bürgertums. Wieder hat sich heute, wie im Jahre 1815, eine „Heilige Allianz“ zusammengefunden. Wie damals die Monarchen Rußlands, Oesterreichs und Preußens beschloßen, daß das „Gesetz des Christentums als das höchste Gesetz des Völkerlebens gelten und „die Fürsten als Familienväter ihre Untertanen in demselben brüderlichen Geiste zu leiten“ hätten, so ist heute eine neue Heilige Allianz erstanden. Nicht nur zwischen den einzelnen gekrönten Häuptern, sondern zwischen Fürsten und Junkern auf der einen und den Geldadneniehern der liberalen Bourgeoisie auf der anderen Seite. Die fromme Wallfahrt nach der Nikolai-Kirche am 10. März 1913 ist ein historisches Seitenstück zu jener absolutistischen Komödie, die im Jahre 1815 stattfand!

Aber das Volk läßt sich heute so wenig wie damals durch eine Heilige Allianz gängeln und knebeln. Es weiß, daß aufdringlich zur Schau getragene Frömmigkeit seit jeher das Mittel war, um die Massen zu überköpeln. Das Volk hält es mit dem wahren Patriotismus eines Fichte. Mit Fichte sagt es: „Die Menschheit zerfällt in zwei Grundstämme: die Eigentümer und die Nicht-Eigentümer. Die ersteren sind nicht der Staat.“ Das Volk hat wohl erkannt, welche Interessensolidarität heute die beständige Bourgeoisie mit Fürsten und Junkern verbindet. Aber das Volk weiß, daß die Besitzenden kein Recht haben, sich selbst für die Träger des Staates auszugeben. Das Volk ist vielmehr, das haben die Wassen erkannt, der eigentliche Inbegriff des Staates. Das Volk aber ist heute noch so rechtlos wie die Bourgeoisie im Jahre 1813. Wenn es daher der damaligen Freiheitskämpfe gedenkt, so nicht in jenem krüppelhaften Sinn unseres Liberalismus, sondern in

dem wahrhaft demokratischen, volkstümlichen und kampffreudigen Geiste, der die große Zeit von 1813 befehlte!

## Der Balkankrieg.

### Langsam vorwärts.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die diplomatische Arbeit zur Beendigung des Balkankrieges hat auch in der letzten Woche nicht geruht. Bei den Balkanregierungen ist die Frage wegen Annahme der Vermittlung der Großmächte für den Friedensschluß amtlich gestellt worden. Die Antwort darauf sieht noch aus. Nach vorläufigen Andeutungen darf erwartet werden, daß die Erwidrerung der Balkanstaaten den Mächten die Fortsetzung ihrer vermittelnden Bemühungen nicht erschweren wird.

Die gütliche Beilegung des bulgarisch-rumänischen Streites ist so weit gefördert, daß eine in St. Petersburg zusammengetretene Versammlung der dortigen Botschafter der Großmächte unter dem Vorsitz des russischen Ministers des Äußeren Sazonow zur Vermittlung in dieser Frage berufen wird.

In der albanischen Frage geht die Behebung der österreichisch-russischen Schwierigkeiten langsam vorwärts; ein Rückschlag ist nicht eingetreten.

### Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 9. März. Die Pforte hat noch keine offizielle Benachrichtigung wegen der Antwort der Verbündeten auf den Mediationsvorschlag der Mächte erhalten. Die Meldungen, daß der Ministerrat beschloßen habe, den Krieg bis zum äußersten fortzusetzen, werden von offizieller Seite dementiert. Jedoch wird dazu bemerkt, daß der Abschluß des Friedens schwierig sein würde, wenn die Bedingungen der Verbündeten derart sind, wie es die Zeitungen verbreiten, vor allen Dingen, weil die Pforte sich niemals zur Zahlung einer Kriegsschuldung verstehen würde. Nach Gerüchten aus jungtürkischen Kreisen scheint es, daß seit zwei Tagen die Stimmung wieder unversöhnlicher geworden ist, selbst hinsichtlich territorialer Abtretungen.

Wie verlautet, sollen der Generalissimus Jazet Pascha und der Generalstabschef Nadi Pascha abberufen werden. Der Nachfolger Jazet Paschas ist noch nicht ernannt.

### Die englische Thronrede über die Friedensausichten.

London, 10. März. In der Thronrede, mit der das Parlament heute eröffnet wurde, heißt es: „Alle Mächte wünschen ernstlich, daß eine Ausbreitung des Krieges verhindert und der Krieg sobald als möglich beendet wird. Meine Regierung ist mit den anderen Mächten einig in dem Bestreben, die Gemeinsamkeit der Ansichten und des Vorgehens zu wahren und in allen Punkten, über welche zwischen einigen von ihnen Differenzen entstehen könnten, eine Verständigung zu schaffen. In dieser Hinsicht ist in hohem Maße ein Erfolg erzielt worden. Ueber Fragen von höchster Wichtigkeit ist im Prinzip eine Verständigung erreicht worden. Wenn auch über einige Punkte noch immer Besprechungen stattfinden, so hoffe ich doch, daß die Beratungen unter den Mächten nicht nur dazu führen werden, daß die Mächte untereinander zu vollständigen Einvernehmen kommen, sondern daß sie auch einen wohlthätigen Einfluß ausüben werden, das Ende des Krieges zu beschleunigen. Meine Regierung wird fortfahren, mit den anderen Mächten in dem ernstesten Wunsche zusammenzuwirken, Europa den Frieden zu sichern.“

### Eine Erklärung Asquiths.

London, 10. März. Unterhaus. Premierminister Asquith ergriff auf eine Anfrage Lord Lans das Wort und sagte mit Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten: Ich freue mich, feststellen zu können, daß durch die Bemühungen der Botschafter über zwei der wichtigsten Punkte eine Verständigung erzielt worden ist: die Frage des adriatischen Küstengebietes und eines Zugangs wirtschaftlicher Art zur Küste für Serbien kann als geregelt betrachtet werden, während hinsichtlich Albanien die Mächte sich einstimmig für ein autonomes Albanien unter europäischer Garantie erklärt haben. Ueber einen oder zwei Punkte, die keine Lebensfragen darstellen, ist noch ein Uebereinkommen notwendig, um zu einer vollständigen Verständigung zu gelangen. Die diplomatischen Groupierungen der Mächte bleiben unverändert, doch nehmen die Beziehungen zwischen den Gruppen an Herzlichkeit zu. Asquith fügte hinzu: Wir haben in einmütigem Wunsche mit Deutschland zusammengewirkt.

### Oesterreich und Rußland.

Wien, 10. März. Zur internationalen Situation schreibt das „Neue Wiener Tageblatt“: In Bezug auf die Abrüstungsfrage wird von informierter Seite bemerkt, daß die Reduktion der Truppenstände an der österreichisch-russischen Grenze mit etwaigen Osterurlauben nichts zu tun hat. Die Reduktion wird erfolgen, sobald die Voraussetzungen dazu vorhanden sein werden, worüber die Verhandlungen noch im Zuge sind. In der albanesischen Abgrenzungsfrage konnte leider noch in mehreren Punkten eine Einigung nicht erzielt werden. Es wäre jedoch unrichtig, daraus

**Die Insertions-Gebühr**  
Beizigt für die sechsgepaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berennungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 30 Pfg. (zählige Zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Geschäfts-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

die Folgerung abzuleiten, daß eine Annäherung in dieser Frage bisher überhaupt nicht zu konstatieren sei. Die Nachrichten von serbischen Truppenbewegungen nach Albanien werden jetzt von allen Seiten bestätigt und auch in Belgrader offiziellen Kreisen gar nicht in Abrede gestellt.

### Ein bulgarischer Erfolg.

Wien, 10. März. Wie die Blätter aus Sofia melden, wurden die Befestigungen von Adrianopel gestern den ganzen Tag über heftig bombardiert. Die Bulgaren bemächtigten sich nach mörderischem Kampfe des Forts Seitian Torla, wobei ihnen 400 türkische Soldaten und 20 Offiziere als Gefangene in die Hände fielen. Der Versuch der Türken, das Fort wiederzuerobern, mißlang.

## Wahrer Patriotismus!

Herr Oberst a. D. Gädle sendet uns folgende Zuschrift. Wie wir uns interessanten Inhalts willen gerne wiedergeben, ohne uns mit allen Einzelheiten zu identifizieren:

Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen, daß ein erheblicher Teil der „Patrioten“-Blätter recht kurz zu treten beginnt, seitdem bekannt geworden ist, daß die einmaligen Kosten der neuen Heeresvorlage durch eine Auflage auf das Vermögen gedeckt werden sollen. Aber auch in anderer Beziehung zeigt sich die Opferbereitschaft der Massen, von denen die Epidemie des Wehrtrübsens besonders getragen wird, in merkwürdigem Maße. Hat auch nur ein Blatt der bürgerlichen Presse bisher das Verlangen gestellt, daß das wenig ehrenvolle Vorrecht der vermögenden Klassen, nur ein Jahr dienen zu brauchen, in diesem Augenblicke aufgegeben werden müßte, wo die allgemeine Wehrpflicht so gewaltig und bis in ihre letzten Konsequenzen ausgedehnt werden soll? Ist es nicht schandbar, daß der wohlhabendste Teil des Volkes sich immer noch von der Pflicht drücken will, die dem ärmsten und dem schwächlichen unserer Wehrbürger auferlegt wird? Alle nur ein Jahr oder alle zwei Jahre: das sollte doch jetzt die Lösung sein! Muß man unseren Staatsstufen wirklich erst die Franzosen als leuchtendes Beispiel für den Grundsatz hinstellen, den sie so gerne mit den Lippen bekennen: „noblesse oblige“? Man mag über das Wehrtrübsen denken wie man will — aber, indem die Franzosen sich jetzt anschicken, unseren erneuten Anlauf sofort wieder nachzumachen, sparen sie wenigstens nicht mit dem Blut und der Hingebung der bestgestellten Familien ihres Volkes. Sie haben das Anstandsgefühl, jedem ohne Ausnahme die gleiche Verpflichtung aufzuerlegen. Und zwar muß bei ihnen jeder dieser Wehrtrübsenden gleich volle drei Jahre dienen, bei uns würde es sich doch immer nur um zwei Jahre handeln. Unsere „Herrenklasse“ bleibt also dem französischen Gesetz gegenüber auch dann noch um ein volles Jahr im Rückstande. Nun läßt sich nicht leugnen, daß das französische Verfahren einen gewaltigen militärischen Vorteil uns gegenüber bedeutet; es gibt dem Heere Frankreichs trefflich ausgebildete Unteroffiziere und besonders vorzügliche Offiziere der Reserve; ohne Zweifel besser vorgebildete, als uns zur Verfügung stehen. Einen guten Stamm sowohl für die bei den Fahnen stehende Truppe, wie für die Reserveformationen, ohne die es nun doch einmal nicht geht; wie schmerzhaft das auch den Anhängern des Wehrtrübsens sein mag. Ich muß auch hier wieder darauf aufmerksam machen, daß das französische Friedensheer noch nicht halb soviel Berufsunteroffiziere zählt als das deutsche. Man sage auch nicht, daß unsere Reserveoffiziere durch zahlreiche Übungen die kürzere Dienstzeit wieder wettmachen. Auch in Frankreich verlangt man von ihnen drei überzählige Übungen. Ein vielleicht noch verbleibendes Mehr bei uns würde noch nicht einmal das dritte Dienstjahr der gebildeten französischen Jugend ausgleichen, geschweige denn das zweite, das ich von unseren reichen Klassen nur verlange.

Wird sich wirklich niemand im Reichstage finden, der einen entsprechenden Antrag stellt? Soll es wirklich heißen: auf anderer Leute Kosten bewilligen sie alles mit Hurrajeschrei, aber zu persönlichen Opfern sind sie nimmer bereit?

Bei dieser Gelegenheit will ich auf eine andere Verschärfung des französischen Wehrgesetzes hinweisen: die Verlängerung der Dienstzeit um drei Jahre. Bisher tröstete man sich bei uns mit dem Gedanken, daß die Franzosen wohl ihr Friedensheer verstärken, aber für den Krieg nicht einen Mann gewinnen würden. Auch diese Hoffnung ist zunichte geworden. Bei den Fahnen und in der Reserve hat man dort drüben in Zukunft 14 Jahrgänge, bei uns in Linie, in Reserve und in Landwehr ersten Aufgebots nur 12. Damit wird unsere Wehrstellung zum großen Teil wieder ausgeglichen. Ganz abgesehen davon, daß sich nun auch in deutschen Heere zahlreiche Mannschaften befinden werden, die sich nur zu Hilfsdiensten eignen, mit der Waffe aber nicht ausgebildet werden können.

Man hat unsere Heeresvorlage mit der Veränderung der politischen Lage im Südosten begründen wollen; wenn nun aber Frankreich und Rußland sofort ähnliche Verstärkungen vornehmen, wo bleibt dann der Vorteil für uns? Was ändert sich militärisch in unserem gegenseitigen Verhältnis? Man kann den inneren Widerstand dieses Wehrtrübsens nicht besser ad absurdum führen, als durch diese Frage. Andere wieder trösten sich und uns mit der harmlosen Versicherung, daß man nun nur die jüngsten Jahrgänge der Reserve und der Landwehr ersten Aufgebots sofort vor den Feind führen brauche. Wer auf diesen Schwindel reinfällt, verdient, daß man ihm eine Prämie auf seine Dumtheit gebe. Dann würde ja der numerische Vorsprung, den man bei uns anstrebt, ganz verschwinden, und nur die riesige Wehrbelastung im Frieden bleiben. Nein, auf dem ausgefahrenen Wege, auf dem man es bei uns versucht, wird die Sache nicht zu einem gedeihlichen Ende geführt werden können.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. März 1913.

### Molochs Jubiläumsgeschenk.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ kann auf Grund besonderer Informationen den Inhalt der neuen Militärvorlage mitteilen. Diese halbamtliche Veröffentlichung übertrifft die schlauesten Befürchtungen. Sie besagt:

Die gesamte Vermehrung wird

88000 Köpfe jährlich

betragen, innerhalb zweier Jahre 4000 Offiziere, 15000 Unteroffiziere und 117000 Mann, was ungefähr 1,018 Proz. der Bevölkerung gleichkommt. — Aus diesen Mannschaften werden zunächst einmal die 18 Regimenter, die nur zwei Bataillone haben, ihr drittes Bataillon erhalten; außerdem werden durchweg die Kompagnien verstärkt werden, diejenigen der Grenztruppen sollen sogar auf einen höheren Grad gebracht werden. Neue Infanterieregimenter werden nicht gebildet, wohl aber werden die übrigen Truppengattungen neue Kontingente erhalten. So bestärkt es sich, daß

### sechs neue Kavalerieregimenter

werden angefordert werden, die in der Hauptsache den Grenztruppen zugeweiht werden sollen. Ein Blick in das Buch über die Armeeeinteilung belehrt uns, daß die neue Vorlage auch dem VIII. Korps ein Kavalerieregiment bringen dürfte. — Den bringenden Wünschen, unserer Feldartillerie die nötige Bespannung zu geben, wird auch nachgegeben werden: fast 30000 Pferde

werden verlangt, so daß künftig jede Batterie auch zu Friedensübungen schon mit sechs Geschützen und einigen Munitionswagen ausrüden kann. Dem Verlangen, dauernd Kavaleriedivisionen zu formieren, hat man nicht nachgeben können, man begnügt sich mit der Forderung des Kommandeurs, seines Adjutanten und Generalstabsoffiziers. Auch ist eine Vermehrung der Übungen von Kavaleriedivisionen in Aussicht genommen. — Wir haben schon neulich erwähnt, daß die neuen Rüstungen unter dem Gesichtswinkel eines

### starken Grenzschusses im Osten

vorgenommen werden — ein Teil der einmaligen Ausgaben wird bekanntlich zur Verstärkung unserer Festungen verwendet —; dementsprechend müssen unsere Festungsanlagen auch mit ausreichender schwerer Artillerie versehen werden. Die Vorlage sieht die Bildung eines halben Duzend neuer Fußartilleriebataillone vor, denen auch

selbständige Maschinengewehrabteilungen zugeteilt werden sollen. Man wird in der Annahme nicht fehlgehen, daß für die schwere Artillerie des Feldheeres ebenfalls eine Vermehrung der Bespannungsabteilungen vorgeesehen ist. Die Zahl der

### Scheinwerferkompagnien,

die die Vorlage bringt, wird ebenfalls erheblich sein, auch die Läden unseres Trains werden durch Aufstellung mehrerer neuer Formationen ausgefüllt werden. Selbstverständlich muß mit all diesem auch eine weitere Vermehrung der technischen Truppen Hand in Hand gehen. Heliograph und Funkentelegraphie nehmen jetzt so viel Kräfte in Anspruch, daß mit den bestehenden fünf Telegraphenbataillonen längst nicht mehr auszukommen ist, diese sollen fast verdoppelt werden, während das Pionierwesen auch um ein halbes Duzend neuer Kompagnien vermehrt werden soll.

Das ist aber noch nicht alles. Der „Lokalanzeiger“ führt nämlich noch weiter aus:

„Nebenher muß natürlich auch das Unterrichtswesen seine Ergänzung finden; sämtliche militärischen Unterrichtsanstalten werden vermehrt werden. Um schon rechtzeitig die nötigen Offiziersstellen besetzen zu können, wird eine Verschleuning der Ausbildung der Kadetten und Fähnriche eintreten. Alles in allem kann man sagen, daß die Offiziere mit einem starken Avancementschub rechnen können, denn um nicht im Kriegsfall die Beschieverhältnisse in der aktiven Truppe zu zerreissen, werden eine Reihe höherer Offiziersstellen für die Reserveformationen jetzt schon gefordert werden. Daneben hält man selbstverständlich an der Forderung erheblicher Mittel für Zwecke der Luftflotte fest.“

Treffen diese Angaben des Scherblattes zu, und es ist leider nur zu wahrscheinlich, daß der Rüstungswahn mit diesen maßlosen Forderungen kommen wird, so wird dem deutschen Volke eine Militärvorlage präsentiert, wie sie in solchem Umfange noch niemals dagewesen ist.

Bei der Militärvorlage vom Jahre 1912 wurde die Mannschaftsstärke der einzelnen Kompagnien etwas herabgesetzt, und nachdem nun die neuen Formationen aufgestellt sind, wird diese Mannschaftsstärke wieder auf ihren alten Stand gebracht und darüber hinaus werden die im Osten stehenden Kompagnien noch ganz erheblich verstärkt. Die Verstärkung der Luftflotte wird damit begründet, daß bei der heutigen Kriegstechnik die Kavallerie nicht mehr allen Aufgaben genügen kann und im gleichen Moment tritt eine Vermehrung der Kavallerie ein. Die Vermehrung der Anzahl der Pferde von 133 000 auf 163 000 wird zweifellos von den Agrariern mit hellem Jubel begrüßt werden.

Die finanzielle Wirkung dieser Vorlage, so wie sie in einigen Jahren sich gestalten wird, läßt sich heute noch nicht annähernd übersehen. Es darf jetzt schon gesagt werden, daß die dauernden Ausgaben der Vorlage höher als 220 Millionen Mark im Jahre beziffert werden müssen.

Die neue Militärvorlage richtet ihre Spitze nicht nur gegen Frankreich, sondern mehr noch gegen Rußland. Und das ist deshalb um so auffälliger, als im vorigen Jahre noch der Entree in Baltischport die offiziöse Presse hoch und heilig versicherte, daß wir nunmehr mit Rußland in ein besseres Verhältnis gekommen sind. Ueber die Begründung für die Notwendigkeit dieses starken Grenzschusses im Osten ist gegenwärtig noch nichts bekannt, die Militärverwaltung ist aber um Gründe, die bei ihr billiger sind als Brombeeren, nie verlegen.

### Dedungsforgen.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet in einem Privattelegramm, daß in einer am Sonntag abgehaltenen Sitzung des preussischen Staatsministeriums die Entscheidung wider Erwarten nicht für die Erbschaftsteuer, als deren Gegner der Finanzminister Venke bezeichnet wird, sondern für die Vermögenszuwachssteuer gefallen sein soll. Demnach würde also in der Besprechung der leitende Minister der Bundesstaaten über die Dedung der laufenden Ausgaben der Heeresvorlage Preußen als Besitzsteuer die Vermögenszuwachssteuer vorschlagen, in welche, sobald man weiß, die Besteuerung der Erbschaften eingearbeitet ist.

Am Montag hat in Berlin die Konferenz der Finanzminister begonnen, an der neben dem Reichskanzler auch der Kriegsminister teilnimmt. Wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, besteht man in konservativen Kreisen darauf, daß zu der einmaligen Abgabe die großen Einkommen noch besonders herangezogen werden sollen. Eine erhebliche Minderheit im Bundesrat ist gegen die vom Reichskanzler unterstützte Vermögenszuwachssteuer. Für die Erbschaftsteuer ist zwar im Bundesrat eine Mehrheit vorhanden, doch befürchtet man, damit im Reichstag nicht durchzubringen, weshalb vermutlich auf den Vorschlag des Grafen Schwerin-Löwis, dem Reich die Stempelabgaben der Einzelstaaten zu überlassen, zurückgegriffen werden wird. Die einmalige Abgabe soll auf mehrere Jahre verteilt werden, obwohl die Befürchtung besteht, daß diese Abgabe, wenn die Raten zu klein beziffert werden, zu einer dauernden werden könnte.

### Gemeine Hege.

Unter dem Titel „Der Störenfried“ veröffentlicht die „Allgemeine Zeitung“ einen Artikel, worin sie erklärt, es werde der deutschen Regierung nicht schwer fallen, die Notwendigkeit der neuen Heeresvorlage zu begründen, wenn sie nur klar und deutlich und ohne Verschleiierung auf die Seite hinweisen wolle, von der uns Gefahr drohe, auf der sie auch alle Welt empfindet: auf Frankreich. Das Blatt sagt, wir unterschätzen die Momente nicht, die aus der Neuordnung am Balkan erwachsen, aber wenn man Opfer fordert wie es jetzt geschieht, so müsse der Finger deutlich dahin zeigen, von wo uns die nächste Gefahr droht. Das ist Frankreich. Wie ist das Verhältnis zu unserem westlichen Nachbar so gespannt gewesen wie heute, nie hat sich dort der Sachgedanke so unverhüllt gezeigt und nie ist es so offenbar geworden, daß man in Frankreich die russische Bundeshilfe, die englische Freundschaft nur zu dem Zweck beansprucht, sich zu behaupten. An welcher Stelle daher auch die Welt Feuer fangen mag, wir, das ist ganz sicher, werden mit den Franzosen die Klinge zu kreuzen haben. Wann das geschehen wird, kann niemand wissen.

Das ist eine abheulische und verlogene Hege. Das gemeinsame Manifest der deutschen und französischen Sozialdemokratie hat bemerkt, daß die arbeitenden Massen in Frankreich wie in Deutschland in gleicher Weise den Krieg verabscheuen und sich als Brüder und Genossen fühlen. Die kapitalistische Presse beider Länder, die Kugeln des Chauvinismus und die Beauftragten des Panzerplattenpatriotismus suchen jetzt freilich jenes Fieber zu entzünden, in dem die wahnwitzigen Molochforderungen von den Parlamenten befehlungs- und kritiklos angenommen werden, jenes Fieber, in dem vielleicht, wenn nötig, Surrettwahlen stattfinden könnten. Doch das frivole Spiel wird diesmal nicht gelingen, dazu sind die Massen haben und drüben denn doch schon nicht mehr urteilslos genug.

Die „Allg. Ztg.“ möge sich übrigens an ihre offiziellen Darlegungen während der Balkankrise erinnern, worin erklärt wurde, daß Deutschland und Frankreich zur Erhaltung des Friedens erfolgreich zusammenarbeiten. Während dieser Krise war Frankreichs Politik durchaus friedensfreundlich wie übrigens der ökonomischen Struktur des Reiches entsprechend schon längst. Wenn jetzt die chauvinistischen Strömungen stärker geworden, die Stimmen der Boulevardpresse wieder schriller tönen, ist daran die deutsche Politik wirklich unschuldig? War vielleicht der Streich von Agadir ein Reiterstück einer Verschleierung- und Verschleierungspolitik? Und gar erst die neue ungeheuerliche Rüstungsvermehrung! Daß diese auf die internationalen Beziehungen störend und die Unruhe während einwirkt, ist schließlich nicht unbegründet. Und daß diese Unruhe von den Chauvinisten haben und drüben zu ihrer Hege ausgenutzt werden wird, hat jeder voraussehen können.

Aber gerade weil dem so ist, müssen all diese Versuche in beiden Ländern mit gleicher Schärfe von der Partei der Internationale als Verbrechen gebrandmarkt und mit aller Energie vereitelt werden. Die Massen in Frankreich und Deutschland wollen nicht die Klinge kreuzen, sie wollen gemeinsam bekämpfen den gemeinsamen Feind: den mörderischen und völkerverhetzenden Kapitalismus!

### Die Hausagrarien und das preussische Wohnungsgesetz.

Die preussischen Haus- und Grundbesitzervereine hielten am Sonntag im Bürgerhaus des Berliner Rathauses ihren 10. Landesverbandstag ab. Auf der Tagesordnung stand der preussische Wohnungsgesetzentwurf, der einer vernichtenden Kritik unterzogen wurde, da er die Interessen der Hausagrarien gefährdet. Der Präsident des Vereins zum Schutze des deutschen Grundbesitzes und Realredakteur Dr. v. d. Borghi betonte in seinem einleitenden Referat, die Begründung des Entwurfes sei einseitig, folge den bodenreformerischen Lehren und eigne sich deren Schlagworten an. Dem tatsächlichen Verhältnisse werde der Entwurf in keiner Weise gerecht. Auch der Generalredner Justizrat Dr. Baumert wandte sich gegen den Entwurf und gegen die Bodenreform. Die anwesenden Regierungsdirektoren werden von den Ausführungen nicht erbauet gewesen sein, trotz der kuratpatriotischen Stimmung, in welcher derselbe Herr Baumert den Verbandstag eröffnete, wobei er die Bereitwilligkeit der preussischen Hausbesitzer zum Ausdruck brachte, Opfer zu bringen für ein starkes Heer und eine Flotte.

Kaiserhoch und Guldigungstelegramme fehlten natürlich nicht.

### Nationalliberal-fortschrittliches Landtagswahlabkommen.

Zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen ist in Kurhessen folgendes Abkommen, und zwar für die Kreuze und die Abgeordnetenwahlen, abgeschlossen worden:

1. Unter völliger Wahrung der parteipolitischen Selbstständigkeit und in gegenseitiger Anerkennung der programmatischen Unterschiede soll in jedem Landtagswahlkreise im Interesse des Gesamtliberalismus nur ein liberaler Kandidat id aufgestellt werden.

2. Die fortschrittliche Volkspartei stellt die Kandidaten in den Wahlkreisen Kassel-Land-Witzenhausen und in der Grafschaft Schaumburg; die Nationalliberale Partei in den Wahlkreisen Kassel-Stadt, Schwelme-Sammalden, Hersfeld-Rotenburg, Heilbrunn-Weilungen, Hofgeismar-Walldagen, Gelnhäusen-Schlüchtern und Homberg-Neudamm.

3. Die übrigen Wahlkreise Kirchhain, Marburg, Hünfeld, Fulda und Hanau werden durch das Abkommen nicht berührt.

4. In der Aufstellung der Kandidaten behält jede Partei freie Hand.

### Besatzungsverluste auf Kriegsschiffen.

Das jüngste Unglück in der deutschen Kriegsmarine lenkt wieder den Blick darauf, daß fast regelmäßig bei Schiffsuntergängen die Verluste an Menschenleben auf Kriegsschiffen viel härter sind als auf Handelsschiffen. Mehrfach schon wurde von unseren Genossen im Reichstage darauf hingewiesen, daß in der deutschen Marine eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Menschenleben verloren geht. Wie erinnern an den Untergang des Panzerschiffes „Großer Kurfürst“, bei dem 260 Menschenleben verunglückten wurden; dann an den Verlust der Korvette „Augusta“ mit 223 Mann Besatzung. Mit dem im Jahre 1889 im Hafen von Apia verloren gegangenen Kreuzer „Adler“ und „Eber“ war ein Verlust von 63 Menschenleben zu verzeichnen, und mit dem Kanonenboot „Albatros“, das in den chinesischen Gewässern versank, fanden 70 Mann der Besatzung den Tod. Von den Unglücksfällen der neueren Zeit ist der Untergang des Schulschiffes „Weissenau“ im Jahre 1900, bei dem 41 Matrosen und Offiziere ihr Leben einbüßten, und der Zusammenstoß des Torpedoboots „S 126“ mit dem Kreuzer „Udine“ im Jahre 1905 zu erwähnen, bei welchem das Torpedoboot unterging und 30 Mann der Besatzung mit in die Tiefe rief. Solche Verluste bedeuten einen recht hohen Prozentsatz im Vergleich zu den Verlusten der Handelsmarine.

Im Hinblick auf das jüngste Unglück in der deutschen Marine muß erneut gefordert werden, daß von der Marineverwaltung alles geschieht, was geschehen kann, um die Besatzung sinkender Schiffe zu retten.

### Der Wahlrechtskampf im Anhalt.

Im anhaltischen Landtag fand die erste Sitzung der Wahlrechtsvorlage statt. Der Staatsminister Leue verteidigte mit großem

Pathos der Regierungsentwurf. Mit besonderem Nachdruck betonte er, daß durch das privilegierte Mandat der Arbeitssammern (die bekanntlich noch gar nicht existieren) die Möglichkeit geschaffen sei, daß ein wirklicher Arbeitervertreter in den Landtag einziehe. Die Sozialdemokratie habe bisher nicht Arbeiter, sondern nur Parteiführer geschickt. — Der Agrarier v. Kroyzig wünschte die Beibehaltung der indirekten Wahl auf dem Lande. Ferner suchte er noch ein privilegiertes Mandat für die Landwirtschaftskammer herauszuschlagen. Da die Agrarier mit den sich nationalliberal nennenden Freikonservern die Mehrheit im Landtage haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß die direkte Wahl auf dem Lande fällt. — Geradezu begeistert von der Regierungsvorlage war der nationalliberale Führer Dr. Leonhardt. Er bezeichnete den Wahlgegenstand als einen Schatz, den man hüten und bewahren müsse! — Nicht sehr glücklich operierte der Freikonserverführer Dr. Cohn, der den Konservern die Vorlage dadurch zu vereiteln suchte, daß er eine nationalliberale Mehrheit und ein überaus starkes Anwachen der freisinnigen und sozialdemokratischen Mandate prophezeite. Diese Taktik wird vielmehr dazu beitragen, daß die Vorlage noch verschlechtert wird. Der einzige Vertreter der Sozialdemokratie, Genosse Voigt, lehnte die Vorlage rundweg ab. Der Regierungsentwurf wurde an eine 14gliedrige Kommission betraut.

## Das französische Volk und die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 9. März. (Fig. Ber.) Wenn man die nationalförmige und imperialistische Presse liest, möchte man glauben, die ganze Nation in allen ihren Schichten sei Feuer und Flamme für die Verlängerung der Dienstzeit. Da finden wir „Enquêtes“, die von der Begeisterung oder doch von heroischer Resignation Zeugnis geben, Resolutionen von Kriegervereinen und Turnern und ganz besonders von Gymnasten. In Wirklichkeit ist's mit der Begeisterung doch nicht so weit her, mag man auch eine gewisse Erregung der durch die Vorkriegs-irreführten Bevölkerung zugeben. Die „objektiven“ Enquêtes des „Temps“ sind schon zum Teil als phantastische Erfindungen und Entstellungen demaskiert. Bei den Bourgeoisprüfungen in den Mittelschulen hat begriffschwermere die chauvinistische Macho mehr Erfolg, indes sind die Bestimmungen, die da zum Teil von Professoren und Direktoren veranlaßt werden, nicht eben unangreifbare Kundgebungen der wirklichen Gefinnung. Richtig ist, daß die Meldungen zum „freiwilligen“ Dreijährigen in den letzten Tagen sehr zugenommen haben. Das kommt aber einfach daher, daß ein großer Teil der Stellungspflichtigen nach den Darstellungen der Patriotenpresse, die das dritte Dienstjahr als unabwendbar und vom Parlament schon so gut wie beschlossen bezeichnet, es für praktischer hält, sich freiwillig zu engagieren und sich so wenigstens die materiellen Vorteile zu sichern, die das Engagement mit sich bringt. Der „Matin“ selbst schreibt heute: „Viele junge Leute beugen sich, so lange es noch Zeit ist, die Vorteile des Gesetzes von 1905 und den doppelten Sold zu erlangen, den er für das letzte Dienstjahr gewährt.“ Nun, für patriotischen Enthusiasmus ist da etwas zu viel Buchhaltung.

Auf der anderen Seite kann man schon von sehr ansehnlichen Kundgebungen gegen die Reform berichten. Gestern abend wurden die gegen sie gerichteten Erklärungen der Redner in einer Wählerversammlung des Gemeinderatskandidaten Michaud in Grenelle stürmisch applaudiert. Geradezu gewaltig aber war die Manifestation im 12. Arrondissement, wo Deputierter Genosse Collin vor 4000 Personen seinen Rechenschaftsbericht erstattete. Eine Resolution gegen die Vorlage wurde mit Akklamation angenommen.

Aus Lille meldet die „Humanité“ heute Kundgebungen der Stellungspflichtigen in Hellemes im Ostkanal dieser Stadt. Am letzten Mittwoch zog dort, nach Schluß der Affentierung, die große Mehrzahl der Konfessierten, mit einer Musikkapelle vor die Präfektur und stimmte die „Internationale“ an. Das angesammelte Publikum aber begrüßte die Demonstranten mit sympathischen Zurufen.

## Die Gewerkschaften gegen den Militarismus.

Paris, 9. März. (Fig. Ber.) Die von uns schon telegraphisch angekündigte Kundgebung des Gewerkschaftsverbandes des Seine-Departements findet Sonntag, den 16. d., auf dem Gelände von Pré-Saint-Gervais statt, wo im Dezember die denkwürdige internationale Manifestation der geeinigten Partei, bei der Genosse Scheidemann für die deutsche Sozialdemokratie sprach, stattgefunden hat. Der in der Arbeiterpresse veröffentlichte Aufruf fordert alle Elemente der arbeitenden Bevölkerung zur Teilnahme auf.

## Jaurès in Nizza.

Paris, 9. März. (Fig. Ber.) Die reaktionäre Presse faßelt heute von einer Niederlage, die Jaurès gestern in der von der sozialistischen Parteiabteilung in Nizza veranstalteten Protestversammlung gegen die militaristische Heße und die dreijährige Dienstzeit erlitten haben soll. Richtig ist nur, daß etliche Duzend junger Royalisten und Nationalisten, die sich mit Pfeifen bewaffnet, im Saal verteilt hatten, unseren Genossen durch ihr wüdes Konzert und den Ruf „Nach Berlin!“ am Sprechen verhinderten. Aber die ungeheueren Mehrheiten der Teilnehmer — es waren an 10000 Menschen zusammengedrängt — brachte stürmische, anhaltende Ovationen dar und brach in Hohnrufen auf die Internationale aus, als Jaurès, den Lärm durchdringend, einige, die Gegner kennzeichnende Worte an die Versammlung zu richten vermochte. Die Depesche der offiziellen „Agence Havas“ spricht selbst von „Manifestationen verschiedener Tendenz“ im Saal und von nachfolgenden Kundgebungen in der Stadt, bei denen junge Leute patriotische Lieder gesungen und eine Fahne getragen haben. Aber sie verschweigt, daß Jaurès auf der Straße von einer gewaltigen Menge mit Hohnrufen begleitet wurde. Daß in der Hochaison von Nizza, die einen großen Teil der jeunesse dorée von Paris an der Riviera versammelt, eine „patriotische“ Manifestation der geschilderten Art, die übrigens durch Plakate und Aufforderungen der lokalen Presse vorbereitet wurde, möglich war, kann nicht gerade Wundernehmen. Sie zu einem Triumph der militaristischen Reaktion umzulügen, gehört die ganze Schamlosigkeit des „Temps“ und seiner würdigen Fälscherkollegen.

## Ein charakteristisches Wahlergebnis.

Paris, 10. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der gestrige Stichwahltag bei der Gemeindevahl in Grenelle bezeugt die Unpopularität der dreijährigen Dienstzeit. Genosse Michaud erhielt 4132, der Reaktionär 3396 Stimmen. 700 Radikale stimmten für den sozialistischen

Kandidaten, 300 für den reaktionären. Abends durchzogen Manifestanten unter dem Rufe „Nieder mit dem Krieg“ den Bezirk. Die reaktionäre Presse schweigt.

## Oesterreich.

### Schwarz-gelbes Schulschuld.

Nach einer Zusammenstellung des Abgeordneten Genossen Binarsky hatten 1910 in Oesterreich 63,4 Proz. aller Volksschulen nur eine oder zwei Klassen und 177 658 schulpflichtige Kinder besuchten keine Schule, weil für sie keine vorhanden war! 153 758 dieser Kinder sind in dem Schladingsparadies Galizien. Dort haben 83,19 Proz. der Volksschulen nur eine bis zwei Klassen, aber selbst in Niederösterreich beträgt dieser Prozentsatz 40,9 Proz.

Der Staat aber hat keine Zeit, sich darum zu kümmern. Wenn nur genug Kanonen da sind.

## Belgien.

### Rüstungsfieber überall.

Nach telegraphischen Meldungen aus Brüssel hat Sonnabendnacht unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat stattgefunden, der sich nicht bloß mit der Inlandskrise, sondern auch mit belgischer Stellung in der Weltlage beschäftigte. Nach der „Inpendance Belge“ kündigt der belgische Generalstab eine Verstärkung der Streitkräfte an der deutschen Grenze um ein ganzes Armeekorps an.

## Spanien.

### Wahlunruhen.

Madrid, 10. März. Gestern fanden die Wahlen der Arrondissementräte statt, die in Madrid ohne Zwischenfälle verliefen. Einige Personen wurden verhaftet, da sie unberechtigtweise zu wählen versuchten. An den Wahlen beteiligten sich zahlreiche Mönche. — Aus Bilbao wird gemeldet, daß es in verschiedenen Städten der baskischen Provinzen bei den Wahlen zu Zusammenstößen kam, bei denen mehrere Personen, darunter der Friedensrichter von Sestao, verwundet wurden. Die Polizei beschlagnahmte mehrere Revolver und nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

In San Pedro Dalbave kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Republikanern und Monarchisten. Dabei wurde eine Person getötet und zwei verletzt. Die Gendarmerie gab Feuer, um die Streitenden zu zerstreuen.

Nach den jetzt bekannt gewordenen Ergebnissen sind in der Provinz 96 Liberale, 55 Konservern, 8 Republikaner und 20 Katholiken gewählt worden. Ministerpräsident Graf Romanones hat sich zum König begeben, um ihm von dem Triumph der Monarchisten Bericht zu erstatten.

## England.

### Die Thronrede über die innere Politik.

London, 10. März. Die Thronrede, mit der das Parlament eröffnet wurde, äußerte sich über die schwebenden Fragen der inneren Politik folgendermaßen: Der König kündigt an, daß die Vorlagen, über welche in der letzten Session zwischen beiden Häusern keine Einigung erzielt wurde, nochmals eingebracht werden sollen. Schließlich sagt der König, daß in Anbetracht der anstrengenden Arbeit des letzten Jahres die weitere gesetzgeberische Tätigkeit eingeschränkt werden soll, und kündigt folgende Vorlagen an: eine Bill betreffend den Landbesitz in Irland; ferner Bills, welche die Beschäftigung von Kindern in der Industrie weiter einschränken, die Bluralstimmen aufheben und ein nationales Unterrichtssystem schaffen sollen.

## Rußland.

### Die gelbe Gefahr.

Die sibirischen Großgrundbesitzer, die zu den gebotenen Hungerlöhnen nicht mehr genug Arbeiter finden, haben mit der Einfuhr von Chinesen begonnen, die unter den traurigsten Bedingungen und ohne jede Sorge gegen Unfall oder für den Krankheitsfall beschäftigt werden. Das sind dieselben Leute, die die „nationale“ Agitation gegen die „gelbe Gefahr“ unterstützt haben. Bei dieser handelt es sich freilich nicht um die Einfuhr tierisch verflämmerter Lohndrücker, sondern um die Einwanderung freier Chinesen in die asiatischen Besitzungen, die denn auch von der Regierung eingeschränkt worden ist.

## Mexiko.

### Fortdauer des Bürgerkrieges.

New York, 9. März. Aus Mexiko wird von Aufständen aus verschiedenen Teilen des Landes berichtet. Die Rebellen rüsten sich zu einem Angriff auf Agua Prieta. Das amerikanische Kriegsdepartement bereitet die eilige Entsendung von weiteren 8000 Mann an die Grenze vor, um mögliche Zusammenstöße mit den amerikanischen Truppen zu verhindern. Nach einer Depesche aus Laredo (Texas) haben gestern 1200 Mann Regierungstruppen unter General Blanquet den ganzen Tag mit den Rebellen um den Besitz von Saltillo-Coahuila gekämpft. Schließlich gaben die Rebellen die Stadt preis und flüchteten ins Gebirge.

## Aus der Partei.

### Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse.

Sonnabend, den 8., und Sonntag, den 9. März, fand in Berlin die erste vom Zentralbildungsausschuss einberufene Konferenz der Bezirksbildungsausschüsse Deutschlands statt. Anwesend waren 49 Delegierte von 35 Bezirksbildungsausschüssen, 6 Mitglieder des Zentralbildungsausschusses, ein Vertreter des Parteivorstandes und 4 Wanderredner. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, die Organisation der Bildungsarbeit, gab Genosse Heinrich Schulz, der Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses, einen Ueberblick über die Entwicklung der Bildungsarbeit seit dem Mannheimer Parteitag. Der Zentralbildungsausschuss habe von Anfang an betont, daß er nicht schablonisieren wolle; das beste müsse der Initiative der einzelnen Orte und der einzelnen Parteigenossen entsprechen. Während es 1906 nur wenige Ortsbildungsausschüsse gegeben habe, hätten sie sich bis heute auf etwa 400 vermehrt; der Kultusetat der deutschen Arbeiterklasse betrage im verflochtenen Jahre trotz der Wahl 647 139 M., so daß eine Million bald erreicht sein werde. Im Dienste der Bildungsorganisation als Mitglieder der Bildungsausschüsse händen über 2000 Genossen. Zahlreiche Lehrkräfte wären ebenfalls vorhanden; etwa 10 Genossen würden als Wanderredner vom Zentralbildungsausschuss durch ganz Deutschland entsandt, und eine große Zahl geeigneter Kräfte der einzelnen Orte, Redakteure, Sekretäre u. a. nähmen sich der Bildungsarbeit an. Wenn früher künstlerische Kräfte nur mit Mühe zu gewinnen gewesen seien, so sei heute ein Ueberangebot an Kräften vorhanden, dessen seine sehr vorsichtig geprüft werden.

Die Grundlage für die Organisation der Bildungsarbeit sei der örtliche Bildungsausschuss, der paritätisch aus Partei- und Gewerkschaftsmittgliedern zusammenzusetzen sei. Es sei eine wesentliche Hilfe gewesen, daß 1911 der Gewerkschaftskongress dieser paritätischen Zusammensetzung zugestimmt habe. Der örtliche Bildungsausschuss habe zunächst ein Programm mit Kostenanschlag aufzustellen und es nach Genehmigung der beiden Instanzen selbstständig durchzuführen. Zur Erleichterung der Bildungstätigkeit benach-

barter Orte habe sich der Kreisbildungsausschuss herausgebildet. Die praktische Arbeit habe aber auch über den Kreis hinausgewiesen zum Bezirksbildungsausschuss, der als Bindeglied zwischen dem Zentralbildungsausschuss und den einzelnen Orten die wichtigste Arbeit zu leisten habe. Es sei zweckmäßig, die Bezirke nicht mit Finanzfragen zu belasten; sie könnten dann besser ihre vermittelnde Tätigkeit ausüben. Die Teilnehmer an den Veranstaltungen würden aus pädagogischen Gründen durch geringe Ausgaben zu den Kosten beitragen. Die Organisation der Bildungsarbeit sei langsam aus der Praxis heraus erwachsen, sie sei nicht künstlich ausgepfropft, sondern ein wesentlicher, integrierender Bestandteil der Partei- und Gewerkschaftsbewegung. Der Zentralbildungsausschuss sei mit seiner Tätigkeit dem deutschen Parteitag verantwortlich. Bei künstlerischen Veranstaltungen seien in erster Linie heimische Kräfte heranzuziehen, die der öffentlichen Kritik unterstehen. Ueberall seien Zentralbibliotheken zu errichten. Die Bibliotheksfrage werde auf einer der nächsten Konferenzen erörtert werden müssen. Ein Wegweiser für Bibliotheken werde vorbereitet. Für die praktischen Bedürfnisse der gesamten Bildungsarbeit würden von Fall zu Fall Mitteilungsblätter durch die Zentrals herausgegeben werden.

An das Referat schloß sich eine lebhafteste Debatte an, die eine Fülle von Anregungen zutage förderte und zugleich von der vollen Einmütigkeit der erschienenen Bezirke Deutschlands über die ernste Bedeutung der Bildungsarbeit Zeugnis ablegte. Von einer Reihe von Rednern wurde die Finanzfrage der Bezirke erörtert und in der Mehrzahl zur Vermeidung der Schwierigkeiten die Nichtfinanzierung befürwortet, ohne daß ein Zwang dazu für alle Bezirke anerkannt wurde. Zur ersten Einführung kleinerer Orte in die Bildungstätigkeit wurde die Veranstaltung von elementar gehaltenen Einzelvorträgen wissenschaftlichen Charakters gewünscht. Ein Verzeichnis empfehlenswerter Künstler, das vielfach gewünscht wurde, will der Zentralbildungsausschuss in Aussicht nehmen. Wem wurde die schon in Vorbereitung befindliche Lichtbildzentrale befürwortet. In der Regel soll ein belehrender, von dem Redner selbständig ausgearbeiteter Vortrag dem Vorzeigen der Bilder vorangehen. Die Bilder werden von der Zentrale zum Selbstkostenpreis ausgegeben werden. Von vielen Seiten wurde die Schaffung eines Bildungsorgans gewünscht. Man erklärte sich aber vorläufig mit einem Mitteilungsblatt, das vorwiegend der Technik der Bildungsarbeit dienen soll, einverstanden. Es wurde ferner die Wichtigkeit der Heranziehung der Arbeiterfänger zu Veranstaltungen betont und ein Hinwirken auf eine Verschmelzung der kleinen Vereine zu großen Chören und auf den Anschluß aller Vereine an den Arbeiterfänger und empfohlen. Elternvereine zur Bildungsarbeit auch unter der schulpflichtigen Jugend, höhere Wanderschulen und Spielleiterkurse wurde befürwortet. Ueber die Lustbarkeitssteuer soll Material gesammelt werden. Begünstigt wurden Anregungen zur Veranstaltung von Museumsführungen und besondere Führungen und Vormittagsvorträge für Arbeitslose. Am Schluß der Debatte hob der Vertreter des Parteivorstandes, Genosse Scheidemann, das segensreiche Wirken der Bildungsarbeit, die Parteiarbeit im besten Sinne des Wortes sei, hervor; er wies auf das volle Einverständnis zwischen Zentralbildungsausschuss und Parteivorstand hin, und stellte auch für die Zukunft die Bereitwilligkeit des Parteivorstandes, die wertvolle Bildungsarbeit zu unterstützen, in Aussicht.

Bei Punkt 2, die wissenschaftlichen Wanderkurse, wies Genosse Schulz auf die organisatorische Entwicklung der Kurse hin, und gab verschiedene Neuerungen bekannt. So soll in Zukunft ein für alle Orte gleicher Pauschalpreis einzelner Kurse festgesetzt werden. Die Wichtigkeit der statistischen Feststellungen durch die Personalbogen und Fragebogen wurde mehrfach betont. Im weiteren wurde von den Delegierten zum Ausdruck gebracht, daß die Besucherzahl nicht so hoch sein dürfe, daß es wichtig sei, einen Eintrittspreis für die Kurse zu fordern, daß für pünktlichen Anfang gefordert werden müsse, daß ein Kursabend mit Einschluss einer Pause nicht über zwei Stunden ausdehnen sei, daß Bier- und Tabakgenuss während der Vorträge grundsätzlich nicht zugelassen sei. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Gedenkfeste wurden historische Kurse, namentlich über die Zeit vor hundert Jahren, gewünscht. Ferner wurden naturwissenschaftliche Experimentalkurse empfohlen.

Die Beratung des dritten Punktes, die Jugendchriften-Ausstellungen, gab Anregungen zur Veranstaltung von Wanderausstellungen durch die Bezirke unter Mitwirkung der Parteibuchhandlungen.

Mit einem anfeuernden Schlußwort beendete der stellvertretende Leiter der Konferenz, Genosse Sehaib-Dresden, die ergebnisreichen Verhandlungen.

## Schiedsgericht.

Am Sonnabend tagte in Göttingen unter dem Vorsitz des Genossen Müller-Berlin auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins Göttingen ein Schiedsgericht gegen den Gemeinderat Julius Brüdner in Göttingen. Brüdner hatte im Mai vorigen Jahres, nachdem Genosse Kinkel an Stelle des bisherigen Abgeordneten Lindemann von der Bezirkskonferenz für den Landtagswahlkreis Göttingen zum Kandidaten proklamiert worden war, an den Platschäulen erst durch einen sachlichen Anschlag eine Urabstimmung gefordert und, nachdem sich der Kreisvorstand und eine Göttinger Ortsvereinsversammlung hiergegen gewandt hatten, durch einen zweiten Anschlag die schärfsten Angriffe gegen die Mehrheit der Göttinger Genossen und den neuen Kandidaten gerichtet. Den ersten Anschlag ließ Brüdner plakatieren, nachdem die Expedition der „Freien Volkszeitung“ den Text als Infamat nicht aufgenommen hatte. Brüdner glaubte sich zu solchem Vorgehen berechtigt, weil seiner Auffassung nach der Beschluß der Bezirkskonferenz nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei. Das Schiedsgericht war einstimmig der Meinung, daß Brüdner trotzdem keine Anschläge an den Platschäulen machen durfte, sondern daß er sich an den Landesvorstand wenden und auf dessen schnelles Eingreifen dringen mußte. Das Schiedsgericht glaubte dem Genossen Brüdner, daß sein Vorgehen gegen Kinkel nicht von unläuteren Motiven bestimmt war, und daß er Kinkel für einen sachlich ungeeigneten Kandidaten hielt. Das Schiedsgericht wies es ab, ein Urteil darüber zu fällen, ob das, was von den bürgerlichen Gerichten und der Verwaltungsbehörde in Sachen der Göttinger Ortskonferenz gegen Kinkel festgestellt wurde, richtig ist oder nicht. Es nahm an, daß Brüdner an die Wichtigkeit der von gegnerischer Seite gegen Kinkel aufgestellten Behauptungen bereits geglaubt habe, ehe darüber behördliche Feststellungen gemacht wurden. Das Schiedsgericht stellte fest, daß Brüdner durch die beiden Anschläge an die Göttinger Platschäulen sich eines beharrlichen Zuwiderhandelns gegen die Beschlüsse der Parteioberorganisation schuldig gemacht habe. Wer an den öffentlichen Anschlagplakaten polemische Erklärungen gegen die Partei, der er angehört, losläßt, liefert den Gegnern der Partei Waffen, und schädigt dadurch das Interesse der Partei. Da Brüdner durch die Angriffe in einem zweiten Plakat die Grenze des innerlich der Partei Zulässigen überschritten hat, erklärte das Schiedsgericht mit vier gegen drei Stimmen auf Ausschluß des Genossen Brüdner aus der Partei.

## Tod eines Mitbegründers der belgischen Arbeiterpartei.

Aus Brüssel wird uns vom 9. März gemeldet: Heute nachmittag fand im Brüsseler Vorort Jzelles das Beisetzungsritual eines alten ergebenden Parteimitgliedes und Mitbegründers der belgischen Arbeiterpartei statt. Guillaume Dresseur, Mechaniker von Veruz, gehörte schon dem alten Verband der Internationale an und war mit Hector Denis, César de Paepo, Orianté u. a. mit an der Wiege der belgischen Arbeiterbewegung. Dresseur war auch mit besonderem Eifer für seine Vereinsorganisation tätig und gehörte bis zum Jahre 1907 dem Gemeinderat von Jzelles an, wo er aus Altersgründen zurücktrat. Der Parteiveteran ist 75 Jahre alt geworden. Er war es übrigens, der seinerzeit im Wahlverein von Jzelles Wandevelde als Parteimitglied einführte. Die Arbeiterpartei Belgiens bewahrt dem verstorbenen Kämpfer dankbare Anerkennung.

# Gewerkschaftliches.

## So sehen sie aus!

Wieder fand einmal ein „Kuhbedürftiges, Raatberhaltendes Element“ in Königsberg vor Gericht. Wegen versuchten Mordes hatte sich der „Arbeiter“ Otto Müller, der in der Union-Gesellschaft als Streikbrecher tätig gewesen ist, vor den Geschworenen zu verantworten. Er hatte versucht, auf offener Straße seine Braut zu ermorden, da diese sich von ihm abgewandt hatte. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß dieses „nützliches Element“ ein rohes und gewalttätiges Verhalten an den Tag gelegt hatte. Seine Braut hat der Wut, wie Zeugen ausfragten, wiederholt mißhandelt. Er hat stets von ihr Geld haben wollen, und wenn er keins erhielt, schlug er sie in der schändlichsten Weise. Auch mit dem Messer und Revolver hat er sie wiederholt bedroht. Die Mißhandlungen wurden so arg, daß sich das Mädchen veranlaßt sah, der Polizei Anzeige zu erstatten. Natürlich wollte es auch von diesem Menschen nichts mehr wissen, was ihn noch mehr aufbraute. Er lauerte dem Mädchen öfters an der Arbeitsstelle auf, und schließlich faßte er den Entschluß, das Mädchen zu erschießen. Mit einem Revolver war er ausgestattet. Wie er vor Gericht erklärte, hatte er sich die Waffe angeschafft, um sich vor den Angriffen der Streikenden zu schützen. Dabei haben diese nicht einmal daran gedacht, an solches Gelichter irgendwie heranzutreten.

Eines Morgens lauerte der Streikbrecher seiner Braut auf. Als er sie traf, sprach er sie an, und als sie ihn zur Seite stieß, gab er auf das Mädchen einen Schuß ab. Dieses lief mit einer Wunde im Rücken in einen Bäckereiladen. Der Streikbrecher eilte dem Mädchen nach und schoß wieder. Darauf versuchte die Angeklagte in den Hausflur zu entkommen, doch auch hier setzte ihr der Kerl nach und gab nochmals einen Schuß auf sie ab, worauf sie zusammenbrach, während der Revolverheld die Flucht ergriff, aber bald festgenommen wurde. Das Mädchen ist auch jetzt noch nicht ganz hergestellt. Am Sonnabend hatte sich der Streikbrecher wegen versuchten Mordes vor den Geschworenen zu verantworten. Der Staatsanwalt erklärte, der Angeklagte sei zweifellos ein roher und gewalttätiger Mensch. Außerst roh sei auch sein Verhalten gegen das Mädchen gewesen. Die Tat des Angeklagten sei als versuchter Mord zu betrachten. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der versuchten vorläufigen Tötung schuldig, beurneinten die Heberlegung, verurteilten aber dem Angeklagten mildernde Umstände. Das Gericht erkannte auf acht Jahre Zuchthaus; es erklärte, der Angeklagte habe eine feige, ruchlose Tat begangen.

## Berlin und Umgegend.

### Zur Aussperrung der Maler.

Im Montag vormittag hatten sich die ausgesperrten Maler und Berufsangehörigen im großen Saale der „Neuen Welt“ versammelt. Es zeigte sich, daß die Aussperrung bei weitem nicht den vom Unternehmertum erhofften Umfang angenommen hat. Von 2215 Berufsangehörigen, die amnestiert waren, kamen nur ganze 1843 Mann als Aussperrte in Betracht. Wenn man sich vergewissert, daß circa 8000 Arbeiter in Berlin im Malerberuf beschäftigt sind, so kann die jetzige Aussperrung als ein Schlag ins Wasser bezeichnet werden.

Verschiedene Firmen haben schon versucht, mittels Schiedungen die angedrohte Konventionalstrafe zu umgehen, ohne die Aussperrung mitmachen zu müssen. Sie wollen sich dieser oder jener Mittelperson bedienen, um sich aus der heißen Situation zu retten. Nicht eruchte die Anwesenden, alle derartigen Praktiken rundweg abzulehnen.

Einigen Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes scheint man die Erlaubnis gegeben zu haben, weiter zu arbeiten, da dieselben nicht ausgesperrt haben, ohne daß die Arbeitgeberorganisation gegen sie vorgeht.

Das Resultat der Auszählung wurde mit großer Heiterkeit aufgenommen. Jedenfalls ist die Stimmung unter den Aussperrten die denkbar beste und sehen dieselben der weiteren Entwicklung des Kampfes mit fröhlicher Zuversicht entgegen.

Da die Arbeitgeber des Malergewerbes auch in Spandau ein ganzliches Piaso mit ihrer Aussperrung erlebt haben, suchen sie in der bürgerlichen Presse ihren Retter. Sie geben dort die Zahl der Aussperrten auf 100 an, während es tatsächlich nur 25 sind. Nicht ausgesperrt sind 81. Die „Spandauer Zeitung“ sowie der „Anzeiger fürs Havelland“ geben der Juchrufen der Arbeitgeber weitestens Spielraum und lamentieren über die Unmöglichkeit der Arbeiter. Sie versuchen, die Hauswirte gegen diese aufzubringen. Das Tatsachenmaterial der Zeitung der Arbeiter wird nur in verflümmelter Form gebracht.

### Eigenartige Auffassungen über die Gültigkeit von Verträgen.

Der Deutsche Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin, Sektion der Gips- und Zementbranche hat mit dem Verband der Baugeschäfte Groß-Berlin seit Jahren einen Vertrag abgeschlossen, der Löhne, Arbeitszeit usw. regelt. Diese Berliner Arbeitgeberorganisation gehört dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht an. Wenn sich diese beiden Richtungen auch sonst aus bestimmten Gründen wohl gerade nicht besonders lieben, so bestand doch bei seinen Mitgliedern bisher immer der Grundsatz, daß die für bestimmte Wirtschaftszweige mit den Arbeitgeberorganisationen abgeschlossenen Verträge schon aus Konkurrenzrücksichten eingehalten werden müssen. Von diesem als richtig anerkannten Grundsatz scheint man an leitender Stelle des „Bundes“ jetzt gelegentlich abgehen zu wollen.

Gegenwärtig werden von dem Vorsitzenden des Provinzial-Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe der Provinz Brandenburg, Herrn Bauvermeister Jurtz aus Brandenburg, in Tegel Betonarbeiten an der Humboldtstraße ausgeführt. Regel gehört zum Vertragsgebiet Berlin. Trotzdem weigert sich Herr Jurtz, für diese Arbeiten die Vertragslöhne zu zahlen und versucht, mit den dort beschäftigten Arbeitern persönliche schlechtere Bedingungen zu vereinbaren. Die im Verträge vorgesehenen Instanzen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen versuchten den beauftragenden Unternehmer wiederholt zur Einhaltung des Vertrages zu bewegen, leider noch ohne Erfolg. Herr Jurtz teilte dem Verband der Baugeschäfte Groß-Berlin mit, daß er nur die Verträge respektiere, die von „seiner“ Organisation abgeschlossen sind. Für Gebiete, die von „seiner“ Organisation vertraglich nicht abgegrenzt sind, beansünde für ihn keine Verpflichtungen, sich an die vereinbarten Bedingungen zu halten.

Nicht eigenartig muß es aber den Leser der „Baugewerkszeitung“ (dem offiziellen Organ des Arbeitgeberverbandes) amnuten, wenn er den Artikel des Dr. A. Hilse in Nr. 8 mit Aufmerksamkeit liest, in dem nachgewiesen wird, daß es für den Ausbau der Vertragsidee unerlässlich ist, daß die vertragsschließenden Parteien mit ihrem Verbandsvermögen dafür zu haften haben, wenn einem Mitglieder der Gegenpartei ein Schaden aus der Nichterhaltung der geschlossenen Verträge entsteht. Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes sollen deshalb, wie wir schon mitteilten, bei den bevorstehenden Verhandlungen im Baugewerbe den Arbeitgebervertretern gegenüber ganz ungewöhnlich und bestimmt zum Aus-

druck bringen, daß die Zentralorganisation sinnenlosprechend den §§ 340, 341 B.G.B. auch diejenigen Vermögensnachteile schuldig zu halten hat, welche von Mitgliedern der Unterorganisationen unter Verletzung der vertraglichen Vereinbarung den Arbeitgebern durch Streikbewegungen zugefügt werden. In dem Artikel wird es immer so dargestellt, als wenn solche Verträge nur von Arbeitern zu erwarten sind. Mit keinem Wort geht Dr. Hilse darauf ein, welche Maßnahmen der „Bund“ ergreifen will, wenn seine Mitglieder, wie im vorliegenden Falle, gegen den Grundgedanken durch Verträge „Ruhe und Frieden“ im Gewerbe zu schaffen beabsichtigen, indem sie einfach erklären: Solche Verträge, die mit „anderen“ Organisationen abgeschlossen sind, erkenne ich nicht an! Theorie und Praxis ist eben hier auch zweierlei. Bei den örtlichen Verhandlungen in den Provinzbezirken fordert Herr Jurtz als Organisationsvertreter, daß den Mitgliedern „seiner“ Organisation die Schmutzkonkurrenz der unorganisierten Landunternehmer vom Halbe gehalten wird, indem auch bei diesen Unternehmern die Vertragslöhne durch die Arbeiterorganisation durchgesetzt werden müssen. Die Arbeiter tun das selbstverständlich, weil sie dazu vertraglich verpflichtet sind. In Berlin will derselbe Organisationsleiter den bestehenden Vertrag bei seinen eigenen Arbeiten nicht anerkennen, weil es kein „Bundesvertrag“ ist, obwohl dieser Vertrag wörtlich und inhaltlich fast die gleichen Bestimmungen enthält wie die Bundesverträge. Der Profit heiligt auch hier das Mittel! Damit aber durch das angeführte Beispiel die guten Sitten nicht verdorben werden, haben sämtliche bei den Betonarbeiten der Humboldtstraße beschäftigten Verbandsmitglieder am Sonnabend die Arbeit eingestellt. Die Arbeitsstelle gilt für Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes als gesperrt, bis sich Herr Jurtz verpflichtet, die mit dem Verband der Baugeschäfte abgeschlossenen Verträge anzuerkennen.

### Achtung Bauarbeiter!

Die im Deutschen Bauarbeiterverband organisierten Arbeiter der Bauaufzugbetriebe (Fahrtstuhlarbeiter) sind am Montag, den 10. März, in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft, die im Baubereich unter der jetzigen Konjunktur an und für sich schon eine sehr große ist, hat bei dieser Gruppe ihren Höhepunkt erreicht. Wer schon einmal beobachtet hat, wie diese Arbeiter mit ihrem Kasten — als Tornister wird er von ihnen selbst symbolisch bezeichnet — in dem sich 42 Steine mit einem Durchschnittsgewicht von 6 1/2 Pfund befinden, auf der Küstung entlang laufen, mit ziemlicher Beheerung den Kasten abwärts, wozu auch große Vorübung gehört, und wieder frische Ladung holen und dafür am Wochenschluß einen Lohn beziehen, der nicht annähernd ausreicht, um die Lebensbedürfnisse zu decken, der muß die Geduld dieser Leute bewundern haben. Die Akkordpreise wurden von Bau zu Bau verschlechtert, so daß die Arbeiter schließlich niedrigere Stundenverdienste erzielten, als selbst die gewöhnlichen Hilfsarbeiter im Tagelohn. Alle Versuche der Arbeiter, diese Zustände abzuändern, scheiterten an dem Interneumtum dieser Branche, das sich aus den verschiedenen Berufsgruppen zusammensetzt, denen jeder innere Zusammenhang fehlt. Die eingeleiteten Verhandlungen mit einer im Entstehen begriffenen Unternehmerorganisation zwecks Abschluß eines Tarifvertrages wurden von dieser nicht fortgesetzt, mit der Motivierung, daß ihr noch zu wenig der in der Branche tätigen Unternehmer angehören, die fortwährend neuerdings preisdrückend auftreten, dadurch jeden Vertragsabschluß verhindern und Ruhe in der Branche nicht eintreten lassen.

Unter diesen Umständen sahen sich die Arbeiter zur Einstellung der Arbeit gezwungen, um bei allen Firmen die Forderung einer Verbesserung der Akkordpreise durchzusetzen.

Gemeindet haben sich bisher 324 Streikende, davon 316 Mitglieder des Bauarbeiterverbandes, 8 Mitglieder des Transportarbeiterverbandes und 2 Mitglieder des Maschinenverbandes sind.

Von allen Bauarbeitern, besonders aber auch von den Kundenträgern, müssen wir die Befundung der größten Solidarität verlangen. Mögen sich alle Bauarbeiter dessen klar werden, daß der Kampf der Fahrtstuhlarbeiter auch ihr Kampf ist und darum die Pflicht es jedem gebietet, alles zu tun, um den Streikenden den Sieg erringen zu helfen. Auf allen Bauten, die vorher von Fahrtstuhlarbeitern besetzt waren und wo jetzt andere Arbeiter arbeiten, handelt es sich um Arbeitswillige.

Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes.  
Zweigverein Berlin.

### Protest der Bureau-Angestellten der Stadt Berlin.

Im „Marinehaus“, Brandenburger Ufer 1, waren am Sonntag die Bureauangestellten der Stadt Berlin in sehr großer Zahl versammelt, um dagegen zu protestieren, daß sie bei der Aufbesserung der Arbeitslöhne übergangen worden sind. Die Redner führten aus: Das Anfangsgehalt eines Bureauangestellten der Stadt Berlin betrage 110 Mark monatlich und steige nur sehr langsam. Angesichts der großen Teuerung der Wohnungspreise und aller anderen Lebensbedürfnisse sei es einem Ledigen unmöglich, damit auszukommen, geschweige einen Familienvater mit mehreren Kindern. Ein Bureauangestellter der Stadt Berlin, der 17 Jahre im Dienst war und sich musterhaft geführt hatte, wurde vor einiger Zeit zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt, weil er, um seinen Kindern den Hunger zu stillen, sich an fremdem Eigentum vergreifen hatte. Wenn die Stadt Berlin 10000 Mark zum Empfang eines fremden Pfandes auswenden könne, dann sei sie auch in der Lage, ihren Bureauangestellten auskömmliche Gehälter zu zahlen.

Stadtverordneter Sassenbach führte aus: Die sozialdemokratischen Stadtverordneten unterstützen die Forderungen der Bureauangestellten, sie sind aber leider in der Minderheit. Es empfehle sich, eine Deputation an die bürgerlichen Mitglieder des Staatsausschusses der Stadtverordneten zu entsenden. Andererseits sei es notwendig, daß sich die Bureauangestellten, die zu den Proletariern mit den Strohstricken gehören, ebenso wie die Arbeiter, organisieren. — Es gelang schließlich einstimmig eine Erklärung zur Annahme, in der es heißt:

Die Versammelten bedauern, daß die Bureauangestellten bei der Aufbesserung der Arbeiterlöhne übersehen worden sind. Sie ersuchen den Staatsausschuß der Stadtverordneten dringend, für eine Aufbesserung der künftigen Gehälter der städtischen Bureauangestellten zu sorgen. Die Versammelten bedauern, daß der Berliner Magistrat die Hebernahme der vollen Beiträge zur Angestelltenversicherung auf die Stadtverwaltung bisher unterlassen hat und hoffen, daß der Stadtausschuß auch hier beständig eingreifen wird. Endlich erklärten die Versammelten, daß die wirtschaftliche Lage der städtischen Bureauangestellten immer unerträglicher wird und fordern deshalb alle Kollegen auf, durch Anschluß an den Verband der Bureauangestellten Deutschlands den Kampf um bessere Gehälter und Anstellungsbedingungen aufzunehmen.

Dieser Beschluß soll durch eine Deputation dem Staatsausschuß der Stadtverordneten überreicht werden.

### Zur Tarifbewegung im Schneidergewerbe.

Die Zuschneider, organisiert im Verband der Schneider, nahmen am Sonnabend in einer außerordentlichen Generalversammlung zu der Frage Stellung, ob der gegenwärtig geltende Lohnvertrag gekündigt oder stillschweigend auf ein Jahr verlängert werden soll. Vorsitzender Genewski wies einleitend auf den Streik in der Herrenkonfektion hin und beantragte, den Tarifvertrag am 1. April zum 1. Juli d. N. zu kündigen. Bei dem neu abzuschließenden Tarifvertrag müsse vor allem auf eine Erhöhung des Anfangsgehaltes, das jetzt nur 30 M. betrage,

Bezug genommen werden. Es könne nicht mehr geduldet werden, einen Zuschneider, der ein gelernter Schneider sein und außerdem die Zuschneiderschule besucht haben müsse, mit 30 M. Anfangsgehalt zu entlohnen. Auch das Höchstgehalt sei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen nach viel zu wenig. Redner wies noch auf die Urlaubsfrage hin, die in vielen Fällen nur auf dem Papier stehe und forderte auf, alle Heberstunden möglichst zu vermeiden. Durch die Heberstunden würde die Saison erheblich verfürzt und die Zahl der Arbeitslosen erhöht.

Nach einer längeren Debatte, in der besonders auf die ganz unzureichenden Löhne für Zuschneider hingewiesen wurde, wurde einstimmig beschlossen, den Tarif am 1. April zu kündigen.

Heitmann vom Hauptvorstand legte den Zuschneidern dringend ans Herz, aus dem gefassten Beschluß die richtige Konsequenz zu ziehen, damit sich bei dem Tarifabschluß ein besseres Resultat erzielen lasse als vor drei Jahren. — Eine aus fünf Mitgliedern bestehende Lohnkommission wird die neuen Tarifvorlagen ausarbeiten.

Der Vorsitzende machte noch bekannt, daß für die durch den Konfektionsstreik in Mitleidenschaft gezogenen Zuschneider ein Kontrolllokal eingerichtet wurde. Es befindet sich bei Wof, Klosterstraße 101, und hat sich jeder Arbeitslose dort zu melden.

**Gastwirtsgehilfen!** Der Streik der Kellner usw. in den Prachtzügen des Ostens, Inhaber O. Eranz, Frankfurter Allee 151-152, dauert fort. Herr Eranz weigert sich, an Stelle der Kost eine Kostenschildigung zu zahlen, obwohl in den meisten Soalgewerkschaften Berlins die Kost abgekauft ist. Er ist kampfbereit bemüht, den Streikposten die Polizei auf den Hals zu heben. Seine Verdrossenheit ging sogar soweit, daß er den Obmann der Lokalkommission, der in der Angelegenheit vermitteln wollte, polizeilich feststellen ließ. Der Betrieb ist nach wie vor für organisierte Gehilfen gesperrt.

Die Residenz-Gehilfen, Joh. Walterstein, Landsberger Straße 31, sind wegen Tarifbruchs ebenfalls gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung, Schuhmacher!** Der Streik bei der Firma Goldmann, Köpenicker Straße 126, dauert fort. Der Betrieb wird notdürftig von wenig leistungsfähigen Arbeitswilligen aufrecht erhalten. Nur in der Wendeabteilung scheint es vollständig zu stehen, da Herr Goldmann versucht, diese Arbeit von Heimarbeitern herstellen zu lassen. Dazu muß ihm der Arbeitswillige und Heimarbeiter Piper, Buchholzer Straße 8, Helfersdienste leisten, indem dieser die Arbeit an andere Heimarbeiter weitergeben soll. Die Heimarbeiter, welche gewerbliche Schuhwaren anfertigen, seien deshalb davor gewarnt, Arbeit von Piper zu übernehmen. Innerhalb des Betriebes sind es besonders die Jüweler Pfeifer, Wiener Straße 38, Dowlisch, Friedrichstraße 101, Schlotke, Große Frankfurter Straße 84, und der Hausbesitzer Krennberger aus Strausberg, Kaiserstraße 15, welche Hausreichdienste leisten. Der Betrieb ist streng zu meiden. Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

## Deutsches Reich.

**Tarifabschluß im Breslauer Brauergewerbe.** Zwischen dem Zentralverband der Brauereien und Mühlenarbeiter und dem Verein der Brauereien des Stadt- und Landkreises Breslau ist ein Tarifvertrag mit vierjähriger Gültigkeit abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit ist für alle in den Brauereien Beschäftigten erheblich verkürzt worden, außerdem tritt eine Lohnhöhung von 8 bis 3,50 M. wöchentlich ein. Die Verhandlungen, die mehrere Tage in Anspruch nahmen, brachten für die Arbeitgeber auch in anderer Hinsicht manche Verbesserungen.

## Ausland.

**Achtung, Bäcker!** Die Londoner Bäckermeister suchen für den Ende dieser Woche ausbrechenden allgemeinen Bäckereistreik Streikbrecher in Deutschland anzuwerben. Eine große Bäckerei soll schon Bäcker aus Deutschland verschrieben haben. Die Bäcker werden gewarnt, nach London zu kommen, wo ihrer, was immer die Streikbrecheragenten auch sagen mögen, die elendesten Existenzbedingungen harrten, gegen die ihre Londoner Kollegen jetzt kämpfen.

## Letzte Nachrichten.

### Explosionskatastrophen.

**Haberleben, 10. März. (B. T. Z.)** In dem benachbarten Dorfe Ansel erfolgte heute morgen, als zwei landwirtschaftliche Ebeben Benzol aus einer Tonne holen wollten und ein Bündel anzündeten, eine furchtbare Explosion. Beide Leute wurden sofort getötet. Das Gebäude brannte zum Teil nieder.

**Paris, 10. März. (B. T. Z.)** In dem Dorfe Montceau le Reuf entstand durch Explosion eines Kinemographen eine Panik, bei welcher 45 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden, darunter 10 tödlich.

**London, 10. März. (B. T. Z.)** In den Nobelschen Dynamitwerken in Arder Ayrshire ereignete sich heute eine Explosion, bei der sechs Personen getötet und sieben schwer verletzt wurden. Viele Gebäude in der Stadt wurden teilweise zerstört. Es herrscht eine Panik. Die Gewalt der Explosion war so heftig, daß auch in der benachbarten Stadt Irvine an diesen Gebäuden, besonders auch an Kirchen und Schulen, erhebliche Beschädigungen angerichtet wurden.

### Bäckerstreik in Köln.

**Köln a. Rh., 10. März. (B. T. Z.)** Sämtliche in den Kölner Großfabriken beschäftigten Bäcker beschloßen einstimmig, in den Auslands zu treten. In den meisten Bäckereien ruht daher heute bereits die Arbeit vollständig.

### Schweres Bauunglück.

**Dortmund, 10. März. (B. T. Z.)** Auf der „Union“ stürzten heute zwei Arbeiter vom Gerüst. Der eine war auf der Stelle tot, während der andere lebensgefährliche Verletzungen davontrug und ins Hospital übergeführt werden mußte.

### 72 Personen ertrunken.

**Gattara, 10. März. (B. T. Z.)** Gestern ist eine Barke, die mit 65 Frauen, 3 Mädchen und 4 Soldaten besetzt war, und sich an das albanische Ufer des Sturaxsees begab, von einer starken Welle zum Kentern gebracht worden. Sämtliche Insassen ertranken.

### Brandstiftungen der Suffragetten.

**London, 10. März. (B. T. Z.)** Gegenwärtig scheinen die englischen Suffragetten das Ziel ihrer Propaganda der Tat auf Eisenbahnsationen zu richten. Nachdem bereits heute früh die Station Saunderton durch Anhängerinnen des Frauenwahlrechts eingeeäschert wurde, folgten im Laufe des Tages die streitbaren Damen die Station Watford in Brand.

Der Kreiswahlverein für Niederbarnim

hielt am Sonntag eine Generalversammlung im „Café Bellevue“ zu Rummelsburg ab. — Der erste Punkt der Tagesordnung war: Die bevorstehenden Landtagswahlen.

Der Referent, Genosse Otto Braun (Mitglied des Parteivorstandes) kennzeichnete die Junkerherrschaft in Preußen und zeigte, daß dieselbe jeden Fortschritt auf politischem und kulturellem Gebiet zu hemmen bemüht ist. Die wirtschaftliche Bedeutung der Junkerklasse steht im entgegengesetzten Verhältnis zu ihrem politischen Einfluß, den ihnen das preussische Dreiklassenwahlrecht sichert. Deshalb betrachtet es das Junkertum als seine Aufgabe, dies Instrument seiner Macht unverändert aufrecht zu erhalten. Unterstützt wird das Junkertum hierbei vom Zentrum, welches zwar nach seinem Programm für das gleiche und freie Wahlrecht eintreten müßte, es aber noch immer verstanden hat, die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen nicht näher rücken zu lassen. Auch die Nationalliberalen unterstützen die vollen- und wahlrechtsfeindlichen Bestrebungen der Junker. Auf die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und den Sturz der Junkerherrschaft müssen wir unsere ganze Kraft richten. Bei den bevorstehenden Landtagswahlen werden wir auf einen großen Mandatserfolg nicht zu rechnen haben. Aber darauf kommt es nicht an. Unser Landtagswahlkampf ist ein Teil unseres großen Wahlrechtskampfes. Diesen zu führen und auf die Beseitigung des elenden Wahlrechts hinzuwirken, ist unsere Hauptaufgabe. Diesem Ziele dienen die Beschlüsse, welche der preussische Parteitag in bezug auf unsere Wahltaktik gefaßt hat. Wenn die Liberalen meinen, sie könnten unsere Bedingungen für die Landtagswahlen nicht annehmen, so beweisen sie, daß es ihnen mit der Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen nicht ernst ist. Anstatt unsere Bedingungen anzunehmen und mit uns gegen die Reaktion vorzugehen, haben sich die Fortschrittler unter dem Joch der Nationalliberalen begeben, obgleich diese zu den Gegnern des freien Wahlrechts gehören. Die fortschrittliche Volkspartei hat durch ihr Verhalten gezeigt, daß sie eher bereit ist, den konservativen Mandate auszuliefern, als uns gegen die Konservativen zu unterstützen. Wir sind also im Wahlkampf allein auf unsere Kraft gestellt. Wir müssen uns deshalb auf alle Anstrengungen, wenn es gelingen soll, noch einige proletarische Kampfkämpfer mehr in den preussischen Landtag zu bringen, welche die Aufgabe haben, den Wahlrechtskampf der Massen außerhalb des Parlaments im Landtage zu unterstützen. Mögen die Liberalen, die ja gerade in letzter Zeit die verwegentesten patriotischen Burgelbäume geschlagen, fortfahren, sich bei den Vertretern der Reaktion anzubiedern. Das Proletariat wird seinen Wahlrechtskampf mit voller Kraft weiterführen, bis das Dreiklassenwahlrecht in Scherben geschlagen und ein freies Wahlrecht für Preußen errungen ist. Mit der Waffe des freien Wahlrechts wird es uns möglich sein, den Bann zu brechen, den das Junkertum im Bunde mit den Klerikalen über das preussische Volk verhängt hat. Erst, wenn dieser Bann gebrochen ist, kann die Freiheit ihren Eingang in Preußen finden. (Lebhafter Beifall.)

Stadttag legte an der Hand des Zahlenmaterials dar, daß der aus den Reichstagswahlkreisen Ober- und Niederbarnim bestehende Landtagswahlbezirk, der drei Abgeordnete zu wählen hat, alle die besten Aussichten bietet. Wir können aus eigener Kraft alle drei Mandate erobern. Bei der vorigen Wahl bildeten die Freisinnigen mit den Konservativen einen Block gegen uns. Damals wurden im ersten Wahlgang von 1767 Stimmen der Wahlmänner für den Block 1019, für die Sozialdemokratie 688 Stimmen abgegeben, während sich 180 Stimmen zersplitterten. Uns fehlten also 297 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Wenn wir diesmal unter denselben Umständen, die damals vorlagen, zu wählen hätten, so könnten wir etwa 200 Wahlmänner mehr durchbringen. Aber die Verhältnisse haben sich inzwischen zu unseren Gunsten verschoben. Die Volkszählung von 1910, die für die Berechnung der Zahl der Wahlmänner maßgebend ist, ergab ein Anwachsen der Einwohner des Landtagswahlbezirks von 531 074 auf 632 938. An der Bevölkerungszunahme sei der Kreis Niederbarnim bei weitem am stärksten — mit über 65 000 — beteiligt, und zwar mit den Bevölkerungszunahmen, die als Wähler für uns in Frage kommen. Ueber 400 Wahlmänner sind diesmal mehr zu wählen als 1908. Bekommen wir von diesen auch nur 300 Wahlmänner, so haben wir die absolute Mehrheit und damit die Gewissheit des Sieges aller drei Mandate. Seit 1910 habe sich der Zugang nach Niederbarnim nicht verringert und der Lohne und zugenommen. Die Reichstagswahl habe gezeigt, daß unsere Wählerzahl ganz erheblich steigt, während die der Konservativen und Liberalen zurückgeht oder stagniert. Alles spreche dafür, daß wir bei der Landtagswahl den Sieg erringen, wenn wir unsere ganze Kraft einsetzen. Bei der Auffstellung

der Kandidaten möge man deshalb Genossen aufstellen, die durch sein Reichstagsmandat an der wirksamen Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterklasse im Landtage beengt sind oder nur als Jährling bei der Wahl in Betracht kämen, diesmal handelt es sich um Eroberung des Kreises auch für den Landtag. Bei der vorigen Landtagswahl sei unsere Kraft nicht voll entfaltet worden, weil die Wahlbeteiligung nur als Demonstration betrachtet worden sei und nicht auf einen Sieg gerechnet habe. Jetzt beweisen die Zahlen, daß wir begründete Aussicht haben, alle drei Mandate aus eigener Kraft zu erobern. Also vorwärts, holt wir sie. (Beifall.)

Kandidaten für die Landtagswahl

empfehlte der Vorstand im Einverständnis mit der Kreisversammlung und der Vertretung des Kreises Oberbarnim die Genossen Landwirt Hofe (Ostpreußen), Parteisekretär Otto Braun (Berlin) und Redakteur Ernst Däumig (Berlin). Die Versammlung erklärte sich einstimmig für die Auffstellung dieser Kandidaten.

Darauf sollten Ergänzungswahlen zum Kreisbildungsausschuß vorgenommen werden, da sich die Vermehrung seiner Mitglieder von 4 auf 7 notwendig gemacht hat. Auf Antrag des Genossen Jaffe wurde die Wahl der nächsten Kreisversammlung übertragen.

Zum folgenden Punkt der Tagesordnung:

Die Reorganisation der Wahlvereine

referierte Lehmann. Er führte aus, die Kreisversammlung habe beschlossen, das System der Zahlabende beizubehalten, aber bei den Mitgliedern, welche den Zahlabend nicht besucht hatten, den Beitrag im Hause kassieren zu lassen. Weiter vertrat der Referent die Ansicht, daß Mittel gefunden werden müßten, um der Fluktuation der Mitglieder entgegenzuwirken und die gewonnenen Mitglieder der Organisation dauernd zu erhalten. Er empfahl eine Resolution, die als ein vorzügliches Mittel zur Erreichung dieses Zweckes die obligatorische Hauskassierung bezeichnet und ferner empfiehlt, anstatt der Zahlabende allmonatlich sogenannte Gruppenabende abzuhalten, die der Diskussion über aufklärende und belehrende Themen dienen.

Es entspann sich eine längere Debatte, in der einige Redner dem Referenten im allgemeinen zustimmten, während andere Redner für Beibehaltung der Zahlabende in der bisherigen Form eintraten, weil sie für die zuverlässige Verrichtung der Kleinarbeit unbedingt notwendig seien.

Die Versammlung lehnte die Resolution des Referenten mit 74 gegen 71 Stimmen ab und nahm einen Antrag des Genossen Wibel an, welcher besagt:

„Die allmonatlichen Zahlabende sind beizubehalten. Bei den Mitgliedern, die am Zahlabend nicht anwesend waren, ist der Beitrag im Laufe des Monats im Hause zu kassieren.“

Bezug auf Verteilung der Mandate zur Verbands-Generalversammlung machte Genosse Brühl folgenden Vorschlag: Nach der geltenden Bestimmung, welche auf je 150 Mitglieder einen Delegierten gewährt, würden manche Bezirke des Kreises unvertreten bleiben. Es erscheint deshalb gerechtfertigt, daß die großen Bezirke den kleinen einen Delegierten abgeben. Die dem Kreise gemäß seiner Mitgliederzahl insgesamt zufallenden Mandate sollen so verteilt werden, daß jeder Bezirk zunächst einen Delegierten bekommt und die dann übrig bleibenden Mandate auf die Bezirke im Verhältnis ihrer Mitgliederzahl verteilt werden. Nach diesem Modus würde Lichtberg drei und Weissenhof einen Delegierten weniger erhalten, während die anderen Bezirke ihre bisherige Delegiertenzahl behalten.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.

Nach der Feststellung der Mandatsprüfungskommission nahmen an der Generalversammlung teil: 128 Delegierte, 27 Bezirksleiter, 2 Vertreter des Kreises Oberbarnim, 15 Kreisvorstandsmitglieder und der Reichstagsabgeordnete.

Verbandstag der Steinseher.

Geordnet hält der Verband der Steinseher, Pfisterer und Berufsgenossen Deutschlands seinen neunten Verbandstag im Gewerkschaftshaus zu Berlin ab. Der feierliche Schluß des Saales atmet den Geist der modernen Arbeiterbewegung. Zurück in die Vergangenheit aller Junkerherrschaft weist eine von Mitgliedern zusammengetragene, im Saale ausgestellte Sammlung alter Fahnen, Embleme, riesiger Humpen, Bolale und anderer Gegenstände, welche an alte Innungsbräute mahnen, die der neuen Zeit weichen mußten. Eine Eröffnungsfeier, die am Sonntag stattfand, erlebte die einleitenden Gespräche und betraute Franke-Leipzig und Knoll-Berlin mit der Leitung des Verbandstages.

Am Montag begannen die eigentlichen Verhandlungen. — Nach Eröffnung der Sitzung gedachte der Verbandsvorsitzende Knoll-

Berlin in herzlichsten Worten des verstorbenen Genossen Bömelburg, der als hervorragender Gewerkschaftsführer auch zum Steinseherverbande in freundschaftlichen Beziehungen gestanden habe. (Die Delegierten erhoben sich von den Plätzen.)

Knoll erinnerte in der Begrüßungsrede daran, daß jetzt zum drittenmal ein Parlament der Steinseher in Berlin tagt. Die letzten drei Jahre Geschäftsperiode habe nicht ganz so glänzende Erfolge aufzuweisen wie die vorhergegangene, aber sie könne doch als eine Zeit höchst erfreulicher Entwicklung bezeichnet werden. In der letzten Geschäftsperiode habe der Verband für 2419 Personen Verkürzungen der wöchentlichen Arbeitszeit von durchschnittlich 2 1/2 Stunden durchgesetzt und Lohn erhöhungen von durchschnittlich 3,20 M. für 12 470 Personen errungen. Das seien Erfolge, die sich sehen lassen können, namentlich wenn man bedenke, welche Absichten die Unternehmer in den letzten drei Jahren hatten. Der Verband habe in dieser Zeit den großen Kampf mit dem Reichsverbande der Unternehmer bestanden und trotzdem seine erfreulichen Erfolge erzielt. Die Mitgliederzahl des Verbandes sei von 10 218 auf 10 986 gestiegen, auch das sei ein Bild stetigen Fortschreitens. Auch die Finanzen des Verbandes seien außerordentlich gesund. Das Vermögen habe sich fast verdoppelt trotz großer Ausgaben, die im Jahre 1911 für Lohnbewegungen gemacht werden mußten. Die Organisation habe in jeder Hinsicht ihre alte Schlagfertigkeit bewahrt. (Beifall.)

Kugler-Wien, der die österreichische Arbeiterorganisation vertritt, überbrachte die Grüße derselben.

Nachdem der Verbandstag noch einige geschäftliche Formalitäten erledigt hatte, erstattete der Verbandsvorsitzende Knoll-Berlin den

Geschäftsbericht des Vorstandes

Er führte u. a. aus: Wie ich schon sagte, hatten wir in der letzten Geschäftsperiode den ersten Wahlsieg mit dem Reichsverbande der Unternehmer zu führen. Aus dem Verlauf dieses Kampfes wird wenigstens ein Teil der Unternehmer gelernt haben. Obgleich der Reichsverband unserer Unternehmer dem Arbeitsverband für das Baugewerbe angeschlossen ist, hat er sich dem von dieser Seite ins Werk gesetzten Kampf nicht angeschlossen. Unsere Tarife, die am Schluß des verfloffenen Jahres abgelaufen waren, sind nicht gekündigt worden. Nur in München wurde der Tarif gekündigt, doch dafür nur lokale Verärgerungen bestimmend gewesen. Es hat den Anschein, als wenn es aber nicht zum Kampf in München kommt. Der Reichsverband der Unternehmer ist aus Mangelgründen bestrebt, sich mit uns scheidlich, friedlich zu vertragen. Er kennt unser Macht und hütet sich, mit uns anzubinden. Eine große allgemeine Aussperrung kann der Reichsverband nicht durchführen, er würde dabei in Trümmer gehen. — Eine erwähnenswerte Arbeit des Verbandes ist der Kampf gegen drohenden Pfahlersteinsoll, den der Verband gemeinsam mit der Organisation der Steinarbeiter erfolgreich durchführte. — Der Beschluß des letzten Verbandstages hinsichtlich der Beiträge ist ohne Störung durchgeführt worden. Der finanzielle Erfolg davon liegt vor. — Um den sanitären Arbeiterschutz zu fördern hatte der Verband auf der Weltausstellung in Brüssel eine Arbeiterkammer ausgestellt, die mit der goldenen Medaille prämiert worden ist. Ein Modell der Kammern war auf der Städtebauausstellung in Berlin und soll demnächst auf der Arbeiterschutzausstellung in Leipzig und später in London ausgestellt werden. — Eine technische Neuerung im Gewerbe, die Kammerschneidmaschine, schien Anlaß zu einer großen Unruhe in der Kammer geben zu können. Ohne Zweifel würden durch die allgemeine Verwendung der mechanischen Kamme sehr viele Kammer arbeitslos werden. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß diese Befürchtung für lange Zeit noch nicht zutrifft. Die Maschine rentiert sich nämlich nur dann, wenn sie dauernd in Tätigkeit ist. Das ist aber bei der Kleinheit der Steinseherbetriebe ausgeschlossen. Die Kammer sind also einzuweichen noch nicht durch die Maschine gefährdet. — In Breslau hat die dortige Mitgliedschaft eine Frauensektion eingerichtet. Es handelt sich um Frauen, die in Breslau beim Gußpfalter mit dem Ausgießen der Fugen beschäftigt werden. Es handelt sich bei Einrichtung der Frauenorganisation um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Der Bauarbeiterverband nimmt Frauen nicht auf, weil er auf dem Standpunkt steht: Bauarbeit ist keine Frauenarbeit. Wir würden durch Aufnahme von Frauen die Frauenarbeit im Baugewerbe anerkennen. Es muß also eine Entscheidung dieser Frage herbeigeführt werden. Die Frauen in Breslau haben die Organisation sehr notwendig, denn ihre Löhne sind außerordentlich niedrig. Wir müssen sie in die Höhe bringen. Vielleicht verlieren dann die Unternehmer das Interesse an der Frauenarbeit. Wir haben natürlich nicht die Absicht, die Frauen aus der Arbeit zu bringen. Grenzstreitigkeiten mit anderen Organisationen berien wir nicht. Es könnte her allenfalls der Gemeindearbeiterverband in Frage kommen in solchen Fällen, wo Steinseher in städtischer Regie

angarische Art tanzen. Und die Aufführung ist prima. Franz Groh, Albert Wagner, Hans Hansen, vor allem aber Elise Alder und auch Vera Schwarz gaben sich gefanglich und darstellerisch ausgelassenen Laune hin. Im Schlußakt trugen sich alle. Das ist ganz ohne Mißfall, fabe Trivialität, und was so vielversprechend begann, endigt enttäuschend. e. k.

A. R. Webers „Freischütz“ kam am Sonnabend im Deutschen Opernhaus als Neueinstudierung. Der elementare Zauber des Werkes kann auch ein kritischer Gemüt wieder zum naiv geniehenden Kinde machen. Allein die Operwelt hat sich nachgerade doch geändert. Die Aufführung würde vor etwa vierzig Jahren an einer Provinzbühne ein Ereignis gewesen sein. Damals stand man noch vor dem, was A. Wagner, F. v. Flöten und G. Riemann für musikalische Darstellungen geleistet haben. Damals konnte es noch als verdienstlich gelten, einen Ton wie den anderen zu spielen und als Tenor sich mit schönen Tönen zu begnügen. Heute geht es mit der Kindlichkeit doch nicht mehr. Nun können auch die besten Bemühungen an Tücken der Umstände, an Ueberlastung usw. scheitern. So war z. B. eine kinematographische Darstellung des wilden Heeres in der Volksbühne in Aussicht gestellt worden. Man sah viele Wolken sehr regelmäßig über den schließlich himberrot gefärbten Himmel jagen; möglich, daß die wilde Jagd dabei war — oder auch nicht; erzählt wurde, daß sie bei der Generalprobe kam und bei der Aufführung nicht.

Allein erstens hat ein gesteigerter Aufwand von Bühnentechnik das Mithide, das die kleinste Störung die Illusion eventuell bis zur Unkenntlichkeit umbringen kann. Zweitens aber handelt es sich um Dinge, zu denen nicht teure Mittel und lange Einstudierungszeit gehören, sondern nur künstlerische Bestimmung und Sorgfalt. Will das Orchester eine musikalische oder nur eine Sprache des Metronomen sprechen? Können oder wollen die Hornisten (z. B. gleich im Anfang der Overtüre) die Töne nicht ordentlich „durchziehen“, statt sie abzuhauchen? Verfügt der Tenor, der den Max singt, für Freud wie für Leid nur immer über die gleiche Klangfarbe? Und wenn die Sänger sich im Allgemeinen die Mühe geben, deutlich auszusprechen: muß sie dann der Orchesterstimme überhört werden?

Das alles sind keine modernsten kritischen Einfälle, sondern „olle Kamellen“. Man möchte aber doch endlich einmal mit ihnen fertig sein und Ruhe haben, das viele Gute hervorzuheben, das es in solchen Fällen immer wieder gibt. Auch die Regie hatte hier manches Gute, das nur in ähnlicher Weise zur Appelliertheit führt, wie's bei der auf naturalistischen Regie Gregors der Fall war. Das sogenannte Leben in die Wade drachten am ehesten die Sänger des Guno, Ernst Lehmann, und des Cosper, Eduard Sandt, der einem nachliegenden Uebermaß von Theatralik geschickt auswich, sowie besonders die Sängerin der Agathe, Mizzi Finl. Ob die Partie der Agathe jemals über ihre Sentimentalität hinausgehoben werden kann, fragt sich; Emmy Zimmerman hielt sich in dem

Kleines feuilleton.

Theater.

Leffing-Theater: „Die Erziehung zur Ehe“ von Hartleben; „Tod und Leben“, Dorfkomödie von Ludwig Ganghofer. Dem neuen Ganghofer'schen Einakter ging die nun bald zwei Jahrzehnte alte „Erziehung zur Ehe“ voraus. Die ausgezeichnete Komödie ist viel eigenartiger, persönlicher als Ausdruck Parteilichkeit als der unendlich oft gespielte „Kosentag“. An Witz und feiner Ziselierung des Dialogs kann sich von seinen sonstigen Stücken „Die städtische Forderung“ wohl damit vergleichen; doch geht die „Erziehung zur Ehe“ über die Späße des bloß Spielerischen, die diese kleine Plauderei nicht überschreitet, weit hinaus. Es steckt Satire in ihr. — Es weht in ihr ein Röckchen der ehrlichen Verachtung, die Otto Erich damals, als er in jungen Jahren sichtlich die Gedankenwelt der sozialistischen Kritik gestreift, gegen den brutalen, hinter heuchlerischen Phrasen sich vertheidenden Egoismus der „guten Gesellschaft“ empfunden haben mag. Die „in sentimentaler Einsicht völlig schwindelkreie“ Mama, die ihrem Sproßling jede Eskapade gönnt, so lange er dabei nicht vergißt, daß er rechtzeitig ein reiches Mädchen seiner Kreise zu heiraten habe; das Värchen, das eiltigt von der verbotenen „Liebe“ abbrückt; der herbeiarrivierte Onkel, der die Erziehung des Keffen im Sinne der Mutter verständnisvoll weiterführt: alles sind Gestalten einer aufs Typische gerichteten und dabei zugleich farbig individualisierenden Satire. Und diesem typischen Stille paßt sich im Mittelalte das Gemälde der hoch über Mittelmaß gesteigerten Verlorenen an. Die sehr Parteiliche hier zusammenhängend, wie rasch sich nach dem Zusammenbruch der Hoffnungen der Uebergang zu einem neuen Liebhaber vollzieht, so klar und überlegen sind in dieser Richtung doch die seelisch entscheidenden Momente heraus gearbeitet. Lina Loffen war in dieser Rolle ganz vortrefflich. In den komisch satirischen Partien brillierte Margarete Albrecht als bourgeoise Frau Mama, Karl Forst und Erich Walter in der Figur des windigen Onkels und des windigen Keffen. Höchst drohlig mimte eine ganz junge Anfängerin, Fräulein Rewes, das heillos dumme Gänsgen Vella mit dem offenen Maulchen. Jede Pointe kam ja in der Aufführung zur vollen Wirkung.

Auch die Ganghofer'sche Dorfkomödie „Tod und Leben“, deren turbulente bäuerliche Schemas und Trinkszenen manchen Zug mit Thomas' „Medaille“ gemein hatten, fand überaus freundliche Aufnahme. Der Verfasser wurde wiederholt gerufen. Eine Kindtaufgesellschaft und ein Leihengelocke, das der nicht gerade ehrenwerten Frau eines wohlhabenden Bauern die letzte Ehre er-

wirken, treffen nach Abschluss der kirchlichen Feierlichkeiten in der Wirtstube zusammen. Die Stimmung wird fortläufig gemüthlicher. Der glückliche Vater, der bereits die Taufe vor der Hochzeit feiert, ist darum nicht weniger stolz auf seine Würde: der lauteste der Lärmmacher. Auch der betrübte Witwer, dem Vurgel, die hübsche Kellnerin des Wirts, ins Auge sticht, kommt mit der Zeit auf freundliche Gedanken. Und als seine alte, zankende Mutter schließlich mit dem Geheimnis herausplatzt, die Seltsame habe ihm Hörner aufgeleht, packt's ihn mit doppelt starker Lebenslust. Die Vurgel, das wäre so eine Frau für ihn. Er tanzt mit ihr und wirft zur Probe seiner Kraft die jungen Würste zur Tür hinaus und läuft dem Mädel nach, indes der auf dem Ofen deponierte, vergessene Käufing kläglich aus seinem Bindelhaufen schreit. Am markant-charakteristischsten traten in dem bunten Durcheinander der Portien Karl Forst's vergnügter, lediger Vater und Margarete Albrecht's bärbeißiges Bauernmütterlein hervor. dt.

Witz.

Montis Operetten-Theater: „Der Zigeunerprimas“, Operette von Wilhelm und Grünbaum, Musik von Emmerich Kálmán. Das Libretto handelt vom Primas einer Zigeunerkapelle irgendwo in der Puszta. So lange sich die Handlung auf ungarischem Boden bewegt, ist sie drastisch-beweglich. Ganzwichtige Kinder, Vürchen, Mädels bis herab zu kleinen, allerfeinsten Schreibhüllen problemen vor dem gichtgeplagten Primas. Unzufrieden mit ihrem Gebräue und Sequische jagt er sie hinaus. Sein Sohn, ein abholviertes Konservatorist, hält vom Weigenpiel des Alten nichts, himmelwärt erachtet der Vater den Jungen als einen Nichtstöner. Um ein Zigeunerprimas zu heißen, müsse man ungarisch Blut in den Adern haben, in allem und jedem ein Teufelskerl sein, auch in der Liebe. Resultat dieser Auseinandersetzung: der Junge geht auf eigene Faust nach Paris und wird dort — da er liebeskrank, Dirigent einer Hofkapelle. Unterdessen kommt der Alte, von eben diesem erottischen König eingeladen, nach Paris und hier erlebt er eine Niederlage, während sein Sohn als Geiger gefeiert wird. Liebespaare finden sich: der Sohn und eine Cousine, auf die es eigentlich der Alte abgesehen, einerseits, ein junger, unter Kuratel stehender Graf und eine Tochter des Primas andererseits. Auch in der Liebe überwunden, gibt der Vater seinen Segen usw. Kurz, auf Pariser Pflaster wird das Libretto schablonenhaft.

Aber die Musik. Darin pridet zigeunerische Farbigkeit und überschäumende Lebendigkeit. Ganz prächtig baut sich das finale des ersten Aktes auf. Auch sonst gibts pikant instrumentierte Originalmusik zu hören, als da sind: reizende Waldquodette, komische Intermezz, elegische und frühliche Weisen in Dur und Moll, schmackhafte Lust, echter Vaprilagonalisch. Endlich einmal wieder ein bißl wirkliche Musik! Man freut sich dessen, sieht das Wäldchen tanzen, auf

arbeiten. In einem solchen Falle, wo Kollegen dem Gemeinheitsarbeiter beitreten wollten, ist es uns gelungen, sie bei unserem Verbande zu behalten. Dies Prinzip muß schon aus gewerkschaftlichen Gründen überall befolgt werden. — Der Redner besprach noch eine Reihe von Einzelheiten aus dem Organisationsleben und stellte den Bericht zur Diskussion.

Darauf nahm die Versammlung den Bericht der Mandatprüfungscommission entgegen. Anwesend sind 91 Delegierte, sechs Gauleiter, drei Vorstandsmitglieder, je ein Vertreter der Redaktion, des Ausschusses sowie der Verbände der Steinarbeiter und der Bauarbeiter.

In der Nachmittagsung gab der Kassierer Schöly-Berlin eine gedrungene Uebersicht über die Kassenverhältnisse. Seit dem vorigen Verbandstage hat der Verband eine Zunahme von 14 Filialen und 550 Mitgliedern erfahren. In der dreijährigen Geschäftsperiode betragen die gesamten Einnahmen 1.036.618 M., die Ausgaben 882.055 M. Die hauptsächlichsten Ausgabenposten in den drei Jahren sind folgende: Streiks im eigenen Beruf 221.322 M., Streiks in anderen Berufen 20.523 M., Gemeingewerkschaften 6007 M., Reiseunterstützung 7256 M., Kostvollunterstützung 14.002 M., Rechtschutz 8638 M., Krankenunterstützung 52.105 M., Sterbeunterstützung 35.000 M., Fachorgan 57.640 M., Agitation 150.705 M. Das Vermögen des Verbandes beträgt 356.351 M.

Knoll gab einen kurzen Bericht über die Redaktion des Verbandsorgans, der dahin ausfällt, daß Beschwerden nicht eingegangen sind und prinzipielle Bedenken gegen die Haltung des Blattes nicht erhoben werden können.

Darauf wurde die Diskussion über die gesamte Berichterstattung eröffnet. Meistens waren es örtliche Angelegenheiten, die den Gegenstand der Erörterungen bildeten. Mehrfach wurde auch die im Vorstandsbericht berührte Frage der Frauenorganisation besprochen. Hierzu sagte der Gauleiter Frankel-Görsch: In Schlesien sind etwa 400, in Breslau allein ungefähr 100 Frauen beim Kupffler mit Vergleichen beschäftigt. Doch wenn nicht zu vergleichen ist, dann müssen die Frauen auch Steine aufschneiden, reinigen und transportieren. Das ist eine sehr schwere Arbeit, wobei täglich 150 bis 180 Zentner von einer Frau bewältigt werden. Man sollte denken, eine solche Arbeit würde von den Unternehmern entsprechend bezahlt. Das ist aber keineswegs der Fall. Die Frauen bekommen Stundenlöhne von 18 bis 25 Pf., auch Auffordarbeit kommt bei den Frauen vor. Manchmal werden sie von gewissenlosen Unternehmern sogar um den Lohn betrogen. Beschwerden an den Gewerbeinspektor wegen der Frauennarbeit sind erfolglos geblieben. In Breslau sind von den 100 Frauen 80 dem Verbands beizutreten. Ich bitte, sagte der Redner, hier nicht über die Frauenfrage zu diskutieren. Es ist ein dringendes Bedürfnis, die Frauen zu organisieren, um ihre Verhältnisse zu verbessern. — Einzelne Redner vertraten die Meinung: Die Arbeit beim Straßenbau sei für die Frauen zu schwer, es müsse deshalb auf Befreiung dieser Frauennarbeit hingewirkt werden. — Ein Redner aus Dresden teilte mit, daß dort vor Jahren polnische Frauen beim Ausschichten beschäftigt wurden. Die öffentliche Meinung habe sich dagegen empört, infolgedessen seien die Frauen von dieser Arbeit zurückgezogen worden. — Im Verlaufe der Debatte wurde auch die Einrichtung von Jugendabteilungen im Verbands angeregt.

Knoll sagte in seinem Schlußwort unter anderem: Für die Jugendabteilungen kämen ja nur wenige Orte in Frage. Er rät aber den Verbandsorganen, wo es möglich sei, Jugendabteilungen einzurichten, da solle unbedingt ein Versuch damit gemacht werden, denn es müsse der von „patriotischer“ Seite betriebenen Vergiftung der Jugend entgegenwirken werden. Im übrigen ging der Redner auf verschiedene kritische Bemerkungen zum Geschäftsbericht ein, die jedoch kein allgemeines Interesse haben.

Nach einem kurzen Schlußwort des Kassierers erklärte sich der Verbandstag mit den Vorschlägen des Vorstandes einverstanden, wonach den serbischen und bulgarischen Gewerkschaften eine Unterstützung gewährt wird, erwerbslosfalls erhöhte Beiträge an die Generalkommission geleistet werden und der Vorstand ermächtigt wird, wenn er es im gewerkschaftlichen Interesse für wünschenswert hält, Aktien von Straßenbau-Gesellschaften zu erwerben. Den Mitgliedern, die noch mit Beiträgen von 1911 im Rückstande sind, soll bis 1. Juli d. J. Frist zur Begleichung derselben gewährt werden.

## Aus Industrie und Handel.

### Die Deutsche Continental-Gasgesellschaft

in Berlin erzielte einen Gewinn von 4,45 Millionen, wovon 2,64 Millionen als Dividende von 11 Proz. an die Aktionäre verteilt werden.

Die Gasabgabe stieg dem Geschäftsbericht zufolge im Jahre 1912 um 5.335.695 Kubikmeter auf 92.583.805 Kubikmeter, was eine Zunahme um 6,09 Proz. bedeutet. An der höchsten Abgabe haben

hier gegebenen Rahmen mit einer schönen Stimme und auch mit dem, was man musikalische Intelligenz nennt.

### Humor und Satire.

#### Achtzehnhundertdreizehn.

Kann man was zu hören kriegen!  
Kann fällt ein wildes Straßenger  
Doch sich die düstern Balken biegen  
Wird über alle Köpfe her.  
Es flattern stolz der Fräule Schöhe  
Und schäumend rauscht der Redelast,  
Und selbst so mancher Freisinnigste  
Entquilt ein patriotischer Stuch.

Doch will mich das 'ne Fragen reizen,  
Die hier entflucht dem Heberkiel:  
Ich hör', daß achtzehnhundertdreizehn  
Die Jugend für die Freiheit fiel.  
Sollt' das nicht Euro Freude dämpfen,  
Ihr festlich angeschwollne Herrn?  
Denn wirklich! — für die Freiheit kämpfen  
Ist doch wohl heut nicht mehr modern?

Drum mügt Ihr noch so heftig quasseln,  
Nicht bümt nicht ehrlich das Gewäsch,  
Ich lasse seelenruhig prasseln  
Um mich das Phrasenstrohgedrösch  
Und wenn ihr gar zu unverfroren  
Ruffte macht, die falsch im Ton:  
Ich stopf mir Watte in die Ohren,  
Dann hör' ich nämlich nicht davon!

Michel.

### Notizen.

— Der van der Goe, den das Kaiser-Friedrich-Museum einem spanischen Kloster abkaufte, wird nunmehr die Reise nach Berlin antreten können. Bisher hatte das Ministerium die Auswanderung dieses herporragenden Gemäldes aus der Frühblüte der bläulichen Malerei verhindert.

— Die Freude an der Arbeit. Der französische Bildhauer Rodin, der die Beziehungen der Kunst zum Leben nachzulegen versteht, sagt: Man behauptet, daß die Kunst keinen Nutzen hat: sie ist im Gegenteil von größtem Nutzen; alles, was Glück hervorbringt, ist höchst nützlich. Man sollte niemals vergessen, daß wir, die Künstler, die einzigen Menschen der Gegenwart sind, die Lust im Schaffen und Befriedigung in der Arbeit finden. Jeder Arbeiter müßte ein Künstler sein und Vergnügen finden in seiner Aufgabe: der Maurer, der Tischler, der Anstreicher, sie alle müssen Freude gewinnen aus ihrer Anstrengung. Die Lebensfreude muß wiederkehren, und wir Künstler sind es, die sie heraufzuführen.

auch die Automatenanlagen beträchtlichen Anteil gehabt, deren Zahl von 28.018 auf 44.618 gestiegen ist. Für den ausgedehnten Geschäftsbetrieb der Gesellschaft, die auch elektrische Kraftanlagen betreibt, geben die Mitteilungen über Anlagen einen Anhalt. Die Gesellschaft hat sich im vergangenen Jahr neu beteiligt an der Niederrheinischen Licht- und Kraftwerke-Aktiengesellschaft zu Rheind, an der Staßfurter Licht- und Kraftwerke-Aktiengesellschaft, an der Ueberlandzentrale Ostharz-Aktiengesellschaft zu Dessau und an dem kommunalen Elektrizitätswerk Karl in Hagen. Von dem 8 Millionen Mark betragenden Kapital der Niederrheinischen Licht- und Kraftwerke-Aktiengesellschaft in Rheind hat die Gesellschaft 50 Proz. übernommen und dafür ihre Gesellschafter M. Glöckner, Rheind, Rheindahn und zugehörigen Kohleminen eingebracht. Die Niederrheinischen Licht- und Kraftwerke haben mit der Stadt Rheind einen 50jährigen Elektrizitäts- und Gaslieferungsvertrag abgeschlossen. Der Bericht verweist darauf, daß es sich hier um eine gemischt-wirtschaftliche Gesellschaft handle, deren Unternehmungsform sich im ersten Jahre ihres Bestehens vollumfänglich bewährt habe. Sämtliche Aktien der Staßfurter Licht- und Kraftwerke-Aktiengesellschaft und der Ueberlandzentrale Ostharz mit je 1 Million Mark, von denen das Kapital der erstgenannten Gesellschaft voll und das der zweiten nur mit 25 Proz. eingezahlt ist, befinden sich im Besitz der Deutschen Kontinental-Gasgesellschaft. Ihre Beteiligung an dem kommunalen Elektrizitätswerk Karl hat sich um 100.000 M. erhöht. Für das Jahr 1912 werden bei diesem Unternehmen wieder 8 Proz. Dividende erwartet. Mit der Stadt Ostesa sind Konzeptionsverhandlungen über deren Wasserversorgung abgeschlossen worden, die nach der Genehmigung durch die Regierungsbehörden bedürfen. Der Konzeptionsvertrag mit der Gemeinde Nommes wurde um 80 Jahre verlängert. Ferner wurden weitere Verträge von 50jähriger Dauer mit verschiedenen Gemeinden und Gutsbezirken abgeschlossen. Die Hochdruckleitung im elbischen Versorgungsgebiet ist in Betrieb genommen. Auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung wurde die Ueberlandzentrale Anhalt erheblich erweitert. Mit der Stadt Rerbst wurde ein 50jähriger Elektrizitätslieferungsvertrag abgeschlossen, und die Stromversorgung in den Städten Sandersleben und Rieburg a. S. gesichert. Von der Aktiengesellschaft für Gas und Elektrizität in Köln wurde das Gaswerk in Rieburg a. S. erworben. Mit den benachbarten Ueberlandzentralen wurden Demarkationsverträge getätigt, durch die der Gesellschaft eine Reihe preussischer Ortschaften zur Stromversorgung überlassen wurden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Der Frauentag in Oesterreich.

Wien, 9. März. (W. Z.) Heute fand hier eine von den sozialdemokratischen Frauenorganisationen veranstaltete Kundgebung zugunsten des Frauenwahlrechts statt. Ungefähr 800 Frauen zogen unter Vorantragung von Fahnen mit der Aufschrift: „Doch das Frauenwahlrecht zum Rathaus, wofür eine Volksversammlung stattfindet.“ Nach Annahme einer Resolution zugunsten des Frauenwahlrechts wurde die Versammlung geschlossen. In allen größeren Städten Oesterreichs fanden gleichzeitig ähnliche Kundgebungen statt. In allen Versammlungen wurde eine gleichlautende Resolution zugunsten des Frauenwahlrechts angenommen.

### Der Frauentag in Petersburg.

Auf die Initiative einer Gruppe russischer Textilarbeiterinnen fand am 2. März in Petersburg eine öffentliche Feier des „Frauentags“ statt, die sich zu einer imposanten Manifestation des sozialistischen Gedankens gestaltete. Diese Veranstaltung ist um so bemerkenswerter, als sie die erste ist, die seit 1905 von den russischen Arbeiterinnen selbständig inszeniert worden ist (1909 muktien sich die russischen Arbeiterinnen auf die Beteiligung ihrer Vertreterinnen an dem bürgerlichen Frauenkongress beschränkt). Nach langer Zeit erlittet — wenn auch unter strenger polizeilicher Ueberwachung — vor einer zweitausendköpfigen Jubelerschaft das öffentliche sozialistische Bewusstsein der kasernenartigen russischen Arbeiterinnen, die, alle polizeilichen Hindernisse überwindend, ihre Solidarität mit den sozialistischen Arbeiterinnen der ganzen Welt manifestierten.

Der gewaltige Saal der Palast-Küche war mit Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen überfüllt (viele Hunderte von Radfahrerinnen fanden keinen Zutritt), als in Anwesenheit der Mitglieder der sozialdemokratischen Demofraktion die Versammlung von Frau Solowowa eröffnet wurde. Die geplante Verlesung von Begründungen durch die anwesenden Deputationen wurde von der Polizei nicht gestattet. Nach den einleitenden Reden von Frau Gantschewskaja und Margulies, in denen der sozialistische Charakter des Frauentages und der gemeinsame politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen betont wurde, erstattete die Vertreterin des Textilarbeiterverbandes, A. L. G. je wo, einen Bericht über: „Die Frau in der Industrie“, dem ein Bericht von Frau Kuschinskaja über den „Gesellschaftlichen Schutz der Frauennarbeit in Russland und im Auslande“ folgte. Frau A. Gurewitsch sprach darauf über: „Die wirtschaftliche Lage der Frau und die Prostitution“, während die letzten Reden von Frau Kartetschewa und Kudeli, unter Bezugnahme auf die Lage der Frau in der Landwirtschaft und auf die Geschichte der russischen Frauenbewegung mit einem begeisterten Appell an die Kampfesfreudigkeit der proletarischen Kette ohne Unterschied des Geschlechts ausklangen. Mit lang anhaltendem Applaus wurde darauf folgende Resolution angenommen:

„Die tiefgehende Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen im kapitalistischen Entwicklungsprozess bildet die Grundlage der Frauenbewegung für das allgemeine Wahlrecht. Die wirkliche Lage der Frau in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Handelsgewerbe, wie auch die Pflichten, die sie als Mutter und Hausfrau zu tragen hat, geben der Frau das volle Recht, die Ausdehnung aller sozialen und politischen Rechte auf sie zu fordern.“

Die Frauen fordern das allgemeine Wahlrecht, um selbst ihre Rechte zu verteidigen und ihre Interessen wahrzunehmen. Sie fordern das allgemeine Wahlrecht, um teilzunehmen zu können an dem Prozess der Eroberung der politischen Macht zur Verwirklichung der sozialistischen Ordnung.

Deshalb erklären die Frauen sich bereit, mit aller Energie und Standhaftigkeit für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht einzutreten, das auf die Wahlen für sämtliche offiziell bestehende Vertretungsorganen und auf alle Personen über 20 Jahre, ohne Unterschied der Religion, des Geschlechts und der Nation ausgedehnt werden soll.

Die Forderung der politischen Freiheit wird auch von den Frauen aus der bürgerlichen Intelligenz aufgestellt. Aber ungeachtet des Bestehens einiger gemeinsamer Forderungen auf dem Gebiet der rechtlichen und politischen Reformen, haben die wichtigsten Interessen der Arbeiterin, ihre wirtschaftlichen Interessen, mit den Interessen der Frauen aus den anderen Klassen nichts gemein. Die Befreiung der proletarischen Frau kann nicht Sache der Frauen aller Klassen sein.

Diese Aufgabe kann nur durch die gemeinsamen Anstrengungen des gesamten Proletariats ohne Unterschied des Geschlechts verwirklicht werden.

Infolge Einspruchs der Polizei konnte u. a. auch die nachstehende Begründung der bürgerlichen Frauen nicht zur Verlesung gelangen. Ihr Wortlaut ist bezeichnend für die Stellung, die sich die proletarische Frauenbewegung in Russland bereits erkämpft hat. „Auf Beschluß der Generalversammlung — heißt es in diesem Schreiben — begrüßen wir, die Mitglieder des Petersburger Klubs der fortschrittlichen Frauenpartei, Ihre heutige Versammlung — an diesem glücklichen, verheißungsvollen Tag, der in allen Kulturländern, wo die sozialdemokratische Partei mit ihren Strebcungen zur allgemeinen gerechten Gleichheit heranztritt, der Frauentage gewidmet ist. Wir freuen uns, daß die Gleichberechtigung der

Frau, ohne die Wahrheit und Gerechtigkeit nie auf Erden herrschen werden, daß dieses uns teure Ziel auch von den starken Händen der Arbeiterinnen unterstützt wird. Möge dieser Tag als Bürgschaft dienen für den Erfolg des Werkes, das uns in gleichem Maße nah und fern ist. Ehre und Lob der Arbeiterin! Gerechtigen Gruß! Die Vorstehende und Sekretärin des Klubs.“

### Jahresfeier der bürgerlichen Frauen.

Im Landwehroffizierskino zu Charlottenburg feierten der Bund Deutscher Frauenvereine und der Deutsche Jugendklub die Erinnerung an 1813. Die Veranstaltung trug einen nicht ganz einheitlichen Charakter. Gedacht war sie wohl als Propagandaversammlung für die bürgerliche Frauenbewegung, die gegenüber den reaktionären Gegnern aus dem Deutschen Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation für den patriotischen Sinn der bürgerlichen Frauen Zeugnis ablegen wollte. Ganz ins Hurrupatriotische fiel die Gesinnungslosigkeit, von einem Frauenschor mit Trommel- und Trompetenbegleitung Adolfs Gebet während der Schlacht und Bürgers wilde Jagd zum Vortrag bringen zu lassen. Zu erstaunlich oberflächlichen und historisch falschen Phrasen brachte es der erste Redner Adolf Harnack, dessen Titel „E. Eggelens Württembergischer Geheimer Rat Dr. D.“ das Programm nicht zu meiden unterließ. Daß das deutsche Volk zu keiner anderen Zeit so stolz und tief das Gefühl der Freiheit empfunden habe wie in den Freiheitskriegen, kann nur jemand behaupten, der von den revolutionären Bewegungen in der deutschen Geschichte nichts weiß. Schlimmer noch war die Entgleisung, daß die Stein-Ordenbergische Gefesgebung, die bekanntlich zum Teil slavisch französische Vorbilder nachahmte, aber selber durch jungerlichen Widerstand verballhornt wurde, aus der Tiefe deutscher „Reaktion“ herausgeholt sein soll. Selbst der einzige vernünftige Gedanke des rationalen Theologen, daß die Zeit von 1813 nicht einen Bruch mit der Aufklärungsepoche, sondern zum Teil die Verwirklichung der Ideen dieser Epoche darstellt, wurde durch einen lustreligiös-nationalen Gesinnungssturz erstickt.

Die zweite Rednerin, Dr. Gertrud Bäumer, betrachtete die „Befreiungskriege“ als die erste Zeit, in der Frauen am politischen Leben teilnahmen. In mühsamer stiller Arbeit von Tag zu Tag erkämpften, die sie einst im Stummen aber nur vorübergehend gewonnen. Gertrud Bäumer schien uns dabei, wenn auch unabsichtlich zu falschen. Die Interessen der bürgerlichen Frauenwelt jener Zeit lagen fast ausschließlich auf rein ökonomischem und literarischem Gebiet. Laß dich gelüsten nach der Männer Bildung, Kunst, Wissenschaft und Ehre“ — dies zeigte Gebot des Schillermachers „Rationalismus der Vernunft für edle Frauen“ galt damals uneingeschränkt und diese Emanzipationsbestrebungen fanden im Vordergrund. Wollen die bürgerlichen Frauen heute des Jahres 1813 gedenken, so mögen sie jener Frauen nicht vergessen, denen alle bodenständige nationale Ideen fehlten, die nicht von den Waffen, sondern von ihrer Geistesbildung die Freiheit erkochten. Diese Art der Gedenkfeste wäre um so würdiger, als die bürgerliche Frauenbewegung unserer Tage ja fast völlig von den Ideen ihrer Vorläuferinnen zu Anfang des 19. Jahrhunderts geht.

### Frauenemanzipation und Arbeiterbewegung.

London, 8. März. (W. Z.) Die englischen Frauen haben der Regierung den Krieg erklärt und beschloßen, ihren ganzen Einfluß zugunsten der Arbeiterpartei in die Waagschale zu werfen. Es handelt sich hier nicht um das überlaute Häuslein der militanten Suffragettes, sondern um die große Masse der zur Eroberung des Frauenstimmrechts organisierten Frauen. Die nationale Union der Frauenstimmrechtsvereine, der gegen 400 Organisationen angehören und die die von der Frau Banturist vertretene Art der Propaganda vertreibt, ist der Behandlung müde, die sie von der liberalen Regierung erfahren hat. Eine Frauenstimmrechtsvorlage nach der anderen ist an dem Widerstand der Segner im liberalen Kabinett gescheitert und die Aussichten der nächsten Vorlage sind sehr schlecht. Wenn nicht die Regierung das Problem selbst anficht, wenn sie nicht aufhört, uns auf nichtoffizielle Vorlagen zu verstoßen, wird das Frauenstimmrecht nie eingeführt werden, sagen sich die Frauen. Helfen wir daher der Regierung, die Vorbedingungen für eine offizielle Vorlage zu schaffen, helfen wir ihr, die Einigkeit im Kabinett in dieser Frage herzustellen, indem wir alle Minister aus dem Parlament jagen, die unserer Sache feindlich gegenüberstehen. Die einzige Partei, auf die wir uns vollständig verlassen können, die nicht aus Opportunismus, sondern aus Prinzip für die gleichen Rechte der Frauen eintritt, ist die Arbeiterpartei. Unterstützen und kräftigen wir daher diese Partei mit allen Mitteln, verhelfen wir ihren Kandidaten bei Wahlen zum Siege und lassen wir die Liberalen unsere Macht fühlen.

Daß diese Latit hundertmal besser geeignet ist, dem Frauenstimmrecht zum Siege zu verhelfen, als alle Propaganda der Tat, muß jedem verständigen Menschen sofort einleuchten. Wenn die Arbeiterpartei in der Lage ist, ihr Kampffeld zu erweitern, wenn die liberalen Parlamentsmitgliedern um ihren Sitz bangen wird, wenn gar die Ministerstessele zu wackeln anfängt, dann wird auch bei manchem Liberalen die Erinnerung an die Grundzüge des Liberalismus zurückkehren. In Zukunft wird die Union der Frauenstimmrechtsvereine liberal für den Arbeiterkandidaten eintreten, auch wenn ihm als Gegenkandidat ein konservativer oder liberaler Freund des Frauenstimmrechts gegenübersteht. Wo die Arbeiterpartei keinen Kandidaten aufgestellt hat und wo der liberale wie der konservative Kandidat für das Frauenstimmrecht eintritt, wird die Union gegen den Liberalen agitieren. Die liberale Regierung soll den Unwillen der Frauen zu fühlen bekommen. Die Union wurde bisher mit keiner politischen Partei identifiziert. Daß sie sich jetzt gezwungen gesehen hat, gemeinsam mit der Arbeiterpartei vorzugehen, beweist wieder einmal praktisch, wie eng die Emanzipation der Frau mit dem Kampfe der Arbeiterpartei verknüpft ist. Mögen auch die Frauen in anderen Ländern aus diesem klugen Beschluß ihrer englischen Schwestern die klare Lehre ziehen, daß sie von keiner anderen Partei etwas zu erwarten haben als von der Partei des Proletariats.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Musterpolizist.

Wegen wissenschaftlichen Meinendes hatte sich der Kommissar Schwurgericht der Polizeidirektion Georg Albusius aus Ruh zu verantworten. Er hatte in einem Strafprozess gegen einen „Wunderdoktor“ in Königsberg wissenschaftlich falsch beschworen, daß er den „Doktor“ nur aus Reugierde besucht, daß er ihm nie Geld gegeben und daß der „Wunderdoktor“ auch in seiner Gegenwart nie Geld von dritten Personen angenommen habe. Der angeklagte Polizeidirektor, der bereits wegen Körperverletzung vorbestraft war, simuliert vor Gericht. So wollte er nicht wissen, in welchem Jahre er geboren sei, wie lange er im Dienst gestanden hätte, ob er Soldat gewesen und vorbestraft sei. Auch erklärte er, daß er gar nicht wisse, ob er als Zeuge dornommen sei, und was er ausgesagt habe. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch wurde er dauernd für unfähig erklärt, öffentliche Aemter zu bekleiden.

### Wangen und Pachtvertrag.

Die Befassung von Miet- oder Pachtverträgen mit Ungeziefer, namentlich mit Wanzen, ist zweifellos als ein erheblicher Mangel des Miet- oder Pachtvertrages anzusehen. Hat der Verpächter beim Abschluß des Pachtvertrages das Vorhandensein des Ungeziefers in arglistiger Weise verschwiegen, so ist der Pächter nicht nur nach § 123 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Anfechtung des Pachtvertrages, sondern auch nach § 826 B. G. B. zur Forderung von Schadenersatz berechtigt. In diesem Sinne hat das Reichsgericht kürzlich den nachstehend mitgeteilten Rechtsstreit entschieden:

Die Eheleute Gastwirt W. in München haben am 9. September 1900 von der Gasthofsbesitzerin B. deren in München gelegenen Gasthof auf die Dauer von drei Jahren gepachtet. Sie schloßen den Pachtvertrag wegen Arglist der Verpächterin an und machen außerdem eine erhebliche Schadenersatzforderung geltend, weil die Verpächterin den Pächtern beim Abschluß des Pachtvertrages arglistig verschwiegen habe, daß das Pachtobjekt mit Wanzen befallen ist.

Landgericht und Oberlandesgericht München haben den Pachtvertrag für unwirksam und den Schadenersatz der Kläger dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Die hiergegen eingelegte Revision der Beklagten ist vom Reichsgericht zurückgewiesen. Die Urteilsbegründung des Reichsgerichts führt aus: Gegenstand des Rechtsstreits ist die Frage, ob die Kläger den Pachtvertrag wegen arglistigen Verschweigens der Tatsache, daß das Pachtobjekt zur Zeit des Vertragsabschlusses mit Wanzen befallen war, anfechten können. Deshalb kommt es nicht darauf an, ob die Kläger etwa irgendwelche Pflichten, die sie aus dem Pachtvertrag gegen die Beklagte als Verpächterin hatten, schuldhaft verletzt haben. Was zunächst den Zustand des Hotels zur Zeit des Pachtvertrages betrifft, so stellt das Oberlandesgericht auf Grund einer großen Anzahl von Zeugen, deren Aussagen sich lediglich auf den Zustand zur Zeit der Befallung des Hotels beziehen, fest, daß bereits seit Jahren eine größere Anzahl von Zimmern mit Wanzen befallen gewesen ist und daß es sich hierbei nicht nur um ein gelegentliches Vorkommen von Wanzen, etwa infolge Einschleppung, gehandelt hat. Daß dieser Zustand des Pachtobjektes beim Vertragsabschluß der Beklagten bekannt gewesen ist, folgert das Oberlandesgericht aus der Tatsache, daß sie mehrere Jahre hindurch den Uebelstand auf die mannigfaltigste Art vergeblich bekämpft habe; das einzige Mittel, welches vielleicht Erfolg versprochen habe, nämlich die chemische Desinfektion durch einen erfahrenen Desinfektor, habe sie nicht angewandt. Zutreffend führt das Oberlandesgericht weiter aus, daß eine Wanzeninfektion eines Gasthofes in dem hier angegebenen Umfange als ein erheblicher Mangel im Verkehr betrachtet werde, der von der Entschliegung eines Pachtobjektes von der größten Erheblichkeit sei, so daß die Kläger nach Treu und Glauben das Offenbaren dieses Mankos von der Beklagten hätten erwarten dürfen. Auch der Umstand, daß der Mangel durch eine gründliche chemische Desinfektion vielleicht dauernd zu beseitigen war, rechtfertigt keine andere Beurteilung der Offenbarungspflicht der Beklagten, da der Vertrag nur auf drei Jahre abgeschlossen war und der Auf eines Hotels, welches mit Wanzen befallen ist, dergefallt ist, daß es auch nach der Beseitigung der Wanzen auf längere Zeit nach Möglichkeit von dem reisenden Publikum gemieden wird. „Arglist“ der Beklagten würde allerdings ausgeschlossen sein, wenn sie bei den Klägern die Kenntnis von der Wanzeninfektion voraussetzte, und letzteres konnte sie, wenn in den beteiligten Kreisen allgemein bekannt war, daß alle Hotels zweiten und dritten Ranges in München mit Wanzen befallen seien. Allein letztere Tatsache stellt das Oberlandesgericht aus eigener Sachkunde für widerlegt an. Weiter führt das Berufungsgericht aus, daß der Kaufaufammenhang zwischen dem arglistigen Verschweigen und dem Vertragsabschluß bestehe, denn weder hätten die Kläger die verschwiegene Tatsache gekannt, noch würden sie bei Kenntnis dieser Tatsache den Vertrag abgeschlossen haben. Auch der auf § 826 B. G. B. gestützte Schadenersatzanspruch ist begründet. Denn das Oberlandesgericht stellt einwandfrei fest, die Beklagte habe beim Vertragsabschluß das Bewußtsein gehabt, daß sie durch ihr arglistiges Verschweigen die Kläger schädigen werde, und sie habe durch betrügerische Verleitung der Kläger zum Vertragsabschluß diesen in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorsätzlich Schaden zugefügt. (III. 285/12.)

Die vom Reichsgericht hier entwickelten Rechtsgrundsätze sind auch auf Mietverträge anwendbar.

### „Die lustige Witwe“ vor dem Reichsgericht.

Mit der Frage, ob die bekannte Operette „Die lustige Witwe“ ein Plagiat ist und deshalb ihre Aufführung verboten werden kann, hatte sich am 8. März das Reichsgericht zu beschäftigen.

Der französische Dichter Genry Reizbac hat im Jahre 1861 ein Lustspiel „L'Attache d'Ambassade“ geschrieben, das 1871 in deutscher Uebersetzung von Höpfer im Beckmannschen Verlag erschien. Das Lustspiel wurde am 31. April 1882 am Hamburger Stadttheater zum ersten Male in Deutschland aufgeführt, verschwand dann aber bald von der Bühne. Reizbac starb im Jahre 1907. Sein Erbe, der Schriftsteller Louis Ganderag in Paris, behauptet nun, der von Victor Leon und Leo Stein geschriebene Text der deutschen Operette „Die lustige Witwe“ stelle sich als eine unbefugte Benutzung der deutschen Uebersetzung des Reizbacschen Lustspiels dar. Die Firma Felsig Bloch Erben in Berlin hat von dem Dichtern und dem Komponisten der „Lustigen Witwe“ das ausschließliche Aufführungsrecht erworben. Ganderag strengte nun zunächst vor den Berliner Gerichten einen Rechtsstreit gegen die Firma Bloch an. Dieser Prozeß endete mit einem Vergleich bezüglich der Aufführung auf der Operette in Frankreich, der Schweiz, Belgien und Monaco, wonach  $\frac{1}{2}$  des Gewinnes dem Reizbacschen Erben,  $\frac{1}{2}$  dem Uebersetzer der Operette und  $\frac{1}{10}$  der Firma Bloch zustehen sollten. Später erhob dann Ganderag vor dem Landgericht I zu Berlin eine Klage gegen die Firma Bloch mit dem Antrage: der Beklagten zu unterlagen, einer deutschen Fälsche die Erlaubnis zur Aufführung der Operette „Die lustige Witwe“ zu erteilen, ferner dem Kläger für die bisherige unbefugte Aufführung Schadenersatz zu zahlen und über die bisher erzielten Gewinne Rechnung zu legen.

Das Kammergericht hat die Klage mit folgender Begründung abgewiesen: Nach dem Gutachten der Sachverständigenkommission steht die Bezeichnung des Textbuches der „Lustigen Witwe“ hart an der Grenze des Plagiats. Nicht nur der Stoff und der hauptsächlichste Teil der Handlung, sondern auch einige Figuren der Operette sind ohne wesentliche Aenderung der Charakterisierung dem Reizbacschen Lustspiel entnommen, sogar einige Dialogstellen sind wörtlich übernommen. Aber das Werk Reizbacs ist höchst kompliziert, es enthält eine Fülle von Personen, das Grundmotiv wird vom Wechsel erdrückt. Die Verfasser der Operette haben es begangen in ausgezeichneter Weise verstanden, die Sache zu vereinfachen. Ihre Ausarbeitung, Zusammenfügung und Zuspitzung der ganzen Handlung überwiegt bei weitem den Gedanken gang des Reizbacschen Werkes. Deshalb ist das Textbuch der Operette der Ausdruck einer eigenen schöpferischen Tätigkeit und kann immerhin noch als eine selbständige dichterische Leistung angesehen werden. Nach § 13 des Urheberrechtsgesetzes ist die freie Benutzung eines anderen Werkes zulässig, wenn dadurch eine eigentümliche Schöpfung hervorgerufen wird. Dieser Fall liegt hier vor. Das Reichsgericht hat das Urteil des Kammergerichts bestätigt.

### Jugendbewegung.

#### Ein allerbühntes Jubiläumsgeschenk.

#### Der „Reichs-Anzeiger“ bringt folgenden Erlaß:

Der begeistertsten Anteilnahme der slesischen Jugend an dem vor nunmehr 100 Jahren begonnenen Werke der Befreiung Preußens dankbar gedenkend, will Ich gern genehmigen, daß die zu der ehemaligen Festung Silberberg gehörigen Werke des Forts Spitzberg sowie der Großen und der Kleinen Strohaube den Befreiungen der auf nationaler Grundlage stehenden Jugendvereine Schlesiens nutzbar gemacht werden. Auch will Ich zu den Kosten

der Herstellung dieser Werke für den genannten Zweck, insbesondere zur Einrichtung geeigneter Unterkunftsräume, aus Meiner Schatzkammer ein Geschenk von 10 000 M. bewilligen. — Möge diese Bewilligung meines besondern Wohlwollens der Jugend Schlesiens ein neuer Ansporn sein, ihre körperlichen und geistigen Kräfte für die hohen Aufgaben zu stärken, die ihr dereinst im staatlichen Leben gestellt sein werden. Möge die slesische Jugend sich immerdar ihrer Wäiter würdig zeigen in Gottesfurcht, Königstreue und hingebender Vaterlandsliebe.

Berlin, den 10. März 1913.

Wilhelm R.

von Reihmann Hollweg.

So leuchtet die Gnadensonne auf die nationalen Jugendbünde herab. Die proletarische Jugend aber muß im Jahre 1913 dieselben Verfolgungen über sich ergehen lassen, wie die Jugend, die nach 1815 die innere Freiheit Deutschlands erstrebte.

### Soziales.

#### Die Steigerung des Arzthonorars bei den Krankenkassen.

In dem Streit mit den Krankenkassen behaupten die Ärzte allgemeinlich, daß der Arztstand durch die Krankenversicherung geschädigt werde. Dieser Einwand sowie der, daß die Ärzte von den Krankenkassen nur „Dienstmannslöhne“ erhalten, wird auch von Oberverwaltungsgericht Dr. Konrad Weymann in seiner kürzlich erschienenen Schrift über die deutsche Reichsversicherung schlagend widerlegt. Weymann stellt fest, daß die Krankenversicherung die Einnahmen der Ärzteschaft sehr bedeutend gesteigert hat. Sie hat an Arzthonorare gezahlt 1885 9 Millionen, 1910 76,4 Millionen oder auf den Kopf des Mitgliedes 1885 2,15 M., 1910 5,86 M.! Die Steigerung hat in fortwährendem schnellerem Maße zugenommen; sie betrug in den vier Jahren von 1908 bis 1910 über 19 Millionen oder 96 Pf. pro Mitglied. Nimmt man der Einfachheit halber an, daß seit 1900 die Entwicklung in der Zahl der Ärzte im Reich dieselbe wie in Preußen gewesen sei, und daß die Zahl für das Reich im Jahre 1910 92 000 betragen habe, so ergibt sich, daß die Krankenversicherung auf den Kopf des Arztes (einschließlich derjenigen, die keine Kassenpraxis haben) 1906 1830 M., 1910 2880 M., also nach vier Jahren 550 M. mehr gezahlt hat.

Der Anteil, der auf den einzelnen Kassenarzt entfällt, ist natürlich sehr verschieden. Bei den Kassen mit sogenannter freier Arztwahl beziehen einige wenige Kassenärzte riesige Honorare, während auf den Rest der Ärzte nur ein verhältnismäßig kleiner Teil entfällt. Dafür können aber die Krankenkassen nichts. Das ist eine Sache, die die Ärzte unter sich zu regeln haben.

#### Ein Anwalt der Kleinbauern.

Die Sozialdemokratie dringt immer weiter vor und findet immer neue Gelegenheiten zur Agitation. Sogar im Provinziallandtag zu Kassel konnte dieser Tage ein leidenschaftiger Sozialdemokrat sich zum Worte melden. Das sollte man nicht für möglich halten. Im schwärzigen Ständehaus zu Kassel, in dem doch bisher nur die Junker der Provinz Hessen-Kassau sich alle drei Jahre zum fröhlichen Tun versammelten, ein Moler auf die Tribüne. Und das kam so: Unsere Frankfurter Genossen sitzen jetzt 23 Mann stark im Stadtparlament und haben von der freisinnigen Mehrheit auch entsprechende Vertretung im Kommunalparlament geordert. Bewählt wurden vor zwei Jahren dann die Genossen Gräf und Nieborst, die jetzt zum ersten Male in Kassel zum Provinziallandtag — einer Versammlung der Kommunalparlamente von Wiesbaden und Kassel — geladen worden waren. Zwei Rote unter 168 „Braven“, die zwei Wende hintereinander große Feste feiern konnten. Auch in puncto „Festessen“ sind die Landjunker leistungsfähig, die wieder ihren Herrn von Pappenheim zum Vorfigenden erwählten. Stundenlang redeten die Agrarier zum „wichtigsten“ Punkte der Tagesordnung: „Deckungsfrage“ und ließen den vom Landwirtschaftsminister eigens entsandten Geheimrat schön aufkochen. Rauter Kraftgefallen, mit dem Einglas im Gesicht, meldeten sich da zum Worte, um ja kein Zola alter Rechte abzugeben. Der Staat soll für Denselbe sorgen, zahlen usw. Weniger wichtig erziehen nach dieser Redeschlacht den Junkern der zweite Punkt: „Bericht der land- und forstwirtschaftlichen Vereinigungen in Hessen-Kassau“ zu sein. Referent war wieder Kammerherr von Heimburg, dessen Ausführungen kaum beachtet wurden. Da meldete sich ein Sozialdemokrat zum Worte. Allgemeines Stöhnen: was will dieser hierzu sagen? und der leergebliebene Saal war im Nu wieder gefüllt. Unser Genosse E. G. r ä f setzte mit seiner Kritik ein und zeigte sich als Kenner der ganzen Materie; Bemängelnde die Betriebsverhältnisse, die doch zur Verbesserung der Ländereien dienen sollen, jedoch nur von einem Bureaubeamten und von — G e n d a r m e n ausgeführt würden. Hochseute und nicht Gendarmen mühten revidieren. Unter größter Mühe schilderte dann Gräf das Elend der Kleinbauern, die in den ersten 13 Wochen ihres Anfalls auf eigene Hülfe angewiesen sind, die Aush verkaufen mühten, um die Spitalkosten usw. zu decken. Und dann die Höhe der Unfallrente selbst, die oft 8 bis 10 Mal niedriger als die der gewerblichen Arbeiter, wie diese auch noch kürzlich herabgedrückt wurde, weil man die Leistungsfähigkeit des Verletzten vor dem Unfall auch begutachtet, der Kampf um die Rente, die verschleiertere Rechtsprechung, Fortfall der einst zugesprochenen Dauerrenten, der Arztemangel auf dem Lande usw. bildete den Schluß der Jungferrede unseres Genossen. Zuerst peinliche Schwägen im Photokopie. Dann meldete sich ein Junker nach dem andern zum Worte, um möglichst den Eindruck der gehörten Rede zu verwischen! Eigenartig hörte es sich an, daß z. B. zwei Junker, die Kammerherren von Dittfurth und von Keubell, ihre Rede mit den Worten begannen: „Wir unterschreiben vieles von den Ausführungen des Herrn Abg. Gräf. — Aber“. Und dann das „Aber“, welches darin bestand, daß die Mittel fehlen, mehr Bauernschutz zu treiben, da dessen Wohl ja allen Junkern so sehr am Herzen liege. Etwas aus der Rolle fiel Herr von Keubell, als er unserem Genossen Gräf entgegenhielt, daß die Kleinbauern eigentlich ja gar nicht versicherungspflichtig wären; wurde jedoch vom Genossen Gräf später gründlich abgepfiffen. Kurzum, die Rede unseres Genossen Gräf über die Lage der Kleinbauern und Arbeiter war der Höhepunkt des ganzen Kommunalparlamentes zu Kassel. Das fühlten auch die Junker, die darauf gar nicht „eingerichtet“ waren.

#### Ein soziales Wunderland.

In dem Buch: „Ins Land der sozialen Wunder“ von Alfred Rones finden sich auch Ausführungen über Kinderarbeit und Jugendfürsorge, deren Ausgestaltung in Australien so verständnisvoll geregelt ist, daß sie Deutschland als Vorbild dienen dürfte. Vortreffliche Arbeiter sind in Australien bestimmt, daß ein Knabe ober Mädchen unter 14 Jahren grundsätzlich überhaupt nicht beschäftigt werden darf. Eine Ausnahme ist nur statthaft, wenn der Generalinspektor die Genehmigung erteilt. Die Erlaubnis ist ausgeschlossen, wenn es sich um eine Arbeitstätte mit mehr als drei Arbeitern handelt. Keine Person unter 16 Jahren darf ohne besondere Beweismittel, daß sie die betreffende Arbeit zu leisten imstande ist, und ohne die Bestätigung, daß sie eine gewisse Schulbildung genossen hat, beschäftigt werden. In einer ganzen Reihe von Betrieben ist die Anstellung von Personen unter 16 Jahren, teilweise sogar unter 14 Jahren, verboten. Die ungeschulte Beschäftigung von jugendlichen Personen wird nicht nur an den Arbeitgebern, sondern auch an den Eltern bestraft. Frauen und Kindern muß Sonnabend von 1 Uhr ab freigegeben werden, neben der vollkommenen Ruhe an Sonn- und Feiertagen.

Süd-Australien hat das schärfste Kinderbeschutzgesetz der Welt. Elternlose, verwahrloste und verbrochene Kinder werden nicht in Anstalten, sondern in Familien untergebracht. Man hat hier mit der Familienerziehung ausgezeichnete Erfolge erreicht, nicht nur bei den Waisenkindern, sondern auch bei Kindern, die in Fürsorgeziehung gegeben wurden, weil sie entweder selbst gegen Gesetze vertrieben, oder weil ihre Eltern Verbrecher, Sünder oder sonstwie zur Erziehung ungeeignet waren. Bis zum 13. in manchen Fällen bis zum 21. Lebensjahre, stehen Fürsorgezöglinge unter Staatsaufsicht. Bis zu ihrem 13. Lebensjahre werden sie vollständig vom Staat erhalten, von da ab sorgt zwar der Staat ebenfalls für ihren Unterhalt, er zieht aber die Zöglinge zu Arbeiten heran, so daß sie einen Zuschuß zu den Staatskosten verdienen müssen. Ein Kind unter 13 Jahren kostet dem Staat durchschnittlich in der Woche 5 1/2 M., die älteren Knapp 2 M. Nicht nur Humanitätsgründe, sondern auch solche der Bevölkerungspolitik veranlassen diesen weitgehenden Kinderbeschutz. Südaustralien hat aber auch erreicht, daß hier die Kindersterblichkeit die geringste der ganzen Welt ist.

### Versammlungen.

#### Der Kampf um Gehaltssteigerung.

Die Anwaltsangehörigen hörten Donnerstagsabend in öffentlicher Versammlung einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Max C u a r t über obiges Thema. Redner begrüßte es zunächst, daß in den Kreisen der Angestellten jetzt ein reges Leben herrsche und man verjuche, aus eigener Kraft die Lebenslage zu verbessern. Die bestehenden Verhältnisse in den Anwaltsbüros seien aber auch ganz unhaltbar. Jugendliche und weibliche Arbeitskräfte fände man immer mehr in den Beruf hineinzuziehen, um sie als Ausbeutungsbildung zu benutzen. Man müsse schon sehr weit zurückblicken, wenn man in Stadtbetrieben derart verrottete Zustände und Verhältnisse antreffen wolle, wie sie heute noch in den Anwaltsbüros anzutreffen seien. Redner leuchtete an der Hand der vom Verband der Bureaubeamten aufgenommenen statistischen Erhebungen hinein in das Dunkel der Anwaltsbüros. Rund 40 Proz. der Angestellten hätten ein Alter unter 17 Jahren, 45 Proz. ein Alter zwischen 17 und 30 Jahren und nur ein verschwindend kleiner Teil habe das 30. Lebensjahr überschritten. Diese Zahlen bewiesen schon, daß der Beruf ein solch elendes Dasein biete und viele ihn nur als Durchgangsstation benutzten. In der grenzenlosen Ausbeutung der jugendlichen und weiblichen Arbeitskräfte lägen dann die geringen Gehälter, die gezahlt würden. Wenn auch der Anwaltsangehörige eine besondere Vorzugsstellung zum Beruf nicht brauche, so solle auf ihn doch ein großes Licht, ja ein Uebermaß von Verantwortlichkeitsgefühl. Die Bezahlung sei eine ganz erbärmliche zu nennen, denn 92 Proz. der Anwaltsangehörigen hätten ein Einkommen von 100 Mark und weniger im Monat. Auch die amtlichen Erhebungen, die über Lage der Anwaltsangehörigen vorgenommen worden seien, mühten von der elenden Bezahlung gemittelt haben, denn die Enquete gebe in großem Maße über die Gehaltsverhältnisse hinweg. Hätten die Gehälter die Öffentlichkeit nicht zu scheuen, so wären die Zahlen doch sicherlich im großen Glorienschein der stauenden Mittelwelt unterbreitet worden.

Die Herren Anwälte gehörten in den meisten Fällen den liberalen Parteien an. Als Politiker führten sie das große Wort, aber sie dachten nicht daran, durch Einführung besserer Verhältnisse in ihren eigenen Büros mit guten Beispielen voranzugehen. Selbst Ueberstunden weigerte man sich zu bezahlen. Von 90 Proz. der Angestellten verlange man die unentgeltliche Leistung der Ueberstunden. Dies seien doch Verhältnisse, wie sie in einem „liberalen“ Beruf nicht mehr angetroffen werden dürften. Jetzt weigerten sich die Herren Anwälte sogar, die vollen Beiträge zur Privatbeamtenversicherung zu bezahlen. Man benutze das Privileg, das der Anwaltsberuf besitze, zur Verschleierung der sozialen Lage der Angestellten, zur Verschleierung, zur Verschönerung der Verhältnisse. Die Schuld an diesen erbärmlichen Verhältnissen liege jedoch an den Angestellten selbst. Reche Pannas und für die weiblichen Angestellten mehr Demut! Lerne diese Zustände mit einem Male ändern und beseitigen. Ein besseres Agitieren für den Verband habe die Angestellten auf ein höheres Kulturniveau. Das große Feld der Agitation müsse noch viel mehr bearbeitet werden. Wenn jeder einzelne ein besserer Agitator werde, würden sich auch die Verhältnisse bessern. (Beifall der Versammlung.)

In der Diskussion steuerte Lehmann vom Verband der Bureauangestellten aus einer großen Fülle von Material noch einiges über die miserable Lage der Anwaltsangehörigen bei. Ein weiterer Redner ersuchte, mit Gehaltssteigerung und der Forderung auf Zahlung der ganzen Beiträge zur Angestelltenversicherung immer wieder an die Anwälte heranzutreten.

Mit dem Aufste: Vorwärts zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Auf zur Agitation für den Verband der Bureauangestellten! Schloß der Vorlesende die Versammlung mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch.

Deutscher Bauarbeiterverband. Die in der Gips- und Zementbranche beschäftigten Mitglieder des Bauarbeiterverbandes nahmen in einer Versammlung am Sonntag den Jahresbericht des Sektionsvorstandes entgegen. Der Bericht bildet einen Teil des vom Vorstand des Zweigvereins gedruckt herausgegebenen allgemeinen Geschäftsberichts. Trotz der im verflochtenen Jahre arg danebergelegenen Bauwirtschaft wurde eine umfassende Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder betrieben, die auch von Erfolg gekrönt war. Am Schluß des Jahres waren 2420 Mitglieder gegen 2210 Ende 1911 zu verzeichnen. Davon sind: Rahlbühner 635, Rahlbühner 285, Träger 242, Zementierer 255, Feinschaler 670 und Hilfsarbeiter 633. Die ungünstige Konjunktur kommt am besten in der Tätigkeit des Arbeitsnachweises zum Ausdruck. 5035 Arbeitslose liegen im Laufe des Jahres einschlafen, für die nur 1046 offene Stellen zur Verfügung standen. 1640 Stellen wurden besetzt. Am Schluß des Jahres betrug die Zahl der Arbeitslosen 243 gegen 208 im Vorjahre. Inzwischen ist die Zahl der Arbeitslosen weiter gestiegen und hat in der ersten Märzwoche die erschreckende Zahl von 672 erreicht. Durch eine umfassende Baukontrolle wurden statistische Erhebungen über die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse veranfaßt. Am miserabelsten liegen die Verhältnisse im Tiefbaugewerbe, dem Schmerzenskind für den Bauern. Arbeitszeiten von täglich 14 und 16 Stunden, sowie Stundenlöhne von 35 Pf. sind keine Seltenheiten. Die im Tiefbau beschäftigten Arbeiter stehen den Organisationsbestrebungen noch sehr indifferent gegenüber.

Der Bericht führt auch Klage über das im Gipsbau g e w e r b e sich immer mehr breit machende Zwischenunternehmertum, auch eine Folge der großen Arbeitslosigkeit. Hierdurch wird jedoch nur die Schmutzkonkurrenz geschützt und der Pfuscharbeit werden die Wege geebnet. In sieben Fällen mußte die Sektionsleitung Bau- bzw. Firmensperren verhängen, um Verschleierungen abzuwehren und Forderungen durchzudrücken. Eine große Zahl von Differenzen wurde durch die Unterkommission der Schlichtungskommission erledigt.

In Betonbau gewerbe ist infolge der ungunstigen Konjunktur die Zahl der Beschäftigten nicht unerheblich zurückgegangen. Das Angebot überstieg bei weitem die Nachfrage nach Arbeitskräften, so daß viele unter einer langen Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Einige Unternehmer versuchten, sich diesen Umstand zunutze zu machen und die ihnen unabweisbaren Bestimmungen des Tarifs zu umgehen. Neben einer ganzen Reihe von Verstößen gegen die Vertragsbestimmungen, mit denen sich die Schlichtungskommission zu beschäftigen hatte, mußte die Sektionsleitung in 127 Fällen zwecks Befriedigung von Differenzen und Streitigkeiten einschreiten. Allein in 30 Fällen mußte gegen die Ueberschreitung der Arbeitszeit Stellung genommen werden.

Eine besondere Agitation wurde auch unter den italienischen Arbeitern betrieben und gelang es bei einigen Firmen, die noch Stundenlöhne von 40 und 42 Pf. zahlten, die Löhne für Beton- und Terrazzoarbeiten auf 50 Pf. zu erhöhen.

Den gedruckten Bericht ergänzte der Sektionsleiter Otto Haese durch längere Ausführungen. Am Schlusse machte er auf den Ablauf der Tarife sowie den Ernst der Situation im gesamten Baugewerbe aufmerksam. Die Unternehmer wollten keinen Pfennig Lohnerhöhung bewilligen und würden sich die Verhältnisse viel scharfer zuspitzen als im Jahre 1910.

Lebhafte Klage wurde über den Arbeitsnachweis geführt. Vor allem wurde ein Raum gefordert, in dem alle Arbeitslose Unterkunft erhalten. Von der Verbandsleitung wurde gefordert, daß sie gegen die Arbeitsvermittlung unter der Hand Front mache und Abhilfe schaffe. Ein Redner sagte, solange nicht der obligatorische Arbeitsnachweis eingeführt sei, dürfe man es nicht so scharf beurteilen, wenn jemand Ausschau halte. Von einer Seite wurde die gänzliche Beseitigung des jetzigen Arbeitsnachweises gefordert, während ein anderer Redner die Forderung auf Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises erhob. Haese sagte, er erkenne die gegen den Arbeitsnachweis erhobenen Beschwerden wohl an, doch sei es bisher leider nicht möglich gewesen, eine Aenderung herbeizuführen. Der neue Vorstand werde jedoch die Angelegenheit im Auge behalten und eine Verbesserung versuchen.

Mitgeteilt wurde noch, daß über die Firma, die den Neubau der Humboldtstraße in Regal ausführt, die Sperre verhängt wurde.

Als Sektionsleiter wurde Otto Haese mit 147 von 195 Stimmen und als Arbeitsvermittler Herr Hoppe einstimmig wiedergewählt. Für die Gippsbranche wurden H. Korie, Falckenberg und Fels sowie für die Zementbranche Hoppe und Kramer als Branchenleitung bestätigt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, von der Treppe nach unten, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsunterstützung beigegeben ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**N. 23. 34.** Sofern Ihre Mutter wieder ein Drittel des ursprünglichen Tagelohns verdient, könnte die Rente entzogen werden. — **Otto, Will, Herr.** Als Erbe nach Ihrer Mutter sind Sie auch für die Rente baufähig. Der Wert kann sich an die eingebrachten Sachen halten. — **G. R. 2.** Ihre Frage ist unverständlich. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **N. 56.** 1. u. 2. Befolgen Sie sich vom Armenvorsteher Ihres Bezirks ein Armenattest und erheben Sie alsdann unter Nebenreichung desselben beim Amtsgericht Klage auf Herausgabe der Sachen. 2. Hat ein Verlobnis nicht bestanden, so brauchen die Geschenke nur dann herausgegeben werden, wenn sich der Beschenkte durch eine schwere Verletzung gegen den Schenker oder dessen nahen Verwandten groben Ungehorsams schuldig gemacht hat. 3. Das wäre möglich, erscheint im vorliegenden Falle jedoch ausgeschlossen. 4. Wärdten Sie einige Tage vor Stattfinden des Termins ein Gesuch an das Gericht mit der Bitte, von der Eröffnung der Vorarbeiten Abstand zu nehmen, da Ihnen dadurch Nachteile entstehen könnten. Wahrscheinlich wird dem dann entsprochen werden. — **S. 23. 787.** Leider nein. — **G. D. 4.** 1. Zur Fertigstellung des Fadens sind Sie verpflichtet, Sie brauchen denselben jedoch nicht ohne vorherige Bezahlung herauszugeben.

Können vielmehr wegen des Arbeitslohnes für das Fadett und der bei Herstellung desselben etwa gebildeten Auslagen Ihr Pfandrecht geltend machen. 2. In dem betreffenden Passus ist unrichtig Erachtens eine Beleidigung nicht enthalten, auch dürfte Ihnen der Schutz des § 193, Wahrung berechtigter Interessen, zugesprochen werden. — **N. 6. 100.** 1. Ja. 2. Ja; im letzteren Falle Pflichterfüllung. — **N. 21. 78.** Das Handeln mit geringwertigen Gegenständen nach 8 Uhr abends ist nach wie vor im Gastwirtschaften gestattet. — **N. 101.** Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. Die Anzustellenden dürfen nicht älter als 30 Jahre alt sein, die Ausbildungszeit beträgt etwa sechs Monate. Kosten circa 300 M. — **G. R. 2. 42.** Ihre Frau soll unter Vorbehalt zahlen und alsdann unter Berufung auf § 63 des Einkommensteuergesetzes bei dem Vorstehenden der Veranlagungskommission Rückzahlung beantragen. — **C. 2.** Ohne Mitteilung der sonst noch lebenden Verwandten nicht zu beantworten. — **L. 2. 27.** 1. bis 4. Nach Ihrer Darstellung nein. 5. Ja, bis zur Dauer eines Monats. — **G. 23. Rein.** — **Stadtkamp, Badir.** Ihre Tochter ist zur Veranlagung des geschenkten Fahrrades nicht verpflichtet. — **Fahrschein 66.** Aufwärterinnen unterliegen, sofern sie im Betriebsbereich beschäftigt sind, nicht der Krankenversicherung. Inwieweit man sie nicht gefeiert werden. Die Behandlung in der Agl. Klinik ist kostenlos. — **G. R. 4.** 1. Erheben Sie im Termin den Einwand der erfolgten Zahlung und überreichen Sie die Quittungen dem Gericht. Ergibt sich daraus die vollständige Bezahlung des Kaufpreises, so muß die Klage folienmäßig abgemieden werden. 2. Die haren Auslagen könnten Sie erstaten verlangen. — **N. 21. 69.** 1. Die Beflagnahme könnte erfolgen. 2. Rein. — **G. 6. 58.** Die Anforderung von 50 M. Stempelpfand für das Vierteljahr Januar/März ist berechtigt. — **N. 23. 20.** 1. Das ist kein Wohnungsgrund. Für den Fall, daß Sie nicht zuziehen, könnte der Wert auf Mietzahlung gegen Sie liegen. 2. Zur Erstattung der Anwaltskosten sind Sie verpflichtet. Leben Sie in dürftigen Verhältnissen, so empfiehlt sich ein Gesuch an den Magistrat Berlin um Erlaß der Bewehrung von geringen Teilzahlungen. — **N. 23. 90.** Rein. — **Trauzenge.** Ja. Aber darüber im Briefkasten auf weitere Auseinandersetzungen einzugehen, ist nicht angängig. — **N. 23. 77.** Geschäftliche Angelegenheiten werden im Briefkasten nicht vermittelt. — **G. 2.** Antrag ist schriftlich oder mündlich unter Vorlegung eines ärztlichen Attestes im Aufnahmebüro am Stadthaus, Stralauer Straße, einzureichen. Die vorgeschriebenen Formulare für Krzattell werden dort kostenfrei verabfolgt. Nähere Auskunft ebenfalls dort. — **H. R. Kassen,** welche nur auf freiwilliger Mitgliedschaft basieren und Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung vorsehen, sind nicht zu empfehlen. — **Zwei Streitende 100.** In einer Versammlung des Landwirtschaftsrats. — **Berlin, Halle 1.** 1. Mio. — **N. 2. 20.** 1. Falls nachweisbar, in der Regel ja. 2. u. 3. Ja. — **N. 2. 1887.** Die vorgedruckten Tafeln reichen zur Scheidung nicht aus. — **C. 2. 26.** 1. Der Umtausch der Karte soll vor Ablauf von 2 Jahren nach dem Tage der Ausstellung erfolgen. Geht der Umtausch nicht, so können Scherereien entstehen. Wir raten daher trotz der in der Reichsversicherungsordnung abgemachten Form der Vorschriften, auf dem Umtausch zu bestehen. Die Polizei ist alsdann zum Umtausch verpflichtet. 2. Die anbehrlichen Sachen könnten von dem Vermieter einbehalten werden. Da Sie kein Sachverzeichnis beigelegt haben und auch nicht die Kopie der Familienmitglieder angegeben haben, läßt sich nicht beurteilen,

ob Sie entbehrliche Sachen besitzen. — **D. R. 69.** 1. Rein. 2. Ja. — **C. 2. 31.** Nur dann, wenn der Vertrag mit dem Nachmieter ohne Ihr Zutun geschlossen ist und ohne, daß sich der Eigentümer seinen Anspruch gegen Sie vorbehalten hat. Ist dieses der Fall, so sind Sie noch haftbar. — **N. 56.** Die Erteilung derartiger Auskünfte müssen wir ablehnen, da eventuell Begünstigung in Frage köme. — **N. Spandau.** 1. Andere Wege, als Auskünfte bei den Einwohnermeldeämtern können wir Ihnen auch nicht angeben. 2. Feldwebel der Infanterie erhalten 60 M., Bizelewebel 45 M., Sergeanten 36 M., Unteroffiziere 25 M. monatliche Löhnung. Die Wohnungsgeldentschädigung in den einzelnen Garnisonen richtet sich nach den Serwisstellen, sie schwankt zwischen 232 und 106 M. — **Alte Abonnent.** Sie sind für die ganze Zeit der Preisdauer zahlungspflichtig. Der Wert könnte sich auch an Ihre eingebrachten Sachen halten, soweit sie nicht zur persönlichen Fortsetzung der Erwerbstätigkeit erforderlich oder im Haushalt unentbehrlich sind. — **N. 1. Ja.** — **N. 2. 59.** Die Todesstrafe wird vollzogen durch Enthauptung, in Preußen mit dem Handbeil mit Ausnahme der Rheinprovinz und der Provinz Hannover, wo die Enthauptung, ebenso wie in einzelnen Bundesstaaten, durch das Fallbeil geschieht. 2. Ja, für Katholiken beginnt die Steuerpflicht bei der Steuerstufe von 1350—1500 M., bei den Protestanten bei der Steuerstufe von 1500—1650 M. 3. Das Urteil bedarf der Bestätigung durch das Oberhaupt des Bundesstaats, bei Entscheidungen, die das Reichsgericht in erster Instanz getroffen hat, durch den Kaiser. — **1913.** Hinterlohn beträgt 150 M., den Anspruch haben Sie gegen den Eigentümer des Rades, dessen Adresse Sie bei der Polizei erfahren würden. — **N. 360.** Der Helmatzheim ist erforderlich. Dieser wird nur erteilt mit Zustimmung der Ersatzkommission. Es ist ratsam, einen Antrag beim Militärgericht vorzulegen. Der Antrag auf Erteilung des Helmatzheims muß an die Polizeibehörde gerichtet werden. — **Konturs 1.** Ihre Darstellung reicht zur Beurteilung der vielen Fragen nicht aus. Es ist ratsam sich sofort an den Verbandsvorstand zu wenden. Die Anmeldung der Forderung muß, sofern der Konkursverwalter nicht Zahlung leistet, bei dem Amtsgericht erfolgen. — **N. 2. 4. 2.** Die Wirtleute waren zur Abnahme der Fafete nicht berechtigt, haben auch an denselben kein Jurisdiktionsrecht. Sie können Klage auf Herausgabe, und für den Fall, daß die Schwere verstorben ist, Klage auf Schadenersatz bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk die Wirtleute wohnen, erheben. — **101 R. Ja,** sofern der Jahresmietzins 300 M. übersteigt. — **H. G. Nr. 20.** Das halten wir für unzulässig, auch werden sich die Genossen darauf kaum einlassen. — **N. 2. 28.** Der Junge behält die preussische Staatsangehörigkeit. — **D. 2.** Ein anderweitiger Verkehr bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils ist im Sinne des Gesetzes gebräuchlich. Ihre Frau könnte darauf eine Widerklage einbringen und würden dann voraussichtlich beide Teile für schuldig erklärt werden. — **N. 16.** Auch Ihre neuerlichen Angaben reichen nicht aus, Sie müssen Ihre jetzige Tätigkeit näher spezifizieren. — **N. 2.** Die Forderung erlischt verjährt, machen Sie der Gerichtskasse Mitteilung. — **N. 2. 6.** Die Klage kann gegen beide gerichtet werden, die Höhe des Kostenvorschusses richtet sich nach der Höhe des Objekts, worüber in Ihrem Schreiben keine Angaben enthalten sind. — **N. 2. 39.** Die Steuerzahlungspflicht beginnt mit dem Ersten des Monats, welcher demjenigen folgt, in dem der Bestehende in Arbeit getreten ist. — **G. K. Mautenssee.** Ihre Angaben reichen nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde. — **N. G. Grünan.** Die Forderung ist verjährt, erheben Sie Widerspruch. — **N. R. Berlin.** Das wird nicht ausreichen, um so weniger, als Sie den Zustand bereits ein Jahr geduldet haben. Fordern Sie den Eigentümer nochmals unter Fristsetzung zur Abhilfe auf, eventuell klagen Sie beim Amtsgericht. — **Alte Abonnent.** Ja.

**Sehr preiswerte Angebote in**

# Pelerinen u. Gummi-Mänteln

**Loden-Pelerinen** für Herren und Damen

Graue und grünliche Farben „Imprägniert“, abknöpfbare Kapuze, Tragbänder, Armdurchgriffe und Taschen

7.50	12.-	13.50	15.-
18.-	21.-	24.-	27.-

**Gummi-Mäntel**

Moderne Farben und Formen, hochgeschlossene und offene

12.50	18.-	22.50	27.-
30.-	36.-	40.-	45.-

**Loden-Pelerinen** für Knaben u. Mädchen

Graue und grünliche Farben „Imprägniert“, abknöpfbare Kapuze, Tragbänder, Armdurchgriffe und Taschen

4.50	5.-	6.-	7.-
8.-	9.-	10.-	11.-

# BaerSohn

Berlin, gegr. 1891

Chausseestraße 29/30      11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20      Schöneberg: Hauptstr. 10

Nachdruck verboten.

Haupt-Katalog (Neueste Moden kostenlos u. portofrei.)



Nächsten Sonntag von 12-6 geöffnet

Berlin N.

## Otto Piehl

Brunnenstr. 120

Teilzahlungen erhöhen die billigen Preise nicht

denn — grosser Umsatz, kleiner Nutzen.

# Möbel

so günstig einzukaufen, dass man von einer Geldersparnis reden kann, ist nur möglich bei **Otto Piehl.**

Wohnungs Einrichtung von 230 M. an

Moderne Schlafzimmer „ 210 „ „

Elegante Herrenzimmer „ 300 „ „

Moderne Küchen . . . . „ 45 „ „

Grossartige Ausstellung im Parterre (ca. 600 qm) und im neuen Fabrikgebäude

Garnituren	Betten . . . .	21-72 M.
110-350 M	Vertikals . . . .	38-72 M.
Walzen-Diwan	Kleiderschränke	19-165 M.
52-85 M.	Tische . . . .	6,50-65 M.
	Matratzen . . .	19-30 M.

Klein Kredithaus; trotzdem, trotz billiger Preise, Teilzahlungen!

Berlin N.

## Otto Piehl

Brunnenstr. 120

Das bedeutendste Möbelmagazin

### Gelegenheitskauf.

Als Geschenk zur Schulentlassung besonders geeignet.

## Wilhelm Hauffs sämtliche Werke.

Mit dem Bildnis des Dichters und einer Einleitung.

4 Bände gut gebunden 4 M.

### Friedrich Nössels Mythologie

der Griechen und Römer.

Mit einem Stahlstich als Titelbild und 75 Abbildungen.

Gut gebunden 2,50 M.

Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 69.

# Siems Kraftfleisch

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

## Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Berantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Reutlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

alleiniger Fabrikant  
**J. G. Siems, Hofl.,**  
Apen i. Oldbg.

Lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beedigter Gerichts-Chemiker, enthält

„Siems Kraftfleisch“

alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überragt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Abschluß der Berliner Großbanken und der Reichsbank.

Geldknappheit und hohe Geldsätze waren die Kennzeichen des Wirtschaftsjahres 1912 auf dem Geldmarkte. Die industrielle Hochkonjunktur mit gesteigerter Warenproduktion und gesteigertem Warenumsatz führte zu vermehrter Inanspruchnahme von Kredit und zu höheren Zinssätzen.

An den hohen Geldsätzen haben die Banken durch größere Provisionen und höhere Zinsen profitiert. Bei den neun größten Berliner Banken Deutsche Bank (200 Millionen M. Aktienkapital), Dresdner Bank (200 Millionen), Diskontogesellschaft (200 Millionen), Darmstädter Bank (100 Millionen), Schaaffhausenscher Bankverein (145 Millionen), Berliner Handelsgesellschaft (110 Millionen), Nationalbank (90 Millionen), Commerz- und Diskontobank (85 Millionen), Mitteldeutsche Kreditbank (60 Millionen), stiegen die Einnahmen aus Provisionen um 5 Millionen auf 76 Millionen.

Den höheren Einnahmen aus dem Provisions- und Zinsenkonto stehen indessen Mindererträge aus dem Effekten- und Konfortialgeschäft gegenüber. Unter Konfortialbeteiligungen versteht man die Gewinne aus der Beteiligung an Finanzkonforten, die sich zur Uebernahme und Ausgabe von Wertpapieren gebildet haben.

In dem Konto Konfortialbeteiligungen und Effekten werden auch die Aktien von Terrain- und Baugesellschaften verbucht, und die bekannte ungünstige Lage des Baumarktes hat den Gewinnrückgang dieses Kontos zum großen Teil mit verursacht.

Die Möglichkeit willkürlicher Beeinflussung der Bilanzfiguren ist daher auch bei der Beurteilung des Schlussergebnisses, der Gewinnberechnung, zu berücksichtigen. Nach den Schlussberichten der neun Berliner Großbanken ist der Bruttogewinn um 2 1/2 Millionen auf 244 Millionen gestiegen, der Reingewinn um fast 4 Millionen auf 138 Millionen gesunken.

Ein näherer Einblick in die Geschäftstätigkeit der Banken läßt sich weiter durch die Ausweise über den Stand der Banken am 1. Dezember gewinnen. Die Zurückziehung von Geldern durch das Publikum tritt in der Abnahme der Kreditoren (Schulden) und Depositen (Einlagen) zutage.

Tritt in dem Rückgang der Kreditoren und Depositen die angepöbelte Lage des Geldmarktes zutage, so weist die Zunahme der Akzepte und Schecks darauf hin, daß die Banken sich der Kreditgewährung trotzdem nicht entziehen konnten. Der vermehrte Warenumsatz zwang die Banken, durch Wechsel- und Scheckbürgschaften den Zahlungverkehr in Fluß zu halten.

gang der Privatpekulation infolge der Kursstürze und des teuren Zinsfußes zurückzuführen ist.

Für die Reichsbank, das Zentralnoteninstitut Deutschlands, brachte das Wirtschaftsjahr 1912 nur finanzielle Vorteile. Ihr als Hauptkreditgeberin stehen die Geldanprüche aller Banken, industriellen und kommerziellen Unternehmungen zu. Wenn sie auch durch gesetzliche und verwaltungstechnische Vorschriften in der Kreditgewährung gebunden ist, so kann sie doch die Zeit hoher Geldsätze voll ausnützen.

Verfammlungen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Die außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin, die am Sonntag, den 2. März, begann, wurde am Sonntag, den 9. März, in demselben Lokale, der Brauerei Friedrichshain, fortgesetzt.

Die Entscheidungen des Vorstandes sind unter allen Umständen für die betreffenden Mitglieder bindend; wider gegen den Beschluß des Vorstandes die Arbeit niedergelegt, so verzichten dadurch die Mitglieder auf jedwede (materielle) Unterstützung.

Ein anderer Antrag von Emil Warth verlangte einen veränderten Modus in der Abstimmung über die Frage, ob Streiks abgebrochen oder fortgesetzt werden sollen.

Tritt in dem Zustand des Streiks eine Aenderung ein, sei es durch Zugeständnisse des Unternehmers oder Zunahme der Arbeitswilligen, so ist erneut eine Abstimmung über die Fortsetzung des Ausstandes vorzunehmen und darf der Vorstand nur dann der Fortsetzung des Streiks zustimmen, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder für dieselbe stimmen.

Warth verlangte die folgende Aenderung: ... und darf der Vorstand nur dann die Fortsetzung des Streiks verweigern, wenn mindestens ein Viertel der Mitglieder gegen dieselbe stimmen.

Zu dem Stuttgarter Parteistreit und dem Anteil der Angestellten des Deutschen Metallarbeiterverbandes daran brachte Großkopf eine Resolution ein, die, wie in der Begründung ausgeführt wurde, von dem Bunde distanziert ist, nach beiden Richtungen gleichmäßig zu wirken und Ruhe und Frieden zu schaffen.

Die 11. ordentliche Generalversammlung zu Breslau wolle beschließen. Bei Veröffentlichungen oder Verhörungen über persönliche Streitigkeiten zwischen Verbandsangestellten und den Parteileitungen, soweit dieselbe das politische Gebiet betreffen, dürfen in Zukunft die Spalten der Metallarbeiter-Zeitung nicht benutzt werden.

Der Verbandstag verurteilt das Verhalten der Angestellten im Hauptbureau angefaßt der württembergischen Landtagswahlen. Er wünscht, daß derartige Reibungen rein persönlicher Natur in Zukunft unterbleiben und sämtliche verfügbaren Kräfte nicht zur Verpöbelung in den eigenen Reihen, sondern im Dienste des Allgemeinwohls verwendet werden.

Zu diesem Antrage an den Verbandstag nahm Cohen das Wort und verlas eine Erklärung der Ortsverwaltung, die nach eingehender Beratung beschloffen worden ist.

Die Erklärung lautet: Eine Kritik des Verhaltens der Angestellten im Hauptbureau anläßlich der württembergischen Landtagswahlen ist selbstverständlich nur möglich, wenn dabei die politische Lage in Württemberg erörtert wird.

In der Versammlung erhob sich gegen diesen Beschluß kein Widerspruch und war man mit der Haltung der Ortsverwaltung offenbar einverstanden.

Die Verwaltungsstelle der Caféangestellten des Verbandes der Gastwirtschaftlichen hielt am Montag früh in den „Germaniasälen“ ihre Jahresgeneralversammlung ab. Der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht wurde von dem Vorsitzenden O. Riung erläutert und ergänzt.

Die Verwaltungsstelle selbst eingeführte Arbeitslosenunterstützung wurde bei einer Antragsberechtigung von 106 Mitgliedern nur von 51 in Anspruch genommen, so daß der durch Extrabeiträge aufgebaute Fonds von 4155 M. noch fast ganz zur Verfügung steht.

Witterungsübersicht vom 10. März 1913.

Table with 4 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Rows include Garmisch, Garmisch, Garmisch, Garmisch, Garmisch, Garmisch.

Wetterprognose für Dienstag, den 11. März 1913. Zunächst mild, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich starken westlichen Winden; nachher zeitweilige Besserung, etwas Abkühlung.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 9. 3., 8. 3., am 10. 3. Rows include Remel, Regel, Weisels, Ober, Krossen, Franfurt, Barthe, Rehe, Gibe, Dresden, Sarg, Magdeburg.

+) bedeutet Hoch, -) Tief, -) Unterpegel, -) Überfl.



# JUNO

## 2 CIGARETTE

KON-LINON

### Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 St. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Gänsefuß.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Berlin (30 St.): Salomon-Apothek., Charlottenstraße 54. — Greif-Apothek., Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Rosen-Apothek., Würzburg.

### H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel. Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen. Amt IV, 3014.

## Stoffe

für elegante Maßanzüge, Ulster, Paletots Mtr. 4.—, 6.—, 8.— M. etc. Damen-Kostümstoffe, Damenluche „Neuheiten“ Mtr. 2.—, 3.—, 4.— M. etc. Loden f. Pelermine Mtr. 1,50, 2,50 M. etc. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadellos u. schick verarbeiten, weisen wir nach Arbeitslohn nebst Zutaten circa 25.—, 30.— M. etc. Tuchhändler Koch & Seeland G. m. b. H. Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Petrikirche.

## Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté Konzert. — Nur erste Künstler!



Sie brauchen kein Geld dazu Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? Pathé-Platten will man immer wieder hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — Unser trichterloser Apparat ist das Neueste vom Neuen

und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf den Markt gekommenen Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an eine monatlich nur 3 Mk., bei Nichtgefallen nur die ganz minimale Hin- u. Rückfracht zu zahlen. Die Lieferung erfolgt sofort!

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem fast unzerstörbaren Saphirstift. Keine Plattenabnutzung mehr!

Keine Plattenabnutzung mehr!

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 120/441

Senden Sie mir einen allerneuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitigen Pathé-Platten 5 Tage zur Probe. Wenn ich die Sendung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Sie franco zurückschicke, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose 60.— Mark und für die 10 Pathé-Doppelplatten à 3,30 Mark in monatlichen Raten von 3.— Mark vom Ablauf der Probezeit beginnend. Erfüllungsort ist Breslau.

Vor- und Zuname:

Beruf:

Ort und Datum:

— Straße — Platz — Nr. —

### Stempelfabrik

Robert Hecht, Inh.: Alfr. Schneller Berlin S. 42, Ritterstr. 116. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinkenstr. 41, Moritzplatz 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

EIN GUTER TRUNK AN STAMMTISCH UND IM HAUSE sind unsere Biere, weil reich an Nährstoffen und arm an Alkohol, daher nahrhaft und bekömmlich. Überall zu haben in Flaschen, Kannen und Syphons.

**BÖHMISCHES BRAUHAUS**  
NO 18. Teleph.: Amt Königstadt 3089, 4888/90

## Theater und Vergnügungen

Dienstag, 11. März 1913. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reg. Schauspielhaus. Uraufführung auf Russisch. Der lebende Leichnam. Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung. Zirkus Busch. Gala-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Urania. „Goldener Fährten“. Reg. Opernhaus. Die Frau und Leben. Königlicher Straße. Die fünf Frankfurter. Monatsoperetten. Der Zigeunerprimas.

Metropol. Die Kino-Königin. Kammerstücke. Schöne Frauen. Deutsches Opernhaus. Der Waffenführer.

Schiller O. Der Andere. Schiller & Charlottenburg. Die Kinder der Exzellenz. Auerhahn. Tosca. Trianon. Wenn Frauen reden. Komödienhaus. Schönheitskaiser. Groß-Berlin. Das Fürstentum. Berliner Filmzauber. Theater am Kollendorferplatz. Extrazug nach Nizza. Theater des Westens. Die beiden Husaren. Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf. Kleines. Professor Bernhardt. Residenz. Die Frau Präsidentin. Thalia. Suppen. Zaiten. Im wunderschönen Monat Mai.

Kofe. Der Weg zum Himmel. Herrfeld. Die Schenke. Jäger. Liebesprobe. Casino. Arturs Flitterwochen. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Reichshallen. Walchens Verlobung. Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedr. & Wilm. Schauspielhaus. Berliner Luft. Lustspielhaus. Wajolita. Walhalla. Carole. Walhalla! Solles Caprice. Des Löwen Erwachen. Hohe Seitenprünge. Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Die Bildente. Anfang 9 Uhr.

Admiralpalast. Cirkus: Start in Et. Royal.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-58.

Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Der gute Ruf.

Schiller-Theater O. Theater. Dienstag, abends 8 Uhr: Der Andere. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden. Donnerstag, abends 8 Uhr: Wolkenkratzer.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz. Mittwoch, nachmittags 3,10 Uhr: Wallensteins Tod. Abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Andere.

Berliner Theater. 8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königsgrätzer Straße 8 Uhr: Die fünf Frankfurter. Theater des Westens. 8 Uhr: Die beiden Husaren. Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr: Frauenfresser. Montis Operetten-Theater (fr. Neues Theater). Amt Nordend 1141. 8 Uhr: Der Zigeunerprimas. 8 Uhr: Residenz-Theater. Uhr: Die Frau Präsidentin. (Madame la Présidente). Schwani. 3 Akt. v. Genesquin u. Becker. Morgen und folgende Tage: Die Frau Präsidentin.

Luisen-Theater. Dienstag, abends 8 Uhr: Im wunderschönen Monat Mai. Ein frühliches Spiel in 4 Akten von Ludw. Spemann-Hobentrost. Mittwoch, abends 8 Uhr: Im wunderschönen Monat Mai. Donnerstag, abends 8 Uhr: Im wunderschönen Monat Mai.

Kino-Theater Marienbad. Badstr. 35-36. Heute Premiere. Im Konzert-Restaurant: Heute großes Militär-Konzert.

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Der Weg zum Himmel. Lustspiel in 4 Akten von Joh. Frh. Wittmoos, abends 8 Uhr: Die bezähmte Wilderpenstige.

Metropol-Theater. Die Kino-Königin. Operette in 3 Akten von Jul. Freund und G. Offenbach. Musik von Jean Gilbert. In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz. Carl Bachmann a. D. J. Giampietro G. Thielscher Y. Norbert H. Bailot J. Russka Ly Winter Anfang 8 Uhr! Saugen gestaffelt!

Herrnfeld Theater. Täglich präz. 8 Uhr abends: Die Schonzeit-Jäger. Ein Wald-Idyll in 3 Akten von Anton u. Donat Herrnfeld. Liebesprobe. Plauderei von Ernst Klein.

„Clou“ :: Berliner :: Konzerthaus. Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91. Großes Doppel-Konzert. Gastspiel des Philharmonischen Blasorchesters aus Holland. Dirigent: Maestro Loreto Tesone. Musik des Kaiser Franz-Regiments. Dirig. Oberst Becker. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 49/49. Abends 8 Uhr: „Hohenzollern“-Fahrten.

Theater am Kollendorferplatz. Abends 8 Uhr: Extrazug nach Nizza. Sonnabend 3 Uhr: Nathan der Weise.

Passage-Panoptikum. Mac-Frog, der unersättliche Froschschlucken. halbstündl. große Fisch- und Fröschemahlzeit. Das Vertilgen u. Zurückbringen lebender Frösche und Fische. Die acht heiligen Feuerfresser. In ihren fanatischen Märtyrer-Produktionen. Alles lebend! Alles ohne Extra-Entree!

Zirkus Albert Schumann. Heute Dienstag, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Fest-Vorstellung! Auftreten von Direktor Alb. Schumann mit seinen neuesten Creationen. 7 Luftvoltigeure 7 Hegelmann-Truppe. Um 9 1/2 Uhr: Der unsichtb. Mensch. 4 Bilder aus Indien. Mittwoch, den 12. März: Keine Zirkus-Vorstellung, sondern Aufführung des „Deutschen Theaters“ „König Oedipus“. Anf. 8 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Voigt-Theater. Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute Dienstag, den 11. März 1913: Gastspiel in der Reuen Welt. Kean oder: Genie und Leidenschaft. Komödie in 5 Akten v. Ludw. Barnack. Raffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

Casino-Theater. Lothringers Str. 57. Täglich 8 Uhr: Arturs Flitterwochen. Der neue Schwanz-Schlager. Vorher: Erna Koschel usw. Sonntag 4 Uhr: Die Hochstaplerin.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr. Die Novitäten: Des Löwen Erwachen. Bunter Teil. Hohe Seitenprünge.

Walhalla-Theater. Weinbergweg 19/20. Hofentf. Tor. Heute 8 1/2 Uhr: „Carole: Walhalla!“ Große Jahres-Revue. Die Abonnenten unserer Zeitung zahlen gegen Vorzeigung der Abonnementsquittung für alle Plätze halbe Saftpreise.

Zirkus Busch. Heute Dienstag, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr: Nur noch einige Tage! Der mysteriöse Deckenläufer? Ferner: Karl-Eugen-Troupe, Gymnastik in höchst Vollend. Red & Beet, Manegekomiker. Geschw. Flochi in ihrem wundervoll. Reizakt. Clown Pepino, Tierdress. sowie d. große Galaprogramm. Zum Schluss: Die gr. Prunkpant. „Sevilla“ in 6 glänzenden Akten.

Neue Welt. Arnold Scholz, Hasenheide 108/114. Dienstag, den 11. März 1913 gelangt zur Aufführung Kean oder Genie u. Leidenschaft. Komödie in 5 Akten v. S. Barnack. Anf. 8 1/2 Uhr. Raffeneröffnung 7 Uhr. Freie der Bühne: 1. Vorst. 7 1/2 Uhr. 2. Vorst. 60 Pf., Saftan 50 Pf. Entree 40 Pf. Borauzeit! Jeden Donnerstag: Großer Ball.

Trianon-Theater. Wenn Frauen reisen. Anfang 8 Uhr.

Theater Königstadt-Casino. Ude Holzmarkt u. Alexanderstraße. 1. Heute v. Bahn. Jannowigbrücke. 2. abds. 7 1/2 Uhr. 3. abds. 7 1/2 Uhr. 4. abds. 7 1/2 Uhr: O. diese Chausseure! Lustspiel von Rich. Kestler — u. das groß. Spezialitätenprogramm. Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Malehens Verlobung. Burleske von Meysel. Anfang 8 Uhr.

Unserem Genossen  
**Johann Keller** nebst Gemahlin  
 zur Silberhochzeit die besten  
 Wünsche.  
 Die Funktionäre der 11. Abt.  
 4. Kreis. 6431

**Todes-Anzeigen**

Am Sonntag, den 8. März,  
 nach kurzem, schwerem Leiden  
 unser langjähriger lieber Kollege,  
 der Schriftfeger

**Kurt Kuhn**  
 im 86. Lebensjahre. Wir ver-  
 lieren in ihm einen lieben  
 Kollegen und Freund, dessen An-  
 denken sich unter uns fortleben  
 wird.  
 Das Gesamtpersonal des „Sporn“  
 und Paul Schröder.  
 Die Beerdigung findet heute  
 Dienstag, 8 Uhr, von der Kapelle  
 des Rummelsburger Kranken-  
 Hauses, Pring-Albert-Strasse,  
 aus statt. 28536

**Sozialdemokrat. Wahlverein für  
 d. Reichst.-Wahlkr. Niederharnim.  
 Bezirk Lichtenberg.**  
 Am 8. d. M. verstarb unser Ge-  
 nosse, der Schriftfeger

**Kurt Kuhn**  
 Belegstr. 29, Bezirk 19.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Dienstag, den 11. März, nach-  
 mittags 1/4 Uhr, auf dem Ge-  
 meindefriedhof in Rummelsburg,  
 Südstrasse, statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 14/6 Die Bezirksleitung.

**Deutscher  
 Transportarbeiter-Verband.**  
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Drosten-  
 führer

**Franz Hahn**  
 am 7. März im Alter von  
 62 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute  
 Dienstag, den 11. März, nach-  
 mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Bartholomäuskirchhofes,  
 Weigenstr., Kiderstrasse, aus statt.  
 28539

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Kollege, der Arbeiter

**Otto Kusatz**  
 am 8. d. M. im Alter von  
 38 Jahren verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken.  
 Die Beerdigung findet heute  
 Dienstag, den 11. d. M., nach-  
 mittags 3/4 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Friedrichshofes der Marius-  
 gemeinde, Wilhelmstr., aus statt.  
 62/18 Die Bezirksverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Begräbnis-  
 kasse für Frauen und Mädchen  
 in Deutschland.**  
 (Eingetragene Hilfskassa Nr. 26.)  
 Verwaltungsstelle Berlin IV.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß das Mitglied, Frau

**Johanna Schruth**  
 am Freitag, den 7. März, plötz-  
 lich verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag, nachm. 4 Uhr, von der  
 Leichenhalle des Zentral-Fried-  
 hofes in Friedrichshagen aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 283/16 Die Ortsverwaltung.

Am 7. d. M., früh 1 Uhr ent-  
 schied nach schwerem Leiden  
 unser lieber Vater, Großvater  
 und Schwiegervater, der Gastwirt

**Julius Bjeske**  
 im 57. Lebensjahre. 76A  
 Dies zeigen tiefbetrübt mit der  
 Bitte um stille Teilnahme an  
 die trauernden Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Mitt-  
 woch, den 12. d. M., nachmittags  
 3 Uhr von der Leichenhalle des  
 Friedhofes in Riederschn-  
 hagen-Nordend aus statt.  
 283/16

**Taufsgang.**  
 Allen Freunden und Bekannten,  
 welche bei der Beerdigung am  
 10. März 1913 meinem lieben Vamen,  
 unserem guten Sohne, Bruder,  
 Schwiegervater, Schwager und Onkel  
 die letzte Ehre erwiesen haben, in-  
 sonderheit dem Sängerverein Sängerver-  
 ein Hedding sowie dem Herrn  
 Walter Wamse für die trostreichen  
 Worte am Sarge des Entschlafenen  
 sagen wir hiermit unseren herz-  
 lichsten Dank. 1392  
 Im Namen  
 der trauernden Hinterbliebenen:  
 Witwe Käthe Weiland.

**Kranzspenden  
 sowie künstliche  
 Blumenarrangements**  
 Befest. schnell und billig **Paul  
 Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 1700.

**Öeffentliche politische Versammlungen.**  
**Sechster Wahlkreis**  
 1. bis 7. Abteilung

Dienstag, den 11. März, abends 8 Uhr, im Prater-Theater,  
 Kastanien-Allee 7/9:

**Öeffentliche Frauen-Versammlung.**

Tagesordnung:  
 „Die Geburtenbeschränkung — eine revolutionäre Waffe.“  
 Referent: Genosse **Dr. Alfred Bernstein.**  
 Diskussion. 226/2\*  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Einderuferin: Emilie Schramm, Dybener Str. 25.

**Danksgang.**  
 Für die liebevollen Beweise herz-  
 licher Teilnahme bei der Beerdigung  
 meiner lieben Frau

**Helene Peisker**  
 sage allen Beteiligten meinen tief-  
 gefühltesten Dank. 1392  
**Max Peisker,**  
 Neudöln.

Da es uns unmöglich ist, jedem  
 Einzelnen für die so überaus große  
 Teilnahme und kostbaren Blumen-  
 spenden bei der Beerdigung unserer  
 innigstgeliebten Eltern, des Juweliers  
 Herrn

**Rudolf Plunz**  
 und Frau  
**Emma Plunz**  
 geb. Freisch.  
 zu danken, sagen wir allen Beteiligten,  
 Freunden und Bekannten nur auf  
 diesem Wege unseren tiefgefühltesten  
 Dank. 28529  
**Else und Anna Plunz.**

**Danksgang.**  
 Für die zahlreiche Beteiligung und  
 die reichen Kranzspenden bei der  
 Beerdigung meines lieben Vannes  
 und Vaters 28569  
**Hans Wiemer**  
 sagen allen Teilnehmern, insbesondere  
 dem Deutschen Transportarbeiter-  
 Verband, unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Danksgang.**  
 Für die zahlreiche Beteiligung und  
 die reichen Kranzspenden bei der  
 Beerdigung meines lieben Vannes  
 und Vaters 28569  
**Hans Wiemer**  
 sagen allen Teilnehmern, insbesondere  
 dem Deutschen Transportarbeiter-  
 Verband, unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Oskar Wollburg**  
**Trauer-Magazin**  
 Berlin N., Brunnenstraße 56.  
 Große Auswahl in schwarzer  
 Konfektion; auch einz. Röcke,  
 Blusen, Hüte etc. Anfertigung  
 nach Maß in 12 Stunden.  
 Änderungen sofort.

**Blumen- und Franzbinderei  
 von Robert Meyer.**  
 Inh.: P. Gollets  
 Mariannenstr. 2. Tel. Mpl. 348.



**LÖWEN  
 BIERE**  
 SIND AUF DER HOHE

Jahresumsatz:  
 1912/13 ca. 43.600 hl.  
 1911/12 ca. 300.000 hl.

Export nach allen  
 Weltteilen.

**Löwen-Caramel**  
 pro Flasche 10 Pf.  
 überall käuflich  
 oder Fernpost, Nord. 19370-19372.

**Löwen-Brauerei A.-G.,**  
 Berlin N.

**Große Firma** vergibt auf Teil-  
 zahlung!  
 Ohne Anzahlung! Keine Kassiererei!  
 Teppiche, Portieren, Gardinen,  
 Stores und alle Arten Beden.  
 Offerte erbeilen unter **K. 100.**  
 Vorwärts-Preibition, Uferstr. 17A.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
 Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.  
**Gipsbaubranche:**  
**Putzer, Träger u. Rabitzspanner**  
 Freitag, den 14. März, abends 8 Uhr:

**Mitglieder-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshause, Engelufer 15.  
 Tagesordnung:  
 1. Stellungnahme zu unseren Anträgen zu den Tarif-  
 verhandlungen im Gipsbaugewerbe. 2. Diskussion.  
 Zahlreichen Besuch aller im Gipsbaugewerbe beschäftigten Kollegen  
 erwartet **Der Vorstand.**

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer**  
 (E. H.-K. No. 2, Hamburg.) Oertliche Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshause, Engelufer 15, Saal 3.  
 Tagesordnung:  
 1. Abrechnung vom Jahre 1912. 2. Wahl der Revisoren.  
 3. Verschiedene Stellenangelegenheiten. 233/1\*  
 Der Vorstand:  
 N. K.: Richard Schröder, Berlin O., Uferstr. 7.

**Möbel-Cohn**  
 1. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 58  
 2. Geschäft: Grüner Weg 109  
 Bitte genau auf Hausnummern zu achten.

**Möbel auf Kredit**  
 Riesen-Auswahl  
 Anzahlungen auf Stube und Küche:  
 Mark 15 30 50 75  
 bis 25 bis 45 bis 70 bis 100  
 Moderne  
**Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer**  
 jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.  
 Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei  
 von 5 M. Anzahlung an. Krankheit und Arbeits-  
 losigkeit.  
 Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich,  
 resp. nach Uebereinkunft.  
 Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.  
 Sonntag 12-6 geöffnet.



**1 M.**  
 wöchentl. Teilzahlung  
 liefert elegante  
**Herren-Moden**  
 Ersatz für Mass  
**Mass-Anfertigung**  
 Feinste Verarbeitung.  
 Garantie: tadel-  
 loser Sitz

**J. Kurzberg, Mass-Schneiderei**  
 Rosenthaler Str. Nr. 38, 1 Hackescher Markt  
 Frankfurter Allee 104, parterre Ecke Friedenstr.  
 Reinickendorfer Str. Nr. 4, 1 am Weddingplatz

**Kios**  
 Cigaretten

Kurprinz 3  
 Fürsten 4  
 Welt-Machi 5  
 Auto-Klub 6  
 Aero-Klub 10

**Kios-B.Z.**  
 Cigarette  
 Stück 4 Pfennig.



**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
 Alkoholarm - Aerztl. empfohlen  
 in ganz Deutschland verbreitet



Und wenn  
 die Welt auch  
 untergeht,  
 der Glanz von  
**Urbin**  
 forlbesteht!

In Dosen überall erhältlich.  
 Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg



**FREDY  
 GOLD**  
 Qualitäts-  
 Cigarette  
 23

**Legehühner,**  
 garant. junge, beste Züger, 21 M.  
 verkauft F. Wegner, 21 M.  
 Berlin SO., Mariannenstr. 31.  
**Frank A. Borchardt, Friedrichstr. 115,**  
 Grand-Tor. Tel. Nord. 10634,  
 verleiht Grad, Emolung, Geduldungs-  
 in vertrieb, Preislag, bis 4 elegant.  
 Genre. Sehr große Anzahl. Preis.

**Buchhandlung Vorwärts**  
 Lindenstr. 69 (Laden)

Wie wird die  
**Staatsangehörigkeit**  
 erworben?  
 Ein Führer durch das Recht der  
 Staats- und Reichsangehörigkeit.  
 Von H. Beims.  
 Preis 25 Pf.  
 247/19

**Heines Werke**  
 3 Bände 4 Mark  
 Buchhandlung Vorwärts

**Vorwärtslesern Rabatt**  
**Gardinen-  
 Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
 Berlin S., Oranienstr. 158.

**Wunderbare Neuheiten.**  
 Gardinen, Stores, Vitrages, Tüll-  
 bettdecken etc. in allen Stilart.  
**Portieren, Möbelstoffe,  
 Tischdecken,**  
 1 Posten reich-  
 gestickter **Erbstül-  
 Bettdecken mit Volant**  
 à 335 485 (bisher 6 bis 8 M.)  
**Erbstül-Stores mit Volant**  
 à 335 475 (bisher 6 bis 8 M.)  
**Spezial-Katalog**  
 650 Abbildungen gratis u. franko

**Elegante  
 Herren-Moden**  
 fertig u. nach Mass  
 von 1 Mark  
 wöchentliche Teilzahlung.  
**S. Boltuch**  
 Frankfurter Allee 75  
 Eingang Tilsiter-Strasse

**Bruchbandagen,**  
 Leibbinden, Gerdeshalter,  
 Irrigatoren, Spritzen etc.,  
**Suspensoren, sowie**  
 alle Artikel z. Krankenpflege  
 empfiehlt  
**Fabrikant Pollmann,**  
 jetzt Berlin N., Lothringers Str. 60.  
 Eigene Werkstatt. Lieferant für  
 Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

**Spezialarzt**  
 f. Haut, Horn, Frauenleiden,  
 nerv. Sammel, Bettruhe jeder  
 Art. Ehrlich Gata-Kuren in  
 n. Co. Ion.  
 Laborat. f.  
 Haut.  
 gegenüber  
 Friedrichstr. 81, Banoptikum.  
 Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2.  
 Honorar mäßig, auch Teilzahl.  
 Separates Damenzimmer.



Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. 1. Abteilung. Für die Bezirke 139-141, 151 und 152 findet ein gemeinsamer Wahlabend im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18c, statt. Vortrag des Genossen Adolf Harndt.

6. Abteilung. Die Bezirke 227-229 halten einen gemeinsamen Wahlabend bei Augustin, Drantsenstr. 103 ab. Vortrag des Genossen Schriftsteller Linger.

Steglich. Mittwoch, den 12. März, finden in allen Abteilungsverfammlungen Vorträge statt. I. Abt. bei Schellhase: „Märzgedanken“, II. Abt. bei Heilmann: „Aus dem Jahre 1813“, Dr. C. Meyer, III. Abt. im Albrechtshof: „Die preussische Jahrhundertfeier“, Reichstagsabgeordneter D. Stücken, IV. Abt. bei Dohl (Siedende): „Die Arbeiterjugend und das Kapital“, A. Seidel. Außer diesen Vorträgen sollen wichtige organisatorische Fragen erledigt werden.

Johannisthal. Mittwoch, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im Arbeiterheim. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Rudolf Schulz über „Proletarische Bildungsarbeit“, Reorganisationsfragen, Bericht von der Kreis-Generalversammlung.

Donnerstag, den 13. März: Quartier und letzter Vortrag des Jugendkuriums: „Vom Erz zur Schiene“. Referent: Genosse Reumann-Miersch.

Natienfelde. Am Mittwoch, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Schuster, Kirchstr. 68: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Genosse Thiele, Friedenau, spricht über: „Der preussische Befreiungskrieg“. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.

Schmargendorf. Mittwoch, den 12. März 1913: Wahlabend bei Pötscher, Spandauer Straße 40. Es ist eine wichtige Tagesordnung zu erledigen.

Waldhof. Heute, Dienstagabend 7 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung von bekannter Stelle aus.

Der Vortragsabend des Genossen Erwin Reumann über „März-Deutlichkeit“ findet bei Köpfer, nicht bei Kaul statt. Anfang 8 1/2 Uhr.

Friedrichshagen. Morgen Mittwoch, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Wahlabend bei Lerche, Friedrichstraße 112. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Sekretärs der internationalen Union der Hotelangestellten, des Genossen A. B. a. u. m. e. i. t. e. r über „Strömungen in der internationalen Gewerkschaftsbewegung“.

Friedrichshagen. Mittwochabend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Haberland, Wilhelmstraße. Genosse Emil Lehmann referiert über: „Die bevorstehenden Landtagswahlen“.

Röpenitz. Die Fortsetzung des vom Bildungsansatz veranstalteten Vortragskurses findet heute abend im großen Saale des Kaiserhofes pünktlich 8 1/2 Uhr statt. Letzter Vortrag: Freitag, den 14. d. M., im kleinen Saale.

Berliner Nachrichten.

Seddinwall.

Wo der Rahnsdorfer Spreearm in den Seddinsee eintritt, ist fagenunwobenes Märkerland. Mitten im Seddinsee liegt eine kleine Insel, Robins-Eiland genannt, und auf ihr spielte sich vor hundert Jahren ein wunderhübsches märkisches Familienidyll ab, das uns Fontane in seinem „Spreeland“ überliefert und von dem noch heute in stillen Stunden die Märker an der Oberprece erzählen. Die Mär ist so gemühtlich durch ihre schmucklose und doch tiefgründige Einfachheit. Manches hat wohl die Zeit hinzugeschmückt, ohne das Trauliche des Stimmungsbildes zu zerstören. Gosen und Neujittau waren damals noch winzige Kolonien, und um Röpenitz traf man meilenweit auf keine größere Siedelung. Fischer Kanis, der Urtyp des Märkers, hatte sein Häuslein am Seddinsee auf einem künstlichen Sand- und Steindamm errichtet. So hieß der Jährmann am Seddin nach seiner eigenen Schöpfung weit und breit der „Fischer von Kaniswall“. Da kamen 1806 die Franzosen ins Land, nach Röpenitz prächtige Kasernen mit langen bunten Rohschweifen am glitzernden Helm. Kanis sah sie in Röpenitz, mußte auch sehen, wie märkische Frauen bewundernd den Franzmännern nachsahen, und so sagte ihm eine Ahnung, daß die galanten fremden Kriegsknechte auch seinem eigenen Weibe gefährlich werden könnten. Schnell entschlossen verließ Kanis sein Jährhaus, brachte seine geringen Habsehligkeiten nach der dicht mit Schilf umwachsenen, fast unzugänglichen Insel im Seddinsee, baute aus Holz, Schilf, Segeltuch ein dürftiges Blockhaus und wartete auf bessere Zeiten. An Fischen und Sumpfvögeln war Ueberfluß, die Enten- und Kiebitzfelder lagen in der Brutzeit zu Hunderten am Inselrand. Allwöchentlich handelte Kanis seine Fische in Röpenitz gegen Brot ein, und als Leipzig und Waterloo geschlagen, die Luft wieder rein war, da war aus dem Blockhaus ein hübsches Gehöft geworden und Kanis wollte von seiner Insel nicht mehr fort. Die Fischerfrau starb, die Kinder wanderten in alle Länder, der alte Kanis blieb. Es fehlte den Röpenitzern etwas, wenn er am Sonnabend nicht hinüberkam, und als er im Oktober 1850 zum erstenmal ausblieb, wußte man, daß die einsame Gatte auf dem Seddinwall einen Toten barg. Vor der Schwelle des Hauses, auf einem Bündel Schilf, war der Alte eingeschlafen, um nimmer zu erwachen. Die ganze Röpenitzer Fischerzunft trauerte und folgte dem Sarge in dreißig Booten nach Schmüdow hinüber, das um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nur ein armseliges Stranddörflein war. Hier zeigte man noch vor ein paar Jahrzehnten unter einem verwilderten Fliederbusch das Kanisgrab. Heute ist es unauffindbar und nur der Name Kaniswall mit allem möglichen sagenhaften Beiwerk ist noch geblieben. Vermutlich hängt auch der Inselname Robins-Eiland mit der Geschichte des Fischers Kanis zusammen. Erst in den letzten Jahren hat sich auf der Insel Seddinwall neues Leben gezeigt. Gern machen Tausende von Ausflüglern von den Gosenen Bergen, von der sogenannten „Vertiner Schweiz“ einen Abstecher nach der schönen Insel hinüber, um zu sehen, wo der Fischer von Kaniswall einsam gehaust und einsam gestorben ist.

Das ist auch eine Erinnerung an die „Franzosenzeit“, deren hundertjährige Vergangenheit jetzt so geräuschvoll aus der Verfenkung hervorgeholt und für dynastisch-militärische Zwecke ausgeschlachtet wird. Hundert Jahre sind eine lange Zeit. Wer weiß, ob der Fischer von Kaniswall jemals gelebt hat. So ist auch vieles, was die jetzige Hurraserei anwärmt, nur Märchenfädelung oder zutreffender Geschichtsfälschung.

Der Kirchgang des Berliner Stadtfreiwilts, der in dem Jubiläumspokal eine besonders interessante Nummer bildet, ist am Montag programmgemäß verlaufen. Vom Rathaus aus begaben sich Magistratskollegium und Stadtverordneten-

versammlung nach der benachbarten Nikolaiskirche hinüber, um zum Gedächtnis des Aufrufs „An Mein Volk“ — ihre Herzen „zu Gott zu erheben“.

Döwohl der Weg vom Rathaus durch die König- und die Poststraße zur Nikolaiskirche ganz kurz ist, konnte man von einem „Zusammendrängen“ der Schaulustigen nichts bemerken. Das Spalier, das die Straßen säumte, war fast überall kläglich dünn. Es wird den Stadtfreiwilts schmerzlich überrascht haben, daß so wenig „Volk“ sich dazu hergegeben hatte, seiner Kundgebung als Stofflage zu dienen. Aber der Anblick, den dieser öffentliche Kirchgang bot, war auch wirklich alles eher als imponierend.

Unter Glockengeläut zogen die freisinnigen Christen, Juden und Heiden in die Kirche durch ihr Hauptportal hinein. Am Eingang wurde die Spitze des Juges, den die Bürgermeister und Stadtverordnetenvorsitzer anführten, vom Gemeindefreiwiltsrat bewillkommnet. Drinnen harrete eine nicht übermäßig andächtig gestimmte Gemeinde, die aus eingeladenen Beamten und Angestellten der Stadt und ehrenamtlich im Dienste der Stadt tätigen Personen sich zusammensetzte.

Hatten die Vertreter des liberalen Bürgertums Berlins wirklich nichts Besseres finden können als die Idee, das Gedächtnis der Erhebung von 1813 ausgerechnet durch einen Gottesdienst zu feiern? Wer es noch nicht wußte, warum Preußen sich aufraffte und siegreich blieb, der konnte aus der Predigt des Generalsuperintendenten Händler sich darüber belehren. Das unter dem Joch der Fremdherrschaft seufzende Volk hatte — „wieder glauben gelernt“! Auf seinen Gott hatte es sich wieder besonnen, und Gott rettete es aus Erniedrigung und Not!

Man kann's einem Pastor nicht verdenken, daß er die Freiheitskriege in diese Beleuchtung rücke. Die freisinnigen Christen, Juden und Heiden des Magistratskollegiums und der Stadtverordnetenversammlung hatten es so haben wollen. Von einem Volk, das auf seine Kraft sich besinnt, wollen sie längst nichts mehr hören.

Eine Auskunftsstelle für Angestelltenversicherung ist auch in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollernstrasse 21, vom Rentenausschuß Berlin der Angestelltenversicherung errichtet worden. Die Dienststunden für die Auskunftsbereitstellung sind bis auf weiteres von 9-3 Uhr festgesetzt. Die Auskunftsbereitstellung erfolgt unentgeltlich.

Zur Errichtung eines Berliner Jugendkinderhauses hat ein bekannter Chemiker dem hiesigen Jugendrichter Dr. Köhne die Mittel zur Verfügung gestellt. In Niederriedenbauern ist eine kleine Villa mit anliegendem Obstgarten eingerichtet worden; es werden aber zur dauernden Unterhaltung weitere Mittel flüssig gemacht werden müssen. Das Berliner Jugendkinderhaus enthält 16 Betten für Knaben bis zum Alter von 18 Jahren, die durch Jugendrichter und andere Behörden zu vorübergehendem Aufenthalt dorthin geschickt werden. Die Knaben erhalten dort Verpflegung, bis die Angehörigen benachrichtigt werden und eventuell eine Arbeitsstelle für sie gefunden worden ist. Auf diese Weise wird sich in vielen Fällen die polizeiliche Unterbringung der Jugendlichen erübrigen. Das Haus, das etwa Anfang April dieses Jahres bezogen wird, besitzt Desinfektions- und Waberräume und ist auch in übrigen mit modernen Einrichtungen nach hygienischen Grundfätzen versehen. Ein Hauselternpaar, das schon viele Jahre in der Erziehungsbereitstellung steht, ist für die Leitung der Anstalt in Aussicht genommen.

Billets zu den Konzerten des Philharmonischen Orchesters am 17., 20. und 22. März sind noch in der Expedition Kirchbachstr. 14 (Gustav Schmidt) zu haben.

Der Patriotenrausch, der zu gestern improvisiert worden war, wurde durch den einsetzenden Regen erheblich abgekühlt. Die von uns mitgeteilten Feierlichkeiten in den Kirchen, im Dome, an den verschiedensten Denkmälern gingen in der vor-schriftsmäßigen Weise vor sich. Zahlreiches Militär war vor dem Denkmal Kaiser Wilhelms I. und im Lustgarten versammelt. Der Verkehr in der Nähe des Schlosses war lange Zeit unterbrochen. Schulleute zu Fuß und zu Pferde bildeten an den Zugangsstraßen nach den Linden starke Ketten. In den Schulen fanden Schulfestern statt. Von einer patriotischen Begeisterung des arbeitenden Volkes in Berlin war nichts zu spüren; davon hätten sich die freisinnigen Helden im Berliner Rathaus überzeugen können.

Wenn eine Zeitung aktuell sein will, kann sie unter Umständen in ihrem Bestreben, schnell zu berichten, geübeln hineinfallen. Das ist am Freitag der „Berliner Volks-Zeitung“ passiert. Es war in Aussicht genommen, daß aus Anlaß des Besuchs des bayerischen Prinzregenten der Kaiser mit seinem Gast am Freitagmorgen auch dem Flugplatz Johannisthal einen Besuch machen würde. Um ihre Lesern schnell zu informieren, teilte die „Volks-Zeitung“ in ihrer Freitagabendausgabe bereits mit, daß der Kaiser um 8 Uhr mit dem Prinzregenten den Flugplatz besucht habe und meldete, welche Anlagen die Kaiserfamilie mit ihrem Gefolge besichtigt hätten. Dabei war die „Volks-Zeitung“ den Ereignissen weit vorausgeeilt. Das Vorausgeschickene trat nämlich nicht ein. In letzter Stunde sagte der Kaiser ab und fuhr nicht mit nach Johannisthal. Am Sonnabend früh meldete nun die „Volks-Zeitung“, daß der Prinzregent Johannisthal besucht habe, sagte aber vorstättshalber kein Wort davon, daß sie am Abend vorher eine entgegengesetzte Meldung gebracht hatte. Es geht doch nichts über fixe Berichterstattung.

Das Obdach der Stadt Berlin hat im Winter 1912/13 in der Abteilung für n ä c h t l i c h e O b d a c h l o s e wieder über 400 000 Personen beherbergt. Die Belegungsziffern waren im Dezember 124 233, im Januar 147 276, im Februar 132 374, sind zusammen 403 882. Die stärksten Tagesbelegungen des Winters wurden am 30. Januar mit 5090 und am 31. Januar mit 5135 erreicht. Im ganzen hat dieser Winter mit einer etwas geringeren Obdachfrequenz als der vorige abgeschlossen. Die Monate Dezember, Januar, Februar des Winters 1911/12 hatten die Belegungsziffern 126 630, 149 524, 147 100 (einschließlich Schalltag), zusammen 423 254. Der vorige Winter war hart, der diesjährige ist ungewöhnlich milde verlaufen. Hiernach hätte man für den Winter 1912/13 einen noch stärkeren Rückgang der Obdachfrequenz erwarten können. Das Familienobdach hat in diesem Winter eine höhere Frequenz als im vorigen gehabt. Im Winter 1912/13 waren hier im Quartier (ungerechnet die im Familienobdach miteingewohnten Einzelpersonen) Anfang Dezember 28 Familien mit 84 Köpfen, Anfang Januar 37 Familien mit 103 Köpfen, Anfang Februar 40 Familien mit 99 Köpfen und schließlich Anfang März 37 Familien mit 94 Köpfen. Im Winter 1911/12 stellte sich die Frequenz zu denselben vier Terminen auf nur 25, 28, 28, 25 Familien mit 68, 74, 69, 60 Köpfen.

Unter den Rädern der Lokomotive. Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Sonntagmittag gegen 1 Uhr auf dem Rangierbahnhof Warschauer Straße. Dort wollte der 27jährige Rangierer Ernst Kreuzenreich, Kaldensteinerstr. 40 wohnhaft, auf die Lokomotive eines Güterzuges, der eben eine Weiche passierte, aufspringen, rutschte jedoch vom Trittbrett ab und geriet mit dem linken Bein unter die Triebräder der Maschine, die das Glied oberhalb des Knies zermalmte. In schwerverletztem Zustande wurde er nach der Unfallstation in der Warschauer Straße und von dort nach dem Kranken-

hause am Friedrichshain gebracht, wo eine Amputation des Beines vorgenommen werden mußte.

Auf dem Postamt an der Spandauer und Poststraße versuchte am Sonnabendabend ein 22-jähriger Handlungsgehilfe Max Lüdicke aus Spandau einen Diebstahl. Er entriß einem Lehrling, das für eine Firma Geld eingahen wollte, einen Geldbeutel, in dem sich 790 Mark Geld befand und versuchte damit zu entfliehen. Er wurde aber eingeholt und der Polizei übergeben.

Ein dreier Diebstahl wurde gestern nachmittag in der Alexanderstraße ausgeübt. Dort hielt ein mit Zink- und Aluminiumblech beladener Wagen der Firma Vermon Grau aus der Wilhelmstraße in Friedrichshagen. Als der Aufscher, der eine Besorgung zu machen hatte, zurückkehrte, war das Fuhrwerk verschwunden. Es war ein offener, drahtgestrichener Wagen mit einem schwarzen, weißgezeichneten Wollschaf bespannt. Für die Wiedererlangung legt die Firma eine Belohnung von 100 Mark aus.

Aus der Spree gelandet wurden gestern vormittag die Leichen zweier Männer. Vor dem Grundstück Burgstr. 3 zog man die Leiche des 29 Jahre alten Fabrikarbeiters K. aus der Gryphusstraße zu Lichtberg aus dem Wasser. K. wurde seit vier Wochen vermisst. Nachdem er längere Zeit ohne Arbeit gewesen und mit seiner Familie Not gelitten hatte, nahm er am 30. Januar von seinen Angehörigen Abschied, um seinem Leben ein Ende zu machen. Er hat wahrscheinlich noch am selben Tage den Tod im Wasser gesucht und gefunden, denn die Leiche war schon stark verweselt. — Der zuerst unbekannt Tote, der an der Gognowskibrücke aus der Spree gelandet wurde, konnte inzwischen als der 41 Jahre alte Gastwirt W. aus der Vorpoststraße festgestellt werden. W. der verheiratet und Familienvater war, litt stark an den Nerven. Am 5. Januar entfernte er sich aus der Wohnung und blieb verschwunden, bis man gestern seine Leiche landete.

Eine fünfköpfige Diebesbande, die es auf die Güterwagen abgesehen hatte, wurde durch die Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Datt die Diebe einen Güterwagen gefunden, der ihnen für ihren Zweck geeignet erschien, so mieteten sie sich einen Wagen und fuhren ganz dreist am helllichten Tage auf den Bahnhof, entfernten die Kombe von dem Waggon, luden seinen Inhalt auf und fuhren unangefochten davon. So erbeuteten sie auf dem Anhalter, dem Görlicher und dem Ostbahnhof Korn, Hafer, Malz usw.

Bei einer Messerschere schwer verletzt. In einem Lokal im Hause Schönhauser Allee 42 entstand in der Nacht zum Sonntag unter mehreren Gästen ein Streit, der vor dem Lokal in eine Messerschere ausartete. Dabei wurde der Arbeiter Wilhelm Gerhard durch fünf Stiche in Hals, Brust und Unterleib lebensgefährlich verletzt, während der Klempner Bernhard Köpfer, Kottbuser Allee 4, Verletzungen am Kopfe davontrug. Als der Tat bringend verächtlich nahm man den 28 Jahre alten Steinseher Robert Kröger aus Eberswalde fest, der gegen 2 Uhr nachts mit mehreren Zeugen auf der Wache des 61. Polizeireviere erschienen war. Nach den ausgenommenen Verhandlungen brachte man Kröger, der bisher entschieden seine Täterschaft bestreitet, nach dem Polizeipräsidium.

Sein 8. Schwimmfest hielt am Sonntag der Verein Freie Schwimmer Charlottenburg (M. d. A. S. C. S. S.) in der Volksschwimmhalle Krumme Str. 10 ab. Eine Anzahl Gäste mochte den Vorführungen bei und brachte den Schwimmern reges Interesse entgegen. Nachstehend bringen wir folgende Resultate der Vorführungen:

- 1. Eröffnungswimmen. a) Mädchen. 1. W. Riedel in 57 1/2 Sek. b) Damen. 1. G. Schulz in 58 1/2 Sek. c) Knaben. 1. Dr. Pfeifer in 50 1/2 Sek. d) Jugend. 1. D. Eisfeld in 44 1/2 Sek. e) Männer. 1. D. Grünbach in 47 1/2 Sek.
- 2. Damen dreikampfung. 1. A. S. S. Neuföhn 33 1/2 Punkte. 2. Fr. Schw. Charlottenburg 24 1/2 Punkte.
- 3. Jugendstaffette. 1. Fr. Schw. Charlbg. in 3 Min. 42 Sek.
- 4. Kürspringen für Männer. 1. D. Weder (Neuföhn) 18 1/2 Pkt. 2. Fr. Karum, Fr. Schw. Charlbg., 16 1/2.
- 5. Damenstaffette. 1. A. S. S. Neuföhn in 3 Min. 25 1/2 Sek. 2. Fr. Schw. Charlbg. in 2 Min. 39 1/2 Sek.
- 6. Jugendmehrkampfung. 1. R. Neßls (Fr. Schw. Charlbg.) in 25 1/2 Pkt. 2. B. Jänisch (Berlin I) in 27 1/2 Pkt. 3. P. Nachtigall (Berlin III) in 25 1/2 Pkt.
- 7. Hauptschwimmwimmen. 1. D. Ruthe (A. S. S. Neuföhn) in 2 Min. 2 1/2 Sek.
- 8. Vereinskampfung der Altersriege (über 30 Jahre). 1. Neuföhn in 19 Pkt. 2. Charlbg. in 17 1/2 Pkt.
- 9. Wasserballspiel. Reptum Weihensee-Fr. Schw. Charlbg. 3-0.

Um einer Personenerwechslung vorzubeugen, bittet uns Herr Roman Störger, Bureaugehilfe, Simplonstraße 33 wohnhaft, um die Mitteilung, daß er mit dem in unserer Sonntagsnummer erwähnten Arbeiter Fritz Störger nicht identisch ist.

Vorort-Nachrichten.

Sichtenberg.

Die städtischen Arbeiter im Etat. Nach langem Zögern haben die bürgerlichen Vertreter vor einiger Zeit einigen Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse zugestimmt. Sie glauben damit eine soziale Grobpat erreicht zu haben. Man hat jedoch nur das ausgehandelt, was schon vor zwei Jahren hätte bewilligt werden müssen. Die von den Arbeitern zu dem neuen Etat geäußerten Wünsche haben keine Berücksichtigung gefunden. Die unberechtigt solchen Verhalten des Magistrats ist, lassen die nachfolgenden Angaben klar und deutlich herausstreuten. Stellt man die vor-jährigen Etatsappäse mit den diesjährigen in Vergleich, dann ergeben sich die nachstehenden bemerkenswerten Veränderungen: Beim Elektrizitätswerk erhöht sich der Ueberfluß von 152 672 M. auf 385 700 M., die Summe der Gehälter steigt von 28 440 M. auf 37 556 M. und die Aufwendungen für Löhne betragen, wie im Vorjahre, wieder nur 40 000 M. Also für Löhne keinen Pfennig mehr! Die „Zulagen“ werden bei gesteigerter Produktion durch Erprobung an Arbeitskräften aufgebracht. In solcher Sparpraxis braucht man allerdings ein Wehr von über 9 000 M. für Gehälter. Weiter! Die Wasserwerke sind erweitert worden, der Ueberfluß steigt um 420 832 M., nämlich von 267 898 auf 708 730 M. Um dieses Resultat zu erzielen, ist eine Erhöhung der Beamtengehälter von 22 510 M. auf 42 600 M., also um 20 090 M. erforderlich, aber für Arbeiterlöhne werden nur 8 062 M. mehr verwendet. Diesmal sind für Löhne 30 350 M. eingesetzt worden gegen 21 388 M. im Vorjahre. Der Etat des Gewerks hat folgende Veränderung erfahren: Der Ueberfluß erhöhte sich um 85 618 M. von 653 129 auf 738 735 M.; für Gehälter werden 34 241 M. mehr gefordert, 159 615 M. gegen 125 374 M., und für Arbeiterlöhne nur ganze 7000 M. mehr vorgesehn. 1912 waren es 83 000 M., jetzt 90 000 M. Fahrt man die drei Positionen zusammen, dann hat man dieses Ergebnis: Der Ueberfluß aller Werke steigt um 733 465 M., gleich 67 Proz. Die Gehälter beanspruchen gegen das Vorjahr ein Mehr von 63 547 M., gleich 26 Proz. und für Arbeiterlöhne werden nur 26 000 M., gleich 18 Proz. mehr vorgesehn. Eine allgemeine Lohnerhöhung in Höhe von 10 Proz. würde den Ueberfluß nur um 16 000 M. über um jage und schreibe 0,9 Proz. vermindern. Doch unter solchen Umständen jedes Zugeständnis abgelehnt werden könnte, erscheint beinahe ausgeschlossen. Bemerk sei noch, daß die auf den Werken ruhende Kapitallast nur 7 600 012 M. beträgt. Danach ergäbe der vorgesehene Ueber-

schuf einen Gewinn in Höhe von über 23 Proz. Solche Resultate erlauben es wirklich, etwas mehr für Arbeiterlöhne aufzuwenden. Bedeutend wirkt die Sparmaß, die aus dem Etat des Kieselguts Taddorf herausragt. Für Handwerker, Oberschwelzer usw. hat man allerdings 1000 M. mehr eingesetzt, dafür aber bei den landwirtschaftlichen Saisonarbeitern Abstriche in Höhe von 1060 M. vorgenommen. Dazu finden wir einen Vermerk: „Minderungen der Saisonarbeiterlöhne bleiben vorbehalten.“ Das soll doch wohl nicht auf die Absicht noch weiterer Verschlechterungen hindeuten? Hat man die Abstriche aber vorgenommen, um nachher „Wohlfahrt“ üben zu können, die nichts kostet? Jedenfalls werden unsere Genossen bei so günstigen Verhältnissen energisch darauf drängen, daß die schon seit Jahren zugesagten Verbesserungen endlich durchgeführt werden. Mit der Ausrede ungenügender Rentabilität kann man uns angeichts des vorliegenden Etats nicht mehr kommen. Nun heißt es Farbe befehlen.

### Mariensfelde.

Mit der Regelung der Schulverhältnisse beschäftigte sich die letzte Gemeindevertretung. Es wurde beschlossen, die erste Klasse zu teilen und eine Parallelklasse einzurichten. Bei Beratung über die Anstellung eines Lehrers, meinte der Gemeindevorsteher, daß die vorhandenen Lehrer die fehlende Hilfskraft durch Ueberstunden ersetzen sollten, da auf diese Art einige hundert Mark gespart werden könnten. Der Vorsteher blieb mit seiner Ansicht glücklicherweise in der Minderheit, es wurde beschlossen, einen neuen Lehrer anzustellen. Bei der Debatte über die Finanzierung der Vorstöße kam es zwischen dem Vorsteher und dem Schöffen Rannig zu einem Zusammenstoß; der Vorsteher hatte nämlich die eingegangenen Offerten geöffnet, ohne die Baukommission hinzugezogen zu haben. Beschlossen wurde, die Vorlage an die Kommission zu verweisen. Bei Beratung über die Vereinerung der Wäld- und Gemeindeverwaltung (erstere befindet sich in der Kaiserallee, die letztere in der Dorfstraße) wurde beschlossen, die beiden der Gemeinde gehörenden Häuser, Berlinerstr. 1 und 2 an der Mariendorfer Grenze, dazu heranzuziehen, um die gesamte Verwaltung dort unterzubringen. Als Gebühren für die Wasserwerkkanalisation sollen 4 Proz. des Gebäudevermehrungswertes erhoben werden. Die Hundertjahrfeier soll am 25. Mai begangen werden, hierzu wurden bis 500 M. bewilligt. Der Gemeindevorsteher meinte, daß er an patriotischen Gedanktagen es schmerzlich empfunden habe, wenn die öffentlichen Gebäude im Ort nicht gesalbt gewesen seien; die bürgerlichen Vertreter bewilligten sofort 100 M. für die Anschaffung der notwendigen Platten, so daß dem Schmerze des Gemeindevorstehers abgeholfen wird. Da die Jugend aus dem Jugendklub wieder massenhaft austritt, wünschte der Vertreter Mertens eine Polizeibewachung, durch die es den Jugendlichen bis zu 17 Jahren verboten wird, öffentliche Lokale zu betreten. Der Vorsteher dankte für diese Anregung und versprach, in nächster Zeit dem Wunsche nachzukommen.

Ueber die Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes wurde nichtswillig verhandelt, wie verlautet, will die Dresdener Bank dem Rittergutsbesitzer Wierert eine Hypothek von 25000 M. zur Verfügung stellen, für diesen Betrag soll angeblich der hier ansässige Professor Möhring den Plan anfertigen. Wie es scheint, ist der feierliche Plan nicht genehmigt.

### Fichtenau.

Die einseitigsmuggelte Jahrhundertfeier. Zu einem „Eternabend“ war am Sonntag die Einwohnerschaft von den Lehrern eingeladen worden, einem Eternabend, wie er bisher in jedem Jahr stattgefunden hat, bestehend aus Vorträgen der Schulkinder, Ausstellung von Schülerarbeiten, Ansprache der Lehrer und Aussprache zwischen diesen und den Eltern über Schulfragen und -sorgen. Die zahlreich erschienenen — meistens Mütter — mußten aber bald erkennen, daß sie zur Staffage für einen patriotischen Almbim dienen sollten. Nachdem der „Eternabend“ (diesmal zum allgemeinen Besonderen mit einem geistlichen Rede eröffnet) zuerst den üblichen Verlauf genommen, ergriß Herr Lehrer Lehmann das Wort, aber nicht um über den Zweck des Eternabends zu sprechen, sondern um eine große, prächtige patriotische Festschmückung zu schwingen, woran sich entsprechende Vorträge schlossen, die wieder dem anwesenden Kreisführer Gelegenheit gaben, eine hurrapatriotische Hymne vom Stapel zu lassen und mit einem Kaiserhoch zu schließen. Alles das mußten die Erschienenen, wollten sie sich nicht von ihren Kindern trennen, über sich ergehen lassen. Was sonst schwer möglich war, wurde auf diese Weise erreicht. Durch Mißbrauch eines „Eternabends“ wurde eine gut besuchte patriotische Veranstaltung erzielt.

Wegen eine bezügliche Zersplitterung muß öffentlich Protest erhoben werden. Ein großer Teil der zu diesem Eternabend Erschienenen wird es sich übrigens reiflich überlegen, ob sie sich mit ihren Kindern an solchen Zusammenkünften noch einmal beteiligen werden.

### Bepernick-Möntental.

Der Etat für das Rechnungsjahr 1913 wurde in der letzten Gemeindevertretung in Einnahme und Ausgabe auf 70 277 M. festgesetzt. Gerade kein günstiges Bild auf das soziale Pflichtbewußtsein der Gemeindevertretung war ein vom Gemeindevorsteher verlesenes Schreiben des Nachtwächters J., worin dieser um Erhöhung seines Gehalts auf 60 M. belaubenden Monatsgehalts ersucht. Da er eine monatliche Wohnungsmiete von 15 M. zu entrichten habe, so blieben ihm nur noch 45 M. zur Bestreitung des Lebensunterhalts übrig. Genosse Schulz beantragte eine Erhöhung des Gehalts von 60 auf 90 M. Nach längerer Diskussion hierüber wurde der Antrag unseres Genossen mit sechs gegen sechs Stimmen angenommen. Den Ausschlag für die Annahme gab der Gemeindevorsteher. Die Arbeiten für das Verpflanzen und Umpflanzen der Bäume wird die Gemeinde in eigener Regie ausführen.

### Panitzsch.

Die Luftschleuderordnung, die in der letzten Gemeindevertretung nach heftiger Bekämpfung von allen Seiten an die Finanzkommission zurückverwiesen wurde, steht in der heutigen Sitzung erneut zur Beratung. Die Ausschüsse für ihre Annahme dürften sich wesentlich gebessert haben, nachdem sie durch entsprechende Festsetzungen genießbarer gemacht und außerdem unterdessen die Berliner Luftschleudersteuer zum Beschluß erhoben worden ist. Ob indessen der saftige Widerstand, der in der letzten Sitzung auch auf bürgerlicher Seite gegen die Steuer vorhanden war, schon soweit als überwunden gelten kann, daß ihre Annahme gesichert ist, steht dahin. Nach den bisherigen Erfahrungen mit unseren bürgerlichen Gemeindevertretern ist allerdings leider anzunehmen, daß ein mehr als hinreichender Teil derselben in der heutigen Sitzung umfällt und damit der Steuer zur Annahme verhilft. Von einigen Ausnahmen im bürgerlichen Lager abgesehen, dürften nur die Vertreter der Sozialdemokratie im Kampf gegen diese ungerechte Belastung konsequent bleiben.

### Potsdam.

Die Steuerföhrer für das Etatsjahr 1913 wurden in der letzten Stadtverordnetenversammlung wie folgt festgesetzt: Die Gemeindecinkommunen auf 110 Proz. bei einem Einheitsfuß von 877 263 auf 985 000 M., die Abgaben der aktiven Militärpersonen auf 72 000 M., die Grundsteuer auf 582 000 M., die Gewerbesteuer auf 107 000 M., die Betriebssteuer auf 8000 M. Die Veteranen aus den Kriegen 1864, 1866 und 1870/71, deren Einkommen 2100 Mark nicht übersteigt, sollen von der Gemeindesteuer befreit werden. Die Orgel der Heiligengeistkirche ist ausbesserungsbedürftig, es werden für diesen Zweck 10 000 M. bereitgestellt. Die Magistratsvorlage, die die Errichtung einer Landkrankenpflege fordert, wird einer Kommission von 5 Mitgliedern überwiesen. Der Prinz Eitel hat den Wunsch geäußert, gelegentlich der jetzigen Regulierung der Neuen Luisenstraße einen Reitweg von der Kaiserinnenallee nach der Fischerheide zu schaffen. Der Magistrat hatte eine entsprechende Vorlage

ausgearbeitet, die jedoch dem Finanzausschuß, der sie vorbereiten hat, mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt wurde, weil man eine Notwendigkeit für einen Reitweg nicht einsehen kann. Mit knapper Mehrheit wurde schließlich die Magistratsvorlage angenommen. Es soll gleichzeitig auch ein Radfahrweg angelegt werden. Zur Umwandlung des Auguste-Viktoria-Krankenhaus in ein Bürgerstadenheim und Errichtung eines modernen Klassenkrankenhauses durch die Stiftung Eisenhandels Heilanstalt auf dem Gelände an der Burggrafenstraße, wo die Stiftung der Stadt ein Grundstück für 100 000 M. abkauft, gab die Stadtverordnetenversammlung ihre Zustimmung. Die Stadt kauft dafür das Grundstück in der Behlerstraße für 150 000 M. und wird zum Krankenhaus in der Burggrafenstraße einen Zuschuß von 380 000 M. geben. Das Elektrizitätswerk soll eine Erweiterung erfahren. Seine Leistungsfähigkeit wird von 8500 Pferdekraften auf 12 500 Pferdekraften gebracht. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 400 000 M. Die Potsdamer Schlächter haben den Verkauf ausländischen Fleisches eingestellt. Eine Kommission wird prüfen, ob der Magistrat den Verkauf wieder selbst übernehmen soll. Zum Regierungsjubiläum des Kaisers sind einzelne Stiftungen vorgelesen; die Umwandlung des Auguste-Viktoria-Krankenhaus in ein Bürgerstadenheim in Höhe des Wertes des Grundstückes von 152 000 M. getilgt werden, ferner sind für eine Walderholungsstätte 40 000 M. bereitgestellt; diese Stiftung soll den Namen des Kaisers tragen.

Arbeitslosigkeit und Kränklichkeit der Frau hat den 64jährigen Tischler K. Friedrichstraße wohnhaft, in den Tod getrieben. Der reichhaltige Mann hatte kurz vorher noch einmal versucht, bei seinem früheren Meister Arbeit zu bekommen, er hatte aber keinen Erfolg und das veranlaßte ihn zu dem Verzweiflungsschritt.

Die Errichtung einer Walderholungsstätte ist nun endlich von dem vor kurzem gegründeten Walderholungsstätten-Verein Potsdam-Romawes beschlossen. Die am Sonnabend stattgehabte Sitzung erklärte sich mit der Errichtung derselben bei Neubabelsberg hinter dem Invalidenheim einverstanden. Die Baukosten betragen 17 000 Mark. Die Vertreter der Gemeinsamen Christenkirche Romawes und der Allgemeinen Christenkirche Potsdam gaben die Erklärung ab, daß sie für die Unterhaltung Sorge tragen werden.

### Bernau.

Auch die Bernauer Stadtverordnetenversammlung hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der Jahresfeier der Erhebung Preußens zu befassen. Eine Magistratsvorlage verlangte die Bewilligung von 300 M. zur Veranzustaltung dieser Feier, welche ebenso wie in anderen Städten durch einen Rückgang der städtischen Einnahmen usw. und Kommerz vollzogen werden soll. Von unseren Genossen widersprach namens der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Hesp, der erklärte, daß die dritte Abteilung gegen die Magistratsvorlage stimmen würde. Die geplante Feier würde der preussischen Regierung gewissermaßen den Dank abstellen für die Entretung, die dem preussischen Volke durch Nichtanerkennung des freien Wahlrechtes zuteil werde. Auch die Sozialdemokratie ehre die damaligen Freiheitskämpfer, sie könne aber keineswegs sich mit den geplanten Festlichkeiten einverstanden erklären. Die Vorlage wurde mit 11 gegen 8 Stimmen unserer Genossen angenommen. Alsdann begründete Genosse Knöschke einen von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Antrag betreffend Notstandsarbeiten. Er verlangte, daß in Wäld die Regulierung des Rohnähelweges in Angriff genommen werde, um den Beschäftigungslosen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Ohne Widerspruch wurde dem Antrage zugestimmt und der Magistrat ersucht, das weitere zu veranlassen.

### Romawes.

Der Fischverkauf war in den letzten Wochen infolge der hohen Preise merklich zurückgegangen. Nachdem die Lieferungen in früherem Umfang eintreffen, sind die Verkaufspreise von der zuständigen Kommission wieder auf 20 bzw. 25 Pf. pro Pfund herabgesetzt worden. Der Verkauf auf Rechnung der Gemeinde findet auch weiterhin jeden Mittwochnamittag von 8 Uhr ab im Geschäftslokal des Händlers Ziegler, Großbeerenstr. 51, statt.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Friedrichsfelde-Karlshorst. Freitag, den 14. März, abends 9 1/2 Uhr, im Schulgebäude, Auguste-Viktoria-Straße.

Mariensfelde. Mittwoch, den 12. März, abends 6 Uhr, im Schulsaal der Gemeindehauptschule, Dorfstr. 53.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegliederliche ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Was Londoner faulenzler für Kleider ausgehen.

Aus London wird uns geschrieben: Bieviel muß ein Mann oder eine Frau ausgehen, um sich wirklich gut kleiden zu können? Diese Frage behandelte vor einigen Tagen eine Autorität in den Spalten der „Ball Roll Gazette“, des Leitorgans der faulenzenden höchsten Sippschaft, für die es in London nur einige Tausend Menschen und gegen sieben Millionen mehr oder minder nützliche Lasttiere gibt. Da wird von einem Weib berichtet, das innerhalb 18 Monate ohne Anstrengung 25 000 Pfund Sterling (500 000 Mark) für Kleider ausgab. Und das alles geht so leicht, wenn man bedenkt, daß eine solche Frau sich nichts daraus macht, 70, 80 oder 100 Pfund für ein Kleid oder ein Kostüm für den Rennplatz in Ascot auszugeben und es nie wieder zu tragen. Ihre gewöhnliches Morgenkleid zum Ausgehen wird wahrscheinlich 25 oder 30 Pfund kosten. Wenn es mit Wels befeht ist, kann sich dieser Preis leicht verdoppeln. Dann muß sie ein Kleid für Lunch haben, ein zweites Kleid für den Nachmittag und ein drittes für das Dinner; jedes wird vielleicht zwischen 20 und 60 Pfund kosten. Dann kommen die Hüte und Schuhe. Zehn Pfund für einen Hut, der selten mehr als acht oder zehnmal getragen wird, ist nichts. Vielleicht kostet der Hut zehnmal soviel, da die Reihersfedern darauf allein 20 oder 30 Pfund kosten können. Ferner sind Reitkleider, Sportkleider und tausend Einzelheiten, wie Handschuhe, Taschentücher, Spigen, Ornamente und was sonst noch zu beachten. Eine Frau kann wirklich jede Summe ausgeben. Doch kommen einige ganz gut mit 5000 Pfund (100 000 Mark) im Jahre aus.

So, wer's Leser, nun weißt Du, daß es sehr wohl möglich ist, sich einzuschränken. Mit zitternden Händen lesen wir weiter, um zu erfahren, was man als Gentleman ausgeben muß, um als gut gekleidet zu gelten.

Die Autorität befehlt uns: „Ein gut gekleideter Mann in der Gesellschaft braucht nicht viel auszugeben...“

Ha! wie das einem das Herz erleichtert! Das ist mehr nach unserem Geschmack. Doch...

Wenn er keinen extravaganten Geschmack hat, wird er finden, daß er sich mit 500 oder 600 Pfund (10 000 bis 12 000 Mark) im Jahre ganz gut kleiden kann. Er muß natürlich fünf oder sechs Prädanzüge besitzen.“

Wie deprimierend doch das Wörtchen „natürlich“ wirkt!

Jeder wird ihm 10 oder 15 Guineen (210—315 M.) kosten. Er wird 3 oder 4 Ausgehende zu etwa 10 Guineen das Stück und wenigstens ein Duzend Paar Hosen zu zwei Guineen das Paar, die damit zu tragen sind, nötig haben. Dazu kämen 12 Jacketanzüge zu je 8 oder 9 Guineen, 4 oder 5 Sportanzüge zu je 6 oder 7 Guineen, ein halbes Duzend Sportüberzieher zu 6 Guineen,

außerdem gewöhnliche Ueberzieher, Hüte, 4 oder 5 Paßanker zu je 35 Schilling, Schuhe, Handschuhe und Unterkleider.“

Ja, aber meine liebe Kleiderautorität, wenn nun jemand nur einen alten Brad hat, der seit der Hochzeit im Kleiderschrank hängt, ist er dann kein Gentleman? Oder wenn einer nicht einmal einen Ueberzieher hat, wie der arme Teufel, der uns die „Ball Roll Gazette“ im Strand verkaufte, der sich ununterbrochen die Hände rieb und wie ein Vör tanzte, um sich gegen den bitteren Wind zu schützen, der seit einigen Tagen von Rußland herüberfegte?

### „Platz“ und „Sieg“.

Die Renn- und Wettsaison hat begonnen. Diese Tatsache interessiert heute leider in Deutschland weite Kreise der Bevölkerung — nicht nur die obersten Schichten — viel mehr als alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen. Wer auf den Rennplätzen die Anteilnahme des Publikums am Pferdesport beobachtet hat, könnte zunächst auf den Gedanken kommen, daß das Interesse für Pferdezucht und gute Reiten in den letzten Jahren in Deutschland ganz bedeutende Fortschritte gemacht und sich von den sogenannten „besseren“ Kreisen auch auf die große Masse des Volkes übertragen habe. Wer sich jedoch ein paar Stunden auf einem Rennplatz aufgehalten und das Publikum etwas genauer kennen gelernt hat, der wird bald zu der Ueberzeugung kommen, daß der weitest größte Teil desselben lediglich hierher gekommen ist, um auf eigene oder fremder Leute Kosten zu wetten. Die meisten von denen, die zwischen Totalisator und Spielplatz gewichtig hin und her laufen, den Feldstecher am langen Bande und die Hand voll Zigaretten, haben von Pferden und von Reiten keine Ahnung, viele können kaum den Gradier, den sie mit Kennernamen mustern, von einem Droschkengaul unterscheiden. Und doch fühlen sie sich als die eigentlichen Heiden des Turfs und was noch schlimmer ist, ihr ganzer Bekanntheitskreis legt großen Wert auf ihr sachmännisches Urteil in allen Rennangelegenheiten und betraut sie mit der Ausführung von Wettaufträgen. Der „Zigarettenfriß“ und der keine Anekdote, der Barbier und der Cafekellner stellen das Hauptkontingent der „Gente“, die den Rennplatz bevölkern. Es ist meist schwer zu sagen, ob sie im Haupt- oder Nebenberuf Buchmacher sind. Oft genug bildet der Zigarettenladen oder das Restaurant nur den äußeren Rahmen der Buchmachergentrade. Wenn die Buchmacher etwas einbringen soll, muß sie gut organisiert sein. Jede Zentrale verfügt über ein ganzes Heer von Agenten in allen Stadtteilen, die — gelegentlich oder gewerdmäßig — dem eigentlichen Buchmacher die Wettaufträge übermitteln. Der Großbetrieb arbeitet auch hier am rentabelsten. Nur wenige Buchmacher, die zu den wohlhabenderen Kreisen Beziehungen haben und hauptsächlich größere Aufträge annehmen, können auf Mittelspersonen verzichten. Die Wehrzahl aber hat ihre Kundenschaft im Kleinbürgerlichen Mittelstand und in Arbeiterkreisen. Der kleine Krämer, der Poetier, der Köchin und der Offiziersburche und viele andere kleine Leute, die keine Zeit haben, den Rennplatz selbst zu besuchen, vertrauen dem nächsten Vermittler ihre erübrigten Groschen an, damit er für sie auf diesen oder jenen Gaul „Platz“ oder „Sieg“ setze. Die kleinen Sportblätter, die mit den neuesten und „besseren“ Tips für in- und ausländische Rennen aufwarten, werden massenhaft gekauft und mit geradezu erntunlichem Interesse gelesen. Es handelt sich umgewissentlich hierbei um eine überaus ungesunde Erscheinung. Die Spiel- und Wettensuche, die von den wohlhabenden Schichten ausgehend weiteste Kreise des Volkes ergriffen und zahllose Christen raintert und vielfach ganze Familien ins Unglück gebracht hat, bedeutet eine schwere Gefahr. Ueber den Umfang, den das Weiten in Deutschland erreicht hat, lassen sich nur schwer ziffernmäßige Angaben machen. Die Totalisatorumsätze bilden nur einen geringen Teil aller Wettsätze, da die Buchmacher meist alle Aufträge „in sich“ erledigen und gar nicht erst zum Totalisator gehen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Buchmacherei für fremde Plätze neuerdings sehr stark zunimmt, da die deutsche Rechtsprechung mehrwürdigerweise die Vermittlung für fremde Plätze, an denen kein Buchmacherbetriebe besteht, nicht als strafbare Handlung ansieht. Man wird in der kommenden Saison wohl wieder sehr oft von der Aufhebung von Buchmachergentralen hören, ebenso oft wird man aber erfahren, daß hier ein Bekleidungs-Portis, dort ein Bankier die Depotkassette seiner Kundenschaft auf den Rennplätzen durchgebracht haben. Der Spiel- und Wettenspiel wird sich leider nicht so leicht wieder aus Deutschland vertreiben lassen, wie er herbeigekommen ist.

### Kleine Notizen.

Unfall eines Reichstagsabgeordneten. Der Reichstagsabgeordnete Böbcke in Saarburg ist gestern nachmittag auf einer Automobilfahrt verunglückt. Er erlitt einen doppelten Weindruck.

Attentat gegen ein Auto. Aus Dortmund wird gemeldet: Der ruflose Raubüberfall von Hennigsdorf hat Nachahmung gefunden. Als am Sonntag ein Automobilbesitzer mit seiner Frau von einem Ausfluge heimkehrte, rannte der Kraftwagen bei Warop gegen ein über die Straße gespanntes, fünf Millimeter starkes Drahtseil. Durch die Wucht des Anpralls rih glücklicherweise das Seil, so daß der Chauffeur und die Insassen des Wagens mit dem Schrecken davonkamen. Der Wagen ist durch das Seil, das 1 1/2 Meter über dem Erdboden gespannt war, erheblich beschädigt worden.

Bersähtete Vergleute. Auf Besse König Ludwig bei Recklinghausen wurden drei Vergleute durch herabfallende Gesteinmassen verdrückt. Unter großen Anstrengungen gelang es, die Verdrückten aus dem Schutt herauszugraben. Einer der Vergleute war bereits tot, die beiden andern haben lebensgefährliche Verletzungen davongetragen.

Schulente als Droschkensperre. Der Wölfische Telegraph meldet aus London vom 10. März: Als der deutsche Gesandte im Staatswagen zur Eröffnung des Parlaments fahren wollte, wurden die Pferde auf dem Wall fürhlich und die Deichsel des Wagens zerbrach. Die Pferde wurden darauf ausgeschirrt und der Wagen wurde von Schulenteuten zum Parlamentsgebäude gezogen.

Ein französischer Dampfer untergegangen. Nach einem Zusammenstoß mit einem Dampfer unbekannter Nationalität ist am Sonntag der französische Dampfer „Vreiz Huel“ morgens im Kanal von Bristol gesunken.

Der „Vreiz Huel“ war mit einer Kohlenladung nach Algier bestimmt. Ein Rettungsboot mit 7 Mann der Besatzung ist aufgebracht und die Bemannung gerettet worden, während die übrige 20 Mann starke Besatzung ertrunken ist.

Explosionskatastrophe. Bei einer Explosion in der Kunstseidefabrik in Tubize (Belgien) wurden zwei Personen getötet, vierzehn zum Teil schwer verletzt.

### Eingegangene Druckchriften.

„In freien Stunden“. Nr. 8, 9 und 10. „In freien Stunden“ kostet 10 Pf. pro Heft und wird für diesen Preis ohne Aufschlag in die Wohnung gebracht. Bestellungen nehmen alle Zeitungsdepotanten und Abholer entgegen. Probenummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. b. O., Berlin SW. 68, kostenlos.

„Kommunale Praxis“. Jahrgang 13, Nr. 10 und 11. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditionen und Volkshäuser entgegen. Probenummern kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. b. O., Berlin SW. 68.

Die Grände. Monatschrift für Politik und Literatur. Jahrgang 2 Nr. Herausgeber R. Kötzger, Heidenberg, Wroch-Lichterfelde.

Berliner Märztage. Roman aus dem Jahre 1848 von R. Deutsch, 420 S. E. Deitergaard, Berlin W. 57.

Der Deutsche Kaiser. Eine rechtshistorische Studie von Dr. jur. W. B. Kaser, 150 M. Vauksammer u. Wöhring, Berlin W. 56.

Die Witter. Nr. 2. Zeitschrift, herausgegeben von Professor Dr. E. Dietrich und Frau Liza Debnauer. Erscheint monatlich. Pro Jahr 3 M. E. Staube, Berlin W. 35.